

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Der
planmäßige Untergang
der US-Kolonie
BRD**

Sonderheft Nr. 85



Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

Sonderheft Nr. 85

Zwangsbetreuung vom 30.09.2022-12.01.2023

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Zwangsbetreuung der Deutschen vom 30.09.2022-12.01.2023	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Zwangsbetreuung der Deutschen vom 30.09.2022-12.01.2023

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 30. September 2022:

>>**Hans-Georg Maaßen: Die BRD schafft sich ab**

Von *Karel Meissner*

Ex-Verfassungsschutz-Chef Maaßen warnt: Die ideologisierte Ampel-Regierung ist eine Gefahr für die Demokratie. ...

Hans-Georg Maaßen war Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu einer Zeit, als die Schlapphüte - bei aller Problematik ihres Vorgehens - die Verfassung und nicht die Regierung schützen sollten. Zumal Letztere inzwischen zum Feind der Demokratie geworden ist.

Abgestritten wird diese Demokratiezerstörung fast nur noch von Propagandamedien und ahnungslosen Fans, während Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) ganz ungeniert zugeibt, was sie von der Meinung ihrer Wähler hält. Folglich warnt Maaßen im Interview mit dem unabhängigen Journalisten Alexander Wallasch vor dem Mißverständnis, die heutige Regierung wäre bloß unfähig:

"Aber die Unfähigkeit ist nur die eine Seite. Ich bin der festen Überzeugung, daß diese Leute auch viel kaputt machen wollen, weil es deren Motivation ist, eine grüne Transformation durchzuführen, die nur möglich ist, wenn das bestehende Gesellschaftssystem zerstört und ein neues aufgebaut wird."

Diese gewollte Entdemokratisierung zugunsten einer Ideologisierung hat historische Vorbilder. Maaßen benennt sie:

"Einen solchen gesellschaftlichen Konstruktivismus gab es im klassischen Sozialismus, im Nationalsozialismus und im Maoismus, und jeder gesellschaftliche Konstruktivismus führte zu Tod und Elend. Diese Leute lehnen unsere freiheitliche Demokratie ab, weil sie der Auffassung sind, daß ihre ideologischen Ziele, wie zum Beispiel der Schutz des Weltklimas, wichtiger sind als der demokratische Rechtsstaat.

Demokratie hat für diese Leute nur eine dienende Funktion, nämlich sie dient der Durchsetzung ihrer ideologischen Ziele. Sieht der Volkswille so aus, daß die Ideologie abgelehnt wird, wird dies von diesen Leuten nicht akzeptiert, weil es rechts, konterrevolutionär oder verschwörungstheoretisch ist."

Der ehemalige VS-Chef führt die Assoziation zum Nationalsozialismus weiter aus:

"Diese Leute verhalten sich wie Nazis, die andere Menschen ausgrenzen, diffamieren, sie zum Schweigen bringen wollen, die ihnen die wirtschaftliche Existenzgrundlage entziehen, die einfach nicht ertragen können, daß es Andersdenkende gibt, die selbst über ihr Leben entscheiden wollen, daß es Menschen gibt, die die Wahrheit aussprechen, die der Lügenideologie widerspricht, und die schlicht eine andere Meinung haben.

Ich spüre diesen tiefen Haß dieser Leute, die es einfach nicht ertragen können, mit der Wahrheit konfrontiert zu werden. Ich frage mich inzwischen, wie weit diese Leute noch gehen wollen."

Ein solches Demokratieverständnis gleiche auch dem der DDR, sei "verfassungsfeindlich und müsse bekämpft werden. Dennoch ist für Maaßen die Lage nicht hoffnungslos. Auch viele Grünen-Wähler würden zunehmend aufwachen und die Gefahr erkennen.

Das darf allerdings bezweifelt werden.<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. Oktober 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Betreff: Das Märchen von der Volksherrschaft in

der Bundesrepublik Deutschland, Teil 1

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wer lügt, der betrügt und stiehlt auch.

Sprichwort aus Deutschland

Demokratie

Die Demokratie ist eine Alternative zur Monarchie und Aristokratie. Sie ist eine Staatsform, die von der Gleichheit und Freiheit aller Bürger ausgeht und daß nach dem Willen des Volkes regiert wird. Die Bezeichnung Demokratie stammt aus dem Griechischen und bedeutet Volksherrschaft.

Die staatliche Gesetzgebung (Legislative), die vollziehende Gewalt (Exekutive) und die Rechtsprechung (Judikative) müssen in einer rechtsstaatlichen Demokratie voneinander unabhängig sein (Gewaltentrennung), um die Grundrechte der Bürger zu gewährleisten und das allgemeine, gleiche, freie und geheime Wahlrecht zu sichern.

In einer Demokratie kann nur die Gewaltentrennung einen Machtmißbrauch des Staates verhindern und die rechtsstaatliche Sicherung der bürgerlichen Freiheiten gewährleisten. Ein Staat, der keine unabhängige Gewalten besitzt und nicht auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut ist, um die bürgerlichen Freiheiten des Einzelnen (Leben, Freiheit und Eigentum) gesetzlich zu verbürgen, ist demnach kein demokratischer Rechtsstaat.

Direkte Demokratie: In der direkten Demokratie ist das Volk als eigentlicher Träger der Staatsgewalt berufen, seine Volkssouveränität in Mehrheitsentscheidungen unmittelbar kundzutun.

Repräsentative Demokratie: Mittelbare Wahl der Abgeordneten durch das Volk (heute gebräuchlichste Form der Demokratie). In der parlamentarischen Demokratie beschließen politische Parteien die Gesetze und sind in den meisten Staaten auch an der Bildung der Regierung beteiligt. Während in vielen Staaten auch Volksentscheide durchgeführt werden, sind für die Bundesrepublik Deutschland keine Volksentscheide vorgesehen.

Die Scheindemokratie der Bundesrepublik Deutschland

Im Artikel 20 des deutschen Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. ...<<

Im realen Leben der Bundesrepublik Deutschland ging die Staatsgewalt leider nie vom Volk aus, denn das Volk durfte keine Volksvertreter, sondern lediglich in regelmäßigen Abständen die Vertreter der politischen Parteien wählen.

Spätestens nach der sogenannten Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 richtete man in der Bundesrepublik Deutschland allmählich eine verdeckte Form der Parteiendiktatur ohne demokratische Gewaltenteilung ein.

Die Staatsgewalt des Bürgers beschränkte sich danach eigentlich nur darauf, regelmäßig einen Wahlzettel auszufüllen und abzugeben. Nach der Stimmenabgabe war die politische Mitwirkung des Bürgers beendet und er durfte anschließend ohnmächtig verfolgen, wie die privilegierten Politiker der etablierten Parteienkaste nach der Wahl alle angeordneten Maßnahmen und Interessen der internationalen Hochfinanz eigenmächtig zu kollektiven Problemen machten und gesetzlich durchsetzten.

In der Bundesrepublik Deutschland existiert gegenwärtig keine mittelbare, repräsentative Demokratie in der die gewählten Volksvertreter eigenverantwortlich für das Volk handeln. Es handelt sich tatsächlich um eine fremdbestimmte Parteiherrschaft in der die Regierungsparteien das Denken und Handeln für das Volk übernehmen, ohne jedoch daran zu denken, den Wählerwillen des Volkes zu berücksichtigen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein demokratischer Rechtsstaat

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durfte bekanntlich noch nie per Volksentscheid über wichtige Themen, wie z.B. Änderungen der Verfassung, Abgabe nationaler Souveränität an die EU, UN-Migrationspakt etc., abstimmen.

In der Bundesrepublik Deutschland beherrschen die allmächtigen Regierungsparteien derzeit die staatliche Gesetzgebung (Legislative), die vollziehende Gewalt (Exekutive) und die Rechtsprechung (Judikative). Volksentscheide sind nicht vorgesehen. Es handelt sich demnach zweifelsfrei um einen Staat, der keine unabhängige Gewalten besitzt und nicht auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut ist.

In dieser Scheinrepublik sind die gewählten Abgeordneten der allmächtigen Regierungsparteien lediglich Marionetten und willige Befehlsempfänger der internationalen Hochfinanz. Da diese globale Clique des Geldadels und der Weltkonzerne aufgrund ihres gigantischen Machtapparates weltweit fast alle politischen und gesellschaftlichen Machtpositionen beherrscht und lenkt, ist die gegenwärtige Herrschaftsform der Demokratie totalitärer und rücksichtsloser als es der Feudalismus des späten Mittelalters jemals war.

Herbert Ludwig berichtete am 17. Mai 2013 über die parlamentarische "Scheindemokratie" (x966/...): >>Fassade "Demokratie"

... Schon 1910 listete der Franzose Francis Delaisi 55 Männer auf, die in Wirklichkeit Frankreich beherrschten und ausbeuteten (*La Democratie et les Financiers*). Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen.

Man denke gewöhnlich, die Finanzleute seien Gegner der Demokratie. Das sei ein Irrtum, sie seien deren Leiter und bewußte Förderer. Die Demokratie bilde die spanische Wand, hinter der sie ihre Ausbeutungsmethode verbergen, und in ihr fänden sie das beste Verteidigungsmittel gegen die etwaige Empörung des Volkes. Es gibt keine Anzeichen, daß das heute anders wäre.

Graf Coudenhove-Kalergi, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, schrieb als Kenner der Szene hinter den Kulissen 1925 in seinem Buch "Praktischer Idealismus":

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der

Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." ...<<

Fehlende Gewaltenteilung

Legislative, Exekutive und Judikative müssen in einer Demokratie unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht in "einer Hand" gebündelt werden kann. In der Bundesrepublik Deutschland sieht das Grundgesetz jedoch keine spezielle Gewaltenteilung vor. Tatsächlich wird alles von den deutschen Regierungsparteien kontrolliert. Nicht der Wähler, sondern die allmächtigen deutschen Regierungsparteien bestimmen seit jeher die Legislative, die Exekutive und entscheiden außerdem, wer z.B. die höchsten Positionen der Judikative übernimmt.

Legislative (Gesetzgebung, Bundestag und Bundesrat)

Die allmächtigen Regierungsparteien bestimmen die gesetzgebende Macht. Parteien, die den grundsätzlichen Konsens nicht teilen, werden systematisch ausgegrenzt. Gesetzentwürfe und sonstige Vorschläge, die von speziellen Oppositionsparteien eingebracht werden, haben grundsätzlich keine Aussicht auf Erfolg.

Exekutive (ausführende Gewalt, Bundesregierung)

Die Exekutive wird von den Koalitionsverhandlungen der allmächtigen Regierungsparteien bestimmt.

Judikative (Rechtsprechung, Richter und Gerichte)

Gemäß Grundgesetz werden die Verfassungsrichter je zur Hälfte durch den Bundestag und den Bundesrat gewählt. Das höchste aller Gerichte, das Bundesverfassungsgericht, steht dadurch nachweislich unter dem Einfluß der allmächtigen deutschen Regierungsparteien. Kein Richter des Bundesverfassungsgerichts bekommt jemals ein Amt, wenn er nicht die richtige politische Einstellung oder die richtige Parteimitgliedschaft besitzt.

Da für die Justiz kein System der Selbstverwaltung existiert, können die allmächtigen deutschen Regierungsparteien den Richtern sogar Weisungen erteilen und damit die richterliche Unabhängigkeit beeinträchtigen oder sogar aushebeln.

Die deutschen Regierungsparteien suchen sich ihre Richter sehr sorgfältig aus, deshalb mußte sich in der Bundesrepublik Deutschland bisher noch kein Regierungsmitglied vor einem Gericht verantworten.

Die systematisch geplanten Destabilisierungsmaßnahmen, wie z.B. die Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise, Klimakrise, Corona-Plandemie und der Wirtschaftskrieg gegen Rußland, erfolgten nachweislich durch staatliche Anordnungen. Durch diese langfristig inszenierten ideologischen Destabilisierungsmaßnahmen wurde der Bestand der Bundesrepublik Deutschland nicht fahrlässig, sondern vorsätzlich gefährdet.

Obleich zahlreiche staatliche Anordnungen zweifelsfrei den Straftatbestand des Hoch- und Landesverrats erfüllen, wurde bis zum heutigen Tag noch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

Ungeachtet der permanenten Rechtsbrüche von Mitgliedern der deutschen Bundesregierung, die nicht dem Wohle des deutschen Volkes dienten, blieben die verantwortlichen Politiker völlig unbehelligt und konnten ihre asozialen Tätigkeiten in aller Ruhe fortsetzen.

Vierte Gewalt

Die öffentlich-rechtlichen Medien stehen ebenfalls unter der Kontrolle der allmächtigen deutschen Regierungsparteien, so daß naturgemäß keine unabhängige Berichterstattung stattfinden kann.

Pflichten der gewählten Vertreter des Volkes

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden gemäß Artikel 38 des deutschen Grundgesetzes in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie

sind Vertreter des gesamten Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Die Abgeordneten sind demnach in erster Linie Vertreter des Volkes und nicht Vertreter von politischen Parteien oder Vertreter von geheim agierenden Lobbyorganisationen.

Die Pflichten des Abgeordneten ergeben sich aus der moralischen Verpflichtung, das Mandat nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des Volkes auszuüben. Die demokratisch legitimierte Volksvertreter sind niemandem untergeordnet, sondern Repräsentanten des gesamten Volkes. Das Leben und die Gesundheit des Volkes zu schützen, zählt zu den wesentlichsten Aufgaben der gewählten Repräsentanten des Volkes.

Fremdbestimmte Abgeordnete

Die Abgeordneten einer politischen Partei sind gewöhnlich nicht unabhängig, weil sie im allgemeinen einem Fraktionszwang unterliegen, um eine einheitliche Stimmabgabe im Sinne der Fraktionsbeschlüsse zu gewährleisten.

Ogleich die Abgeordneten relativ hohe Vergütungen erhalten, nutzen viele Abgeordnete die Politik nicht selten dazu, um besser bezahlte Posten in der Privatwirtschaft zu ergattern oder übernehmen außerdem gesetzlich nicht erlaubte Nebentätigkeiten. Nicht wenige Abgeordnete erliegen den geheim agierenden Lobbyorganisationen und werden später für ihre Dienste von privaten Unternehmen übernommen.

Viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie Landtags- und Kreistagsabgeordnete sind deshalb schon längst keine Vertreter des Volkes mehr, denn in den letzten Jahrzehnten bildete sich still und heimlich eine spezielle Klasse von fremdbestimmten Berufspolitikern. Die allmächtigen Regierungsparteien behaupten zwar unentwegt gebetsmühlenartig, die Interessen des Volkes vorbildlich zu vertreten, aber diesem politischen Kartell geht es in erster Linie um die Sicherung von besetzten Machtpositionen und die Durchsetzung von verdeckten internationalen Wirtschaftsinteressen.

Die heutigen fremdbestimmten Politiker bzw. die Nachwuchskräfte der transatlantischen Netzwerke (wie z.B. Olaf Scholz, Annalena Baerbock, Robert Habeck, Christian Lindner, Cem Özdemir, Jens Spahn, Peter Altmeier, Julia Klöckner, Karl-Theodor zu Guttenberg und viele andere Politiker), die zur Gruppe der "Young Global Leaders" gehören, durchliefen vor ihrer politischen Karriere jahrelange Ausbildungs-, Erziehungs- und Auswahlprozesse.

Diese Teilnehmer der "Young-Leader-Programme" erinnern heute eher an Mitglieder einer gemeingefährlichen Sekte, die mit Hilfe der gleichgeschalteten Propagandamedien weltweit die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zerstören will, um einen globalen totalitären Weltstaat mit "neuen besitz- und willenlosen Menschen" oder steuerbaren transhumanen Wesen zu gründen.

Schlußbemerkungen

Die eigentlich unabhängige demokratische Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative existiert nicht, da die gesamte Staatsgewalt durch die allmächtigen deutschen Regierungsparteien ausgeübt wird.

Das deutsche Grundgesetz schreibt vor, daß die Verfassungsrichter nicht vom Volk, sondern von den Parteien (je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat) gewählt werden, deshalb ist die Justiz offensichtlich keine unabhängige Staatsgewalt. Die potentiellen Angeklagten suchen sich ihre Richter praktisch selbst aus.

Da die Staatsanwaltschaften nicht unabhängig von den Justizministern sind, kann die Justiz den Bürger auch nicht vor der Willkür der Regierung schützen, denn die von den allmächtigen deutschen Regierungsparteien ernannten Justizminister bestimmen, was die Richter und Staatsanwälte zu tun und zu lassen haben.

Die absolute Herrschaft der allmächtigen Regierungsparteien gewährleistet gegenwärtig jedenfalls nachweislich nicht die Freiheit und Selbstbestimmung der Bürger, sondern festigt

eher die Fremdbestimmung und Fremdbetreuung bzw. die Bevormundung der Menschen. Wir haben nur noch sehr wenig Zeit, um die systematisch geplante Vernichtungsaktion der weltweit vernetzten gemeingefährlichen NWO-Psychopathen und ihrer willigen Marionetten gegen die Deutschen zu beenden.

Alle verantwortungslosen und fremdbestimmten Politiker, die gegen Gesetze und alle Prinzipien der Vernunft verstoßen, sind unverzüglich aus ihren Ämtern zu entfernen, denn ohne radikale Reformen werden die bisher eingeleiteten arglistigen Destabilisierungsmaßnahmen höchstwahrscheinlich zu einer noch nie dagewesenen Katastrophe führen.

Die Deutschen müssen sich endlich von ihren naiven Lebenslügen verabschieden und der Wahrheit stellen. Wenn wir jetzt nicht aufwachen und sofort Widerstand leisten, um unsere staatsbürgerlichen Pflichten gemäß Artikel 20 Absatz 4 des deutschen Grundgesetzes zu erfüllen, werden wir unsere von Gott gegebenen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte niemals zurückbekommen.

Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat bereits verloren. Ohne Widerstand werden wir sang- und klanglos untergehen.

GOTT MIT UNS ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 4. Oktober 2022: >>Vasallenstaat der USA

Liebe Leser,

jetzt schlägt's dreizehn! Zwar piffen es die Spatzen von den Dächern. Doch, was Darren Beattie in War Room behauptet, sollte die Welt erschüttern. Eigentlich!

Deutschland sei nichts weiter als ein Vasallenstaat der USA, so der konservative US-Journalist Darren Beattie in Steve Bannons Sendung War Room. Trotzdem hält unsere Ampel fest zur Treue mit den USA. Oder muß sie es sogar, weil jegliche Souveränität fehlt?

Daß die USA auch gegenüber Rußland schalten und walten können wie sie wollen, ist die eigentliche Enthüllung: "Die Nord-Stream-Pipelines liefern Energie aus Rußland nach Deutschland. Sie war den Transatlantikern, die alles tun würden, um die Zusammenarbeit zwischen Rußland und Deutschland zu verhindern, seit jeher ein Dorn im Auge", so Beattie in Bannons Sendung weiter. Bannon war einst Trumps Chefberater.

Völliges Versagen des Mainstreams

Erst versuchten die USA es mit verschiedenen Sanktionen. Doch damit ist jetzt Schluß. "Diese Soft-Power-Maßnahmen sind jetzt vorbei, wir sind auf der Stufe einer direkten physischen Auseinandersetzung angekommen.", so Beatties eindeutiges Fazit.

Warum liest man von solchen Enthüllungen nichts im deutschen Mainstream? Oder auch nicht in den GEZ-Medien? Offensichtlich sitzen auch dort amerikanische Lakaien oder aber solche, die es nicht besser wissen. Journalisten, die nicht mal die einfachste Frage nach den Interessen stellen können: Cui bono? Wem nützt es? Solche braucht keiner.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/22" berichtete am 28. Oktober 2022 (x1.387/...): >>Auf den Kern besinnen

Zukunft der EU: Die kommende Rezession entscheidet alles. Scheitert Deutschland, scheitert auch Europa

Bruno Bandulet

Wird Deutschland wieder einmal wie schon vor zwei Jahrzehnten zum kranken Mann Europas? Wenn der Winter kalt wird und das Gas ausgeht, befürchten die vier großen Wirtschaftsforschungsinstitute hierzulande die längste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. 2023 könne die Wirtschaftsleistung um 7,9 Prozent und 2024 um 4,2 Prozent schrumpfen. Die Deutsche Bank sieht bereits den Beginn der Deindustrialisierung Deutschlands.

Fest steht jetzt schon, daß 2022 mehr geplante Investitionen gestrichen werden als während

der Finanzkrise 2008/09 oder im Corona-Jahr 2020. Mittelständische Betriebe, die die horrend gestiegenen Kosten an ihre Kunden nicht weitergeben können, rutschen in die Insolvenz. Schlußendlich wird die OECD mit ihrer dramatischen Prognose recht behalten, laut der die Bundesrepublik im nächsten Jahr das wirtschaftliche Schlußlicht unter allen großen Industrieländern sein wird.

Und in solch einer Situation fällt dem Wirtschaftsminister nichts Besseres ein als zu verkünden, wir würden alle ärmer werden. Dafür ist er nicht im Amt, dafür wurde er ganz sicher nicht gewählt.

Verantwortlich für die Lage sind Weichenstellungen, die lange zurückreichen. Die Saat der hartnäckigsten Inflation seit hundert Jahren wurde von der Europäischen Zentralbank gelegt. Sie flutete die Eurozone mit Geld wie in Kriegszeiten und reagierte erst in diesem Jahr - zu spät; die Inflation galoppierte schon. Die gescheiterte Energiewende der Regierung Merkel basierte auf der Idee, auf Atom und Kohle verzichten zu können, indem die Lücke durch preiswertes russisches Erdgas geschlossen würde - schließlich hatten die Russen auch zur Zeit des Kalten Krieges immer zuverlässig geliefert.

Mit dem Sanktionskrieg fiel die Prämisse weg. Im vergangenen Sommer mußten die deutschen Gasspeicher zu Preisen aufgefüllt werden, die die frühere Gazprom-Rechnung um das Zehnfache überstiegen. Für den Schaden, der erst noch sichtbar werden wird, gibt es kein besseres Beispiel als die riesige Anlage der BASF in Ludwigshafen: Sie verbraucht mehr Gas als die gesamte Schweiz.

Da ist die Frage legitim, ob Berlin und die EU nicht besser beraten gewesen wären, die bedrängte Ukraine zwar finanziell und humanitär zu unterstützen, gleichzeitig aber russische Rohstoffe von den Sanktionen auszunehmen. Auf Moskaus Fähigkeit, den Krieg fortzusetzen, hatten und haben die Sanktionen keinen Einfluß. Es gibt keine Pflicht zum ökonomischen Selbstmord. Übrigens wüßten wir immer noch gerne, wer denn nun die Nord-Stream-Pipelines gesprengt hat.

Wenn aber Deutschland abstürzt, was heißt das für die Europäische Union? Brüssel folgt den Vorgaben aus Washington, eine europäische Antwort auf den Krieg bleibt aus. Die neuerdings zu vernehmende Vorstellung, das Kraftzentrum der EU werde sich nach Osten verlagern, womit nicht zuletzt Polen gemeint ist, bleibt ein Hirngespinnst.

Mit der deutschen Wirtschaft wird auch die ganz Europas einbrechen. Deutschland und Frankreich zusammen stehen für gut 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aller 27 EU-Staaten, die vier Visegrad-Länder für knapp 7,5 Prozent. Niemand kann den deutschen Motor ersetzen, erst recht nicht die enormen, schon wieder steigenden deutschen Beiträge zur Brüsseler Umverteilungsmaschine.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die europäische Integration ein Segen für den geschundenen Kontinent, jetzt droht sie auszufern. Olaf Scholz phantasiert von einer EU der 36 Mitglieder - wer das Scheckbuch für die neuen Kostgänger zücken darf, kann sich jeder ausmalen.

Wolfgang Schäuble träumt von einem deutsch-französisch-polnischen Trio, das "Führungsverantwortung" übernehmen und den Kern einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft bilden müsse - mit einem Polen, das als Speerspitze der amerikanischen Rußlandpolitik fungiert und einem Frankreich, das Wege aus der amerikanischen Hegemonie sucht. Das europäische Bündnis der Nationen verträgt und akzeptiert keine Führungsmacht, keine deutsche und auch kein Trio.

Zentral wird trotz vieler Differenzen die deutsch-französische Partnerschaft bleiben. Die Franzosen haben recht, wenn sie den Aufbau einer europäischen Rüstungsindustrie fordern und wegen der geplanten Bestellung von 35 amerikanischen Tarnkappenjets durch Berlin irritiert sind. Die F-35 sind berüchtigt wegen ihrer Qualitätsmängel. Sie würden die Luftwaffe 8,4 Milliarden Dollar kosten, dazu schätzungsweise das Dreifache für Betrieb und Instandhaltung.

Damit wäre ein zu großer Teil des 100-Milliarden-Pakets für die Bundeswehr schon einmal verbrannt.

Mit der neuen italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni droht weiterer Ärger: Die Bundesregierung muß hart bleiben, wenn Paris unisono mit Rom auf neuen Gemeinschaftsschulden besteht, diesmal zur Bewältigung der Energiekrise. Dabei konnte bisher nur ein kleiner Teil des Wiederaufbaufonds in Höhe von offiziell 750 Milliarden Euro ausgegeben werden. Kaum bekannt ist zudem, daß sich die EU für diese Corona-Bonds vorsorglich eine Kreditlinie von 4.000 Milliarden eingeräumt hat.

Es bleibt offen, wieviel von den Krediten am deutschen Steuerzahler hängen bleiben, falls die Partner nicht zurückzahlen können oder wollen. Der Appell an die europäische Solidarität ist also durchsichtig. Es geht in Wirklichkeit darum, den klammen Staaten der Eurozone neue Schulden zu ermöglichen, die sie in eigener Regie zu erträglichen Zinsen nicht aufnehmen können. Und sie erhöhen nicht einmal den jeweiligen nationalen Schuldenstand, weil sie der EU insgesamt zugerechnet werden: Genuß ohne Reue.

Daß nun das deutsch-französische Ministertreffen verschoben werden mußte, ist kein gutes Omen. Wenn die französisch-italienische Achse den Regierungswechsel in Rom überdauert, wird der Druck auf Berlin zunehmen. Andererseits müssen sich alle, nicht zuletzt die Kommission in Brüssel, auf eine unbequeme, selbstbewußte Regierung Meloni gefaßt machen. Sie sagt der kulturellen Dekadenz den Kampf an, und sie stärkt das Lager derer, die für die Souveränität der Nationen eintreten.

Otto von Bismarck sagte einmal, in Sympathien und Antipathien gegenüber auswärtigen Mächten und Personen liege der "Embryo der Untreue gegen das Land, dem man dient". Kühle Distanz gegenüber Zumutungen und Ansprüchen von außen stünde der Bundesregierung gut an, nicht ein "dienendes Verständnis" gegenüber Europa, wie es im Koalitionsvertrag heißt. Die Regierung hat dem eigenen Volk zu dienen, niemandem sonst. Wehe, wenn sie dabei versagt, den Frieden der Heimat und die Integrität einer immer noch leistungsfähigen Volkswirtschaft zu sichern. Scheitert Deutschland, dann scheitert Europa.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/22" berichtete am 28. Oktober 2022 (x1.387/...): >>>Die Zwillingstürme im Visier

Cum-Ex-Steuerskandal: Nach bald zehn Jahren Ermittlungen jetzt auch Razzia bei der Deutschen Bank

Martin Krüger

Staatsanwaltliche Ermittler haben erneut die Frankfurter Doppeltürme der Deutschen Bank durchsucht. Nach Vorwürfen mutmaßlicher Geldwäsche und des angeblichen "Greenwashings" von Investmentfonds (JF 24/22) ging es vorige Woche um die sogenannten Cum-Ex-Geschäfte, bei denen der Fiskus zwischen 2001 und 2012 um schätzungsweise zehn Milliarden Euro geprellt worden ist.

Denn sowohl der Bundesgerichtshof, der Bundesfinanzhof wie auch das Bundesverfassungsgericht haben dieses "Geschäftsmodell", bei dem sich Finanzmarktakteure eine Steuer auf Kapitalerträge erstatten ließen, die niemand gezahlt hatte, inzwischen als illegal und strafbar eingestuft.

Die Hamburger Warburg-Bank gibt sich auffällig demütig

Sogar die Privatadressen von zehn Topbankern blieben diesmal nicht verschont, darunter auch die Privatwohnung des 74jährigen Ex-Co-Vorstands Jürgen Fitschen. Im Zentrum der Ermittlungen steht aber der Steueranwalt Hanno Berger, den die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt als "Spiritus rector" der Cum-Ex-Geschäfte in Deutschland bezeichnet. Der 71jährige war bis 1996 beamteter Steuer-Bankprüfer in Hessen, bevor er seine Erfahrungen lieber mit deutschen und amerikanischen Steuerkanzleien teilte. Berger steht daher derzeit in Bonn und Wiesbaden sogar gleich vor zwei Richtern.

In der Hansestadt Hamburg stehen das renommierte Privatbankhaus M. M. Warburg & Co. und deren Ex-Chef Christian Olearius im Zentrum der laufenden Ermittlungen. Ein Prozeß liegt auch hier in der Luft, obwohl Warburg-Vertreter beteuern, 155 Millionen Euro "für Großunternehmen in Hamburg" für Aktiengeschäfte der Jahre 2007 bis 2011 an das Finanzamt gezahlt zu haben: "Die vom Landgericht Bonn im März 2020 angeordnete Einziehung der Steuern ist damit erledigt. Die Warburg-Gruppe hat allein den gesamten Steuerbetrag gezahlt, obwohl Dritte die Geschäfte initiierten, abwickelten und große Profite erzielten."

Und auch hier spielt die Deutsche Bank eine Rolle, denn sie fungierte angeblich als Depotbank. Warburgs Standpunkt lautet: Die Großbank hätte sicherstellen müssen, daß die Kapitalertragsteuer abgeführt wird. Die Deutsche Bank habe sehr wohl gewußt, daß die "Profite" aus der Steuerkasse stammen. Und sie fungierte auch als "Prime Broker" und Fremdkapitalgeber bei den Cum-Ex-Deals. Und Fischen steht dabei im Verdacht, selbst falsche Steuererklärungen unterzeichnet zu haben, nachdem zuvor seine Investmentbanker diese "Deals" initiiert hatten - und das sogar unter Einbeziehung der hauseigenen Geschäftsbereiche Steuern und Recht.

Weitere Dienstleistungen sollen hinzugekommen sein: etwa Leerverkäufe, bei denen Aktien veräußert werden, die gar nicht im Bestand sind, "Hedging Deals" als Absicherungsgeschäfte gegen Kursrisiken und eben die Depotbankfunktionen. Durch die Leerverkäufe wurde den Finanzämtern suggeriert, daß eine Aktie zwei Aktionären zuzurechnen ist. Dazu kommt, daß das Eigenkapital um Fremdkapital erweitert wurde. Das Ganze bis hin zum Faktor 20, was die Geschäfte umfangreicher und damit noch profitabler gestaltete.

Durch Derivate wurden Aktienkursrisiken abgesichert, was wesentlich zur Berechenbarkeit und zum Gelingen der Cum-Ex-Geschäfte beitrug. Vor allem aber stellten die Depotbanken die entscheidenden Steuerbescheinigungen aus, die dann die Finanzämter zur doppelten Steuererstattung veranlaßt hatten.

Die Warburg-Banker bestreiten die prinzipielle Vorgehensweise nicht: "Cum-Ex-Transaktionen sind Aktiengeschäfte, bei denen Aktien vor oder am Dividendenstichtag mit Dividendenanspruch (cum) gekauft, jedoch erst nach dem Stichtag ohne Dividende (ex) geliefert werden." Aber "solche über den Dividendenstichtag durchgeführte Transaktionen waren für sich genommen rechtlich unkritisch.

Mißbräuchlich waren Cum-Ex-Transaktionen, wenn sie so gestaltet wurden, daß Kapitalertragsteuererstattungen ohne entsprechende Steuerabführungen erfolgten" - sprich: Der Schwarze Peter liege eigentlich in Frankfurt, nicht in Hamburg. Und die Politik - von Hamburg bis Berlin - habe jahrelang untätig zugesehen.

Aber aus den Zwillingstürmen heißt es nur: "Wie bereits seit Beginn der Ermittlungen 2017 kooperiert die Bank weiterhin vollumfänglich mit der ermittelnden Behörde." Es bleibt also spannend, denn derzeit laufen mehr als 100 Verfahren gegen etwa 1.600 Beschuldigte. Und die bereits abgeschlossenen drei Verfahren endeten alle mit Schuldsprüchen. Die Hamburger geben sich daher schon vorsorglich demütig: "Die steuerliche Beurteilung der Cum-Ex-Geschäfte durch die Warburg-Gruppe hat sich als falsch erwiesen. Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands von M. M. Warburg & Co mißbilligen unrechtmäßige Steuerergestaltungen jeder Art."<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. November 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>**Betreff: Das Märchen von der Volksherrschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Teil 2**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Auflösung der gegenwärtigen Parteiendiktatur

Noch sitzt Ihr da oben, Ihr feigen Gestalten. Vom Feinde bezahlt, und dem Volke zum Spott! Doch einst wird wieder Gerechtigkeit walten, dann richtet das Volk, dann gnade Euch Gott!

Theodor Körner (1791-1813, deutscher Dichter)

Politische Parteien

Bei einer politischen Partei handelt es sich um den Zusammenschluß von Menschen, die aufgrund gleicher politischer Anschauungen oder Vorstellungen eine gewisse staatliche Willensbildung anstreben.

Die ersten modernen Parteien entstanden im 17. Jahrhundert in Großbritannien, danach in den USA und in Frankreich. In Deutschland gründete man die ersten Parteien nach 1815. Während sich in den westlichen Demokratien das **Mehrparteiensystem** durchsetzte, herrschte in totalitären Staaten in der Regel das **Einparteiensystem** oder das bewährte **Blockparteiensystem** (Zusammenschluß aller bestehenden Parteien unter Führung der herrschenden Partei).

Die politischen Parteien wurden seit jeher bevorzugt durch die Freimaurer genutzt, um eine vermeintliche demokratische Wahlmöglichkeiten vorzutäuschen und um die Regierung des jeweiligen Landes zu übernehmen und geheime Staaten ("Tiefe Staaten") in den offiziellen Staaten zu bilden. Heute sind fast alle maßgeblichen Persönlichkeiten der Politik, der Armee, der Wissenschaft, der Bildung, der Wirtschaft und des Handels Logenbrüder der Freimaurerei.

Die Partei wird durch den Parteivorstand geleitet. Die Parteipolitik richtet sich nach dem Partei- und Grundsatzprogramm. Die Parteien finanzieren sich durch Mitgliedsbeiträge, staatliche Zuschüssen und Spenden. Die Abgeordneten einer Partei unterliegen meistens einem Fraktionszwang, um eine einheitliche Stimmabgabe im Sinne der Fraktionsbeschlüsse zu gewährleisten. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Gründung von Parteien grundsätzlich frei. Verfassungswidrige Parteien können jedoch z.B. wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung jederzeit durch das Bundesverfassungsgericht verboten werden.

In der Bundesrepublik Deutschland beherrschen die allmächtigen Regierungsparteien derzeit die staatliche Gesetzgebung (Legislative), die vollziehende Gewalt (Exekutive) und die Rechtsprechung (Judikative). Volksentscheide sind nicht vorgesehen. Es handelt sich zweifelsfrei nicht um einen demokratischen Rechtsstaat, der unabhängige Gewalten besitzt und auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut ist.

Gemäß Grundgesetz werden die Verfassungsrichter je zur Hälfte durch den Bundestag und den Bundesrat gewählt. Das höchste aller Gerichte, das Bundesverfassungsgericht, steht dadurch nachweislich unter dem Einfluß der allmächtigen deutschen Regierungsparteien. Kein Richter des Bundesverfassungsgerichts bekommt jemals ein Amt, wenn er nicht die richtige politische Einstellung oder die richtige Parteimitgliedschaft besitzt.

Da die Staatsanwaltschaften nicht unabhängig von den Justizministern sind, kann die Justiz den Bürger nicht vor der Willkür der Regierung schützen, denn die von den allmächtigen deutschen Regierungsparteien ernannten Justizminister bestimmen, was die Richter und Staatsanwälte zu tun und zu lassen haben. Die deutschen Regierungsparteien suchen sich ihre Richter sehr sorgfältig aus, deshalb mußte sich in der Bundesrepublik Deutschland bisher noch kein Regierungsmitglied vor einem Gericht verantworten.

Geheime Kriegsführung gegen die Deutschen

In allen deutschen Ministerien arbeiten von den Lobbygruppen und anglo-amerikanischen Beraterfirmen bezahlte Mitarbeiter. Diese Beschäftigten der Lobbyisten beteiligen sich nicht selten maßgeblich an der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen, Ausschreibungen etc.

Die systematisch geplanten Destabilisierungsmaßnahmen der deutschen Bundesregierung, wie z.B. die Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise, Klimakrise, Energiewende, Corona-Plande-

mie und der Wirtschaftskrieg gegen Rußland, erfolgten nachweislich durch staatliche Anordnungen. Durch diese langfristig inszenierten ideologischen Destabilisierungsmaßnahmen wurde der Bestand der Bundesrepublik Deutschland nicht fahrlässig, sondern vorsätzlich gefährdet.

Es gehört nachweislich nicht zu den Aufgaben und Pflichten der deutschen Regierung, durch staatlich eingeleitete Destabilisierungsmaßnahmen wichtige wirtschaftliche, soziale, kulturelle und religiöse Strukturen unseres Landes zu liquidieren.

Hochverrat laut Paragraph 81 des deutschen Strafgesetzbuches

In einer wahrhaften Demokratie muß die Staatsgewalt vom Volk ausgehen und darf niemals von irgendwelchen kriminellen NWO-Organisationen sowie von ihren gehorsamen Erfüllungsgehilfen dominiert werden. Sämtliche maßgeblichen Anführer, Organisatoren, Anstifter und Helfershelfer der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien, Militär etc., die an der Planung und an der Ausführung der ideologischen Destabilisierungsmaßnahmen teilgenommen haben, sind für ihre Verbrechen juristisch zur Rechenschaft zu ziehen.

Gemäß § 81 des deutschen Strafgesetzbuches begeht z.B. Hochverrat: >>1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder
2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...<<

Der Hochverratsparagraph wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten abgeschafft. Erst im Jahre 1951 führte man wieder ein Gesetz zur Bestrafung des Hoch- und Landesverrats ein. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe war danach für Staatsschutzstrafsachen verantwortlich, die durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden und verpflichtet, eingehende Strafanzeigen zu prüfen.

Alle gemeingefährlichen NWO-Psychopathen und ihre willigen Mittäter, die gigantische Schäden verursachten, sind gerichtlich abzuurteilen und angemessen zu bestrafen (Haftstrafe, Beschlagnahmung des gesamten Vermögens der Verurteilten, Festsetzung von Mindestrenten etc.).

Ungeachtet der permanenten Rechtsbrüche von Mitgliedern der deutschen Bundesregierung, die nachweislich nicht dem Wohl des deutschen Volkes dienen, blieben die verantwortlichen Politiker völlig unbehelligt und konnten ihre asozialen Tätigkeiten in aller Ruhe fortsetzen.

Obgleich der geheime Krieg gegen das eigene Volk den Straftatbestand des Hoch- und Landesverrats erfüllt, wurde bisher noch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

Lediglich die Kritiker dieser verfassungsfeindlichen Rechtsbrüche wurden als "Pack" oder geistige Brandstifter ausgegrenzt oder pauschal als Nazis diffamiert.

Nürnberger Kodex

Bei dieser geheimen Kriegsführung gegen die Deutschen handelt es sich offenbar um **Verbrechen gegen die Menschlichkeit**.

Trotz vorliegender stichhaltiger Forschungsergebnisse unabhängiger Wissenschaftler werden z.B. alle bisher gemeldeten Impfschäden und Todesfälle, die wahrscheinlich durch die Covid-Gen-Experimente verursacht wurden, starrsinnig ignoriert.

Die zuständigen Politiker und die Mitarbeiter der verantwortlichen Behörden ordneten keine angemessenen Untersuchungen an, um endlich Klarheit zu schaffen. Auch alle Strafanzeigen wegen fahrlässiger Tötung durch diese mRNA-Experimente blieben erfolglos, denn anstatt die Bevölkerung vor weiteren Schäden zu schützen, unternahm die deutsche Staatsanwaltschaft trotz des Nürnberger Kodex von 1947 schlichtweg nichts. Ungeachtet der zahllosen Impfschäden wurden die gemeingefährlichen mRNA-Experimente in der Bundesrepublik Deutsch-

land und in Österreich sogar im Herbst 2022 fortgesetzt.

In Nürnberg wurden am 20. August 1947 im ersten NS-Ärzteprozeß die Urteile gegen 23 ehemals führende nationalsozialistische Mediziner verkündet.

7 Angeklagte (Karl Brandt, Karl Gebhardt, Rudolf Brandt, Joachim Maugosky, Wolfgang Sievers, Viktor Brack und Waldemar Koven) werden zum Tod durch den Strang, 5 Angeklagte werden zu lebenslänglich Zuchthaus und 4 Angeklagte zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen von 10 bis 20 Jahren verurteilt. 7 Angeklagte werden freigesprochen.

Im Verlauf des Nürnberger Ärzteprozesses betreten die Richter des US-Militärgerichtshofs juristisches Neuland, denn die **Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie die Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen**, die man den angeklagten Ärzten zur Last legte, waren unter dem Deckmantel von medizinischen Experimenten erfolgt. Nach dem Ende des Ärzteprozesses wurde der Nürnberger Kodex als völkerrechtlich verbindliche Richtschnur für die Beteiligten an medizinischer Forschung verkündet und Teil des Völkerrechts.

Der Nürnberger Kodex wurde später von den nationalen und internationalen medizinischen Organisationen kaum beachtet. In dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 zur informellen Selbstbestimmung und in Deklarationen des Weltärztebundes wurde der völkerrechtliche Status des Nürnberger Kodex jedoch bestätigt.

In der gegenwärtigen globalisierten, grenzenlosen Welt können nur souveräne Nationalstaaten die rechtliche und soziale Sicherheit der einheimischen Bevölkerung gewährleisten und schützen. Erst wenn die Entscheidung über Krieg und Frieden in den Händen der wahlberechtigten Bürger liegt, können z.B. vor allem verbrecherische Kriege vermieden werden, denn sie müssen bekanntlich persönlich mit Leib und Leben für ihre Handlungen haften.

Angesichts der offensichtlich planmäßig angestrebten wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Zerstörung Deutschlands müssen sich die Menschen entscheiden, ob sie sich weiterhin durch die korrupte Parteiendiktatur ausplündern, bevormunden und schikanieren lassen, oder ob sie ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, um die globalen Pläne des enthemmten Finanzkapitals zu verhindern.

Errichtung eines demokratischen Rechtsstaates

Die Bundesrepublik Deutschland war eigentlich nie ein demokratischer Rechtsstaat, denn die fremdbestimmten politischen Parteien beherrschten seit jeher alle Institutionen. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland etablierte sich sehr schnell eine Plutokratie (Herrschaft des Geldes) mit demokratischer Fassade. Dieser zutiefst undemokratische Zustand der gegenwärtigen Plutokratie muß endlich beendet werden.

Um den Wählerwillen des Volkes zu gewährleisten, sollte unbedingt eine direkte Demokratie nach dem Schweizer Vorbild gebildet werden.

In dieser direkten Demokratie erhalten alle wahlberechtigten Bürger das Recht und die Möglichkeit, politische Entscheidungen aktiv zu beeinflussen und auch selbst Themen vorzuschlagen. In einer direkten Demokratie bestimmen die Bürger z.B. durch Initiativen und Volksentscheide direkt über wichtige Fragen der politischen Ordnung. Da jeder Volksvertreter weiß, daß in der direkten Demokratie (ohne Parteien) nicht mehr die politischen Parteien, sondern die Bürger das letzte Wort haben, wird die Distanz zwischen Politik und Bürger drastisch reduziert.

Um einen realen demokratischen Rechtsstaat zu realisieren, sind z.B. folgende Reformen erforderlich:

Gewaltenteilung und Rechtstaatlichkeit: In der neuen deutschen Verfassung müssen Judikative, Exekutive und Legislative unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht wieder in "einer Hand" gebündelt werden kann. Die Rechtsprechung (Judikative) ist durch unabhängige, parteilose Richter wahrzunehmen.

Abschaffung der Listenwahl: Die von den Parteien aufgestellten Landeslisten (Listenwahlen) werden abgeschafft.

Für die Bundestagswahl 2021 wurden z.B. 299 Wahlkreise festgelegt. Infolge der Überhang- und Ausgleichsmandate wurden nach der Bundestagswahl 736 Bundestagsabgeordnete ernannt. Nach Abschaffung der Listenwahl werden nur noch **299** Bundestagsabgeordnete in den Deutschen Bundestag einziehen.

Wahl von Direktkandidaten: In der reformierten direkten Demokratie wird in jedem Wahlkreis zukünftig nur noch 1 Direktkandidat gewählt. Pro Wahlkreis zieht nur der Kandidat in den Bundestag ein, der die meisten Wählerstimmen erhält. Diese direkt durch das Volk gewählten 299 unabhängigen Bundestagsabgeordneten sind für die staatliche Gesetzgebung (Legislative) und die vollziehende Gewalt (Exekutivgewalt) verantwortlich.

Kandidieren darf jeder Bürger, wenn er das passive Wahlrecht besitzt, am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet hat, im entsprechenden Wahlkreis wohnt sowie spezielle Eignungen und Qualifikationen nachweisen kann.

Spezieller Eid für jeden Abgeordneten: Alle gewählten Volksvertreter leisten nach der neuen Verfassung zukünftig bei Amtsübernahme einen speziellen Eid, sich für das Gemeinwohl des Volkes einzusetzen und für ihre politischen Handlungen zu haften.

Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden: Alle Verfassungsänderungen und alle bedeutsamen völkerrechtlichen Verträge sind zukünftig nur noch durch Volksbegehren und Volksentscheide des Volkes zu beschließen.

Verbot der Briefwahl nach dem französischen Vorbild: In Frankreich wurde ab 1976 die Briefwahl für die im Inland wohnenden Wahlberechtigten verboten, um das Manipulationsrisiko von Wahlen zu reduzieren. Bei der Briefwahl ist z.B. nicht nachvollziehbar, ob der Wähler seine Stimme selbst abgegeben hat oder ob er möglicherweise durch einen Dritten beeinflusst wurde oder ob die Wahlzettel sogar von Dritten gefälscht wurden.

Juristische und notarielle Überwachung der Wahlen: Bisher wurde der Bundeswahlleiter vom Bundesminister des Innern auf unbestimmte Zeit ernannt.

Um ordnungsgemäße Wahlergebnisse sicherzustellen, sollten zukünftig unabhängige, parteilose Richter und unabhängige, parteilose Notare die Wahlergebnisse prüfen und bestätigen.

Friedensverhandlungen

Nach der Reaktivierung eines souveränen deutschen Staates sind unverzüglich Friedensverhandlungen mit den alliierten Siegermächten aufzunehmen.

Schlußbemerkungen

Wach auf, wach auf, du deutsches Land! Du hast genug geschlafen, bedenk, was Gott an dich gewandt, wozu er dich erschaffen. Bedenk, was Gott dir hat gesandt und dir vertraut sein höchstes Pfand, drum magst du wohl aufwachen! ...

Johann Walter (1496-1570, deutscher Komponist und Kantor)

Die repräsentative Demokratie war seit jeher lediglich eine Illusion. Diese perfide Illusion wurde weltweit durch die Feudalherrschaft der allmächtigen Parteien geschickt genutzt, um mit Hilfe von jahrzehntelangen Bewußtseinsmanipulationen in erster Linie die geheimen Pläne von Finanzoligarchen durchzusetzen und die Interessen des globalen Finanzimperiums zu schützen.

Spätestens im Winter 2022/2023 werden die heimtückisch eingeleitete Energiewende und die von der US-Administration angeordneten irrsinnigen Sanktionen gegen Rußland den deutschen Industriestandort mit Sicherheit unweigerlich komplett ruinieren sowie die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes das gesamte Land unaufhaltsam zerstören. Der Rußland-Ukraine-Konflikt wurde offensichtlich von der US-Administration zusätzlich aktiviert, um die Destabilisierung und vollständige Vernichtung

des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen.

Obleich die völkerrechtswidrige Sprengung der Gasleitungen Nordstream 1 und Nordstream 2 schließlich den Untergang unseres Landes besiegelte, unternahm die deutsche Bundesregierung trotz drohender Kälte- und Hungerkatastrophen im Winter 2022/2023 fast nichts, um die gemeingefährliche Lage zu bekämpfen.

Angesichts der offensichtlichen Untätigkeit dieser allmächtigen Parteiendiktatur muß auch das letzte Schlafschaf erkennen, daß diese fremdbestimmte deutsche Regierung der größte Feind des eigenen des Volkes ist. Diese von den USA betreuten deutschen Politiker streben jedenfalls nicht das Wohl der Bevölkerung dieses Landes an, denn jeder vernünftige Mensch weiß, daß die arglistig eingeleiteten staatlichen Maßnahmen mit noch nie dagewesenen Katastrophen enden müssen.

Wenn wir nicht unverzüglich unseren betreuten Todesschlaf beenden und unser persönliches Schicksal endlich selbst in die eigene Hand nehmen, wird es schon bald keine menschliche und soziale Gesellschaft mehr geben. Nach dem völligen Zusammenbruch der nationalen Stromversorgung wird nur noch das uralte Wolfsgesetz gelten und ein erbarmungsloser Kampf auf Leben und Tod entbrennen.

Angesichts der dramatischen Lage müssen sich die Deutschen entscheiden, ob sie sich weiterhin von der fremdbestimmten deutschen Politikerkaste und den kriminellen anglo-amerikanischen Globalisten wie eine Schafherde widerstandslos zur Schlachtbank führen lassen, oder ob sie endlich ihre staatsbürgerlichen Pflichten gemäß Artikel 20 Absatz 4 des deutschen Grundgesetzes erfüllen und Widerstand leisten.

Anstatt sich widerstandslos in den kollektiven Selbstmord treiben zu lassen, müssen alle Menschen, die noch einen gesunden Menschenverstand besitzen, unverzüglich erbitterten Widerstand leisten.

Erkennt endlich, was die Stunde geschlagen hat, denn ohne die sofortige Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne unverzügliche radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.

GOTT MIT UNS ...<<

Das deutsche "Globkult Magazin" berichtete am 7. November 2022: >>Michael Wolski: 1989 Mauerfall Berlin Auftakt zum Verfall der Sowjetunion

Von Wolfgang Rauprich

Als Markus Wolf 1986 vorzeitig seinen Generalsrock an den Nagel hing und den Dienst als Chef der Hauptabteilung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR quittierte, ahnte mancher wache Beobachter in diesem Land und sicher auch anderswo, daß da mehr dahintersteckte als die Ambition dieses Mannes, Kochbücher zu schreiben und sein Altenteil zu genießen.

Was wurde nicht alles spekuliert über die Hintergründe. Waren es seine Mißerfolge in den Jahren zuvor, die unter anderem dazu führten, daß der "Mann ohne Gesicht" kenntlich wurde? Waren es seine zweifellos vorhandenen amourösen Abenteuer, die, wie der Spiegel später kolportierte, den spröden Stasi-Chef Erich Mielke dazu bewegten, ihn aus dem Apparat zu drängen?

Oder war es doch Wolf selbst, der diesen Abgang ganz zielgerichtet betrieb, um völlig andere Absichten effektiver verfolgen zu können? Als mit allen Wassern gewaschener Geheimdienstler wußte Wolf längst, daß die DDR als Staat nicht zu halten sein würde, da sich auch der große Bruder Sowjetunion bereits in einem Abwärtssog befand, aus dem es kein Entrinnen mehr gab. Von alledem und mehr handelt das Buch von Michael Wolski 1989 Mauerfall in Berlin mit dem Untertitel Auftakt zum Zerfall der Sowjetunion.

Waren manche Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 keine Zufälle?

Ein Blick auf die zeitliche Parallelität der Aktivitäten führender Genossen in Moskau im Jahr 1986 gibt zumindest einen Hinweis darauf, das spätere Ereignisse der Jahre 1989 und 1990, die zum Ende der DDR führten, keine Zufälle waren, und ein Markus Wolf durchaus in solche Aktivitäten eingebunden gewesen sein könnte. Er war bestens vernetzt in Politik und in Sicherheitskreise der Sowjetunion.

Als Emigrantenkind war er dort aufgewachsen, sprach russisch so gut wie seine Muttersprache und verfügte im KGB über einen exzellenten Ruf als herausragender Geheimdienstler. Wer, wenn nicht er, war also besser geeignet in Pläne eingebunden zu werden, die das Ende der DDR zum Ziel hatten. Nicht zuletzt deuten die bis heute undurchsichtigen Machenschaften der Gruppe "Luch" (Strahl), einer Sondereinheit des KGB, die in der DDR operierte, in diese Richtung.

Michail Gorbatschow war ein Jahr zuvor zum Generalsekretär der KPdSU gekürt worden. Er verkündete nicht nur Glasnost und Perestroika, sondern zog auch Bilanz zur Situation der Sowjetunion mit dem Ergebnis, daß dieser Staat der Arbeiter und Bauern politisch, wirtschaftlich am Ende, ideologisch ausgebrannt und in der Staatengemeinschaft, nicht zuletzt wegen des Afghanistankrieges, weitgehend isoliert war.

Aus der Sicht des Generalsekretärs rückte der Untergang dieses Riesenreichs immer näher. Da wurden die Satellitenstaaten, insbesondere die DDR, nicht mehr als wichtige Verbündete betrachtet, sondern als Klötze am Bein, die es loszuwerden galt, um die Sowjetunion zu retten. Eduard Schewardnadse, Gorbatschows Außenminister, war es schließlich, der bereits 1986 mit einer Aussage zur Notwendigkeit der deutschen Einheit zitiert wird.

Blick in die Geschichte bis zum Hitler-Stalin-Pakt

Es ist diese Ausgangssituation, von der aus Michael Wolski in seinem Buch 1989 Mauerfall in Berlin mit dem Untertitel Auftakt zum Zerfall der Sowjetunion eine Reihe auffälliger Geschehnisse rund um die plötzliche Grenzöffnung am 9. November 1989 beleuchtet. Bei einer anderen griff der Autor in die Geschichte zurück, bis zum Hitler-Stalin-Pakt, der 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abgeschlossen wurde.

Die Existenz der dazu gehörenden Geheimprotokolle hat die KPdSU jahrzehntelang bestritten. Wenn es nun aber darum gehen sollte, sich die allein nicht lebensfähige DDR vom Hals zu schaffen und damit notwendigerweise die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten herbeizuführen, gab es ein gravierendes Problem, welches mit eben diesem, auch als "Nichtangriffspakt" geführten Dokument nebst seinen Zusatzprotokollen zu tun hat.

In dem Vertragswerk regelten diese beiden großen europäischen Diktaturen nichts weniger als weite Teile Mittel- und Osteuropas untereinander aufzuteilen. Für die Sowjetunion galt diese Aufteilung bis 1990 weiter, nicht so für das Deutsche Reich, das nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs besetzt und schließlich als Staat liquidiert wurde.

Die Besatzung betraf auch das nördliche Ostpreußen, später als Gebiet Königsberg beziehungsweise Kaliningrad bezeichnet. Nun durfte die Sowjetunion alle Territorien behalten, die ihr im Hitler-Stalin-Pakt und den zugehörigen Zusatzprotokollen zugesprochen wurden. Für andere besetzte Gebiete des Deutschen Reichs, wie das um Königsberg, blieb der Sowjetunion nur die zeitweise treuhänderische Verwaltung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages, wengleich Stalin diesen Teil Ostpreußens ohne langes Federlesen in die Sowjetunion eingliedert hatte.

Dennoch durfte er nicht einfach annektiert werden, so die Vereinbarung zwischen den vier Alliierten. Doch auf keinen Fall sollte Kaliningrad in die Verhandlungsmasse einer möglichen deutschen Wiedervereinigung oder eines Friedensvertrages fallen. So erklärt Wolski den Hintergrund für die geheimen Aktivitäten der Sowjetunion zur vollständigen und möglichst geräuschlosen Annullierung des Hitler-Stalin-Pakts als Ganzem, also auch der Vertragsbestand-

teile, die es angeblich nie geben hat. Der Autor erkennt darin sogar das zentrale Motiv maßgeblicher Teile der Sowjetführung, das Ende der DDR aktiv voranzutreiben.

Im Widerspruch zur offiziellen Geschichtsschreibung

Und er geht noch einen Schritt weiter. Wolski führt im Zusammenhang mit dem Hitler-Stalin-Pakt die These ein, daß Stalin längst einen Angriff auf das Deutsche Reich geplant habe, Hitler ihm mit dem Überfall auf die Sowjetunion lediglich zuvor gekommen sei.

Dazu verweist er auf den Historiker Stefan Scheil, auf Schriften von Viktor Suworow, einem ehemaligen Militärnachrichtendienstler der Sowjetarmee sowie auf ein ebenso faktenreiches wie lesenswertes Buch von Bernd Schwipper mit dem Titel Deutschland in Visier Stalins. Bemerkenswert daran ist, daß Schwipper, mehr noch als Wolski, der Führungselite der DDR angehörte.

Als Generalmajor der Nationalen Volksarmee der DDR und als Militärhistoriker hatte er tiefe Einblicke in manche besonderen militärischen Zusammenhänge zwischen der Sowjetunion und der DDR, die er 1990 in seinen damals noch möglichen Archivrecherchen in Moskau mit besonderem Blick auf den Hitler-Stalin-Pakt und die wahren Absichten des Woschd - so ließ sich Stalin als Führer nennen - noch vertiefen konnte (siehe: Schwipper, Bernd, 2015, Deutschland in Visier Stalins). Auch den Historiker Bogdan Musial führt Wolski an, der ebenfalls hierzu gearbeitet hat. (siehe: <https://www.welt.de/politik/article1799869/Stalins-Angriffsplaene-fuer-den-Westen.html>)

Wolski hat diese Motivstränge verfolgt und meint, an deren Verästelungen eine gewaltige geheimdienstliche Operation erkennen zu können, die schließlich zum Mauerfall geführt habe und im Resultat zur deutschen Wiedervereinigung. Manchem Mitstreiter der DDR-Bürgerbewegung überbringt er damit eine verstörende Botschaft. Insbesondere aber stellt er sich mehrfach quer zur offiziellen Geschichtsschreibung. In dieser gilt der Mauerfall als Zufallsergebnis im Gefolge der Friedlichen Revolution. Gravierend erscheinen Wolskis Interpretationen rund um den Hitler-Stalin-Pakt und um dessen Annullierung.

Als komplettes No-Go gilt in der Geschichtsschreibung die Hypothese von Stalins Angriffsplänen gegen das Deutsche Reich. Dennoch greift der Autor nicht irgendwelche Behauptungen aus der Luft, sondern führt eine Vielzahl von Indizien auf, die er zur Kette verknüpft. Erst anhand einer solchen Indizienkette werden Vorgänge und Zusammenhänge plausibel, die in der Einzelbetrachtung als Zufälle abgetan werden könnten.

Doch wie steht es mit Beweisen? Hier tut sich Wolski zwangsläufig schwer, geht es doch um geheimdienstliche Operationen, die ihrer Natur nach der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Dabei hofft er auf kommende Archivöffnungen in Rußland. Das könnte aber das Warten auf den Sankt Nimmerleinstag sein, zumal auch Putins heutiges Rußland kaum ein Interesse daran haben dürfte, daß solche Geheimoperationen, sollte es sie gegeben haben, ans Licht der Öffentlichkeit gelangen.

Der Autor als Insider des DDR-Apparats

Man kann den Autor getrost als Insider des DDR-Apparates bezeichnen, zumindest des Teils, der der Devisenerwirtschaftung für diesen chronisch klammen Staat diente: dem von Alexander Schalck-Golodkowski geleiteten Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo). Im Internationalen Handelszentrum in Ostberlin hatten die Devisenbeschaffer ihr Domizil. Dort war auch Wolski tätig, als Verkaufsrepräsentant der Europa-Tochter des Weltkonzerns 3M mit Sitz in der Schweiz. Die großen Westfirmen holten sich gern ihre Mitarbeiter für die DDR aus der Trans Inter GmbH, einem Unternehmen für Arbeitnehmerüberlassung, das zur KoKo gehörte.

Wolski schreibt selbst, daß es damals etwa fünfundzwanzig sogenannte kommerzielle Mitarbeiter in den Büros ausländischer Firmen im Internationalen Handelszentrum gegeben habe, die alle von Trans Inter kamen. Man erhielt von dort qualifizierte Außenhändler zum günsti-

gen Preis - natürlich in konvertibler Valuta - mit guten Beziehungen zu wichtigen Entscheidungsträgern.

Michael Wolski muß für seinen Auftraggeber gute Arbeit geleistet haben, schickte ihn doch der Konzern, nachdem es keine KoKo und keine DDR mehr gab als Repräsentant nach Moskau. Gewiß war er auch ein wacher Beobachter, der frühzeitig registrierte, in welchem Zustand sich die DDR bereits gegen Ende der 1970er Jahre befand und der durchaus besser als mancher andere DDR-Bürger absehen konnte, daß das fortlaufende Zehren von der Substanz schon bald an seine Grenzen stoßen würde. Indirekte Hinweise, daß er sich von der herrschenden Ideologie emanzipierte, gibt Wolski mehrfach, aber zurückhaltend, mit Hinweisen auf eine gewisse Hinwendung zur Marktwirtschaft.

Eine andere Deutung von Schabowskis konfusem Auftritt

Der Autor beginnt seine Darlegungen zum Mauerfall dort, wo das Geschehen seinen Lauf nahm: in der Pressekonferenz von Günter Schabowski am Abend des 9. November 1989. Schabowski war nicht irgendein subalternen Verkünder von Nachrichten, sondern kam als Mitglied des Politbüros der SED von ganz oben. Offenbar um die Bedeutung seines Auftritts zu unterstreichen, hatte er zudem drei weitere Mitglieder des Zentralkomitees der Staatspartei zu der Pressekonferenz mitgebracht. Anfangs verlief diese so, wie man es von derartigen Verkündungsveranstaltungen in der DDR gewohnt war: Die Journalisten langweilten sich die meiste Zeit mit allerlei Politplattitüden.

Erst am Ende kam zur Sprache, was schließlich zur Maueröffnung führte. Und Wolski identifiziert einen Stichwortgeber: den italienischen Journalisten Riccardo Ehrmann. Er habe den obersten Informationspolitiker der DDR zu seinem schicksalhaften Spruch zum Inkrafttreten einer neuen, anlaßunabhängigen und genehmigungsfreien Reiseregulierung für DDR-Bürger animiert: "Das trifft nach meiner Kenntnis, ist das sofort, unverzüglich ..." Damit hatte er eine falsche Information weitergegeben, denn eigentlich besagte die Regelung, daß sich DDR-Bürger in dem Meldestellen einen Genehmigungsstempel hätten abholen müssen.

Anders als andere Interpreten dieses Meetings bewertet Wolski den konfus erscheinenden Auftritt Schabowskis nicht als verwirrte und unvorbereitete Stammelei, sondern als beabsichtigte Schauspielerei. Er bemüht zu diesem Zweck den Sprechzettel Schabowskis, auf dem dessen Notizen genau diesen Verlauf der Pressekonferenz ablesbar machen würden. Tatsächlich steht dort sogar hervorgehoben, daß gegen Ende eine Frage vom ZK-Mitglied zu beantworten sei. Notiert ist auch das Verlesen einer Reiseregulierung, für die es eine Sperrfrist bis zum 10. November gab, die Schabowski aber offenbar nicht einzuhalten gedachte.

Riccardo Ehrmann hat später behauptet, seine Frage auf Bitten einer hochgestellten Persönlichkeit gestellt zu haben. Allerdings nahm er diese Aussage wieder zurück, was der Autor für wenig glaubhaft hält. Alles in allem meint Wolski, hinter der Pressekonferenz ein Drehbuch zu erkennen. Schabowski sei zu sehr Vollprofi gewesen, um gewissermaßen aus Versehen den Mauerfall zu initiieren. Vielmehr könne das nur mit voller Absicht so inszeniert worden sein.

Der höchste Feiertag der Sowjetunion und die Maueröffnung

Wolski konzentriert sich aber nicht nur auf den Verlauf der Pressekonferenz, sondern beleuchtet deren Rahmenbedingungen: Warum mußte die Pressekonferenz am 9. November stattfinden? Warum wurde sie am Abend zu einem Zeitpunkt anberaumt, als die ZK-Sitzung, über deren Ergebnisse zu berichten gewesen wäre, noch gar nicht beendet war? Warum dauerte die ZK-Sitzung, die am nächsten Tag fortgesetzt werden sollte, an dem Abend zweieinhalb Stunden länger als geplant?

Seine Erklärung bezieht sich auf zwei enge Zeitkorridore, einen in Berlin für den Abend des 9. November und einen der Sowjetunion rund um das besagte Datum generell. Wobei der Letztere für ihn der entscheidende ist, um die zeitlichen Zusammenhänge überhaupt zu verstehen.

Entsprechend erläutert er, daß der 7. November der höchste Feiertag der Sowjetunion war, der Tag der Oktoberrevolution. Und dieser führte 1989 zu einer ganz speziellen Konstellation: Der Feiertag fiel auf einen Dienstag, traditionell war damals auch der darauf folgende Tag arbeitsfrei. Erfahrungsgemäß sei an den Brückentagen bis zum Wochenende mit lediglich verminderten Aktivitäten des Machtapparates zu rechnen, auch in den sowjetischen Einrichtungen in der DDR. Wichtiger sei noch die Tatsache, daß stets um den 7. November alle Einheiten der sowjetischen Streitkräfte in der DDR vollständig kaserniert wurden, 1989 vom 6. bis 13. November.

Damit seien in diesem Zeitraum, so der Autor, wichtige sowjetische Entscheidungsträger in Moskau und Berlin nur eingeschränkt handlungsfähig gewesen. Er sieht dies als Grundvoraussetzung für das Gelingen der Maueröffnung.

Hinzu kommt der andere Zeitkorridor, der in Berlin von den im "Drehbuch" dafür vorgesehenen Personen geöffnet werden mußte. Dabei stand die Sitzung des Zentralkomitees der SED im Mittelpunkt, die für den 9. und 10. November geplant war. Am 9. November sollte die Sitzung ursprünglich um 18 Uhr beendet sein, tatsächlich aber dauerte sie bis gegen 20.45 Uhr an. Hier geht Wolski davon aus, daß Kräfte des KGB, die innerhalb der SED-Führung verdeckt tätig waren, für diese mehr als zweieinhalbstündige Verlängerung gesorgt hätten.

Der Grund: Da das ZK abgeschirmt tagte, seien hochrangige Genossen, insbesondere von Staatssicherheit, Polizei und Armee, kaum entscheidungsfähig gewesen. Bezieht man die Rückfahrzeiten nach der Sitzung mit ein, dann wären die meisten ZK-Mitglieder bis etwa 22.30 Uhr paralysiert gewesen.

In dem Zeitkorridor, in dem die Führungsriege weitgehend an einem Ort abgeschirmt und von der Kommunikation mit ihren Organen abgeschnitten war, mußte die Grenzöffnung erfolgen. Und sie mußte als Massenanziehung funktionieren, damit sie nur noch mit heftiger Waffengewalt rückgängig gemacht werden konnte. Der Schießbefehl - darauf weist Wolski explizit hin - sei zu diesem Zeitpunkt aber bereits suspendiert gewesen.

In diesem Zusammenspiel von Rahmenbedingungen in der Sowjetunion und der DDR, der exakten Abstimmung von zeitlichen Abläufen in Schabowskis Pressekonferenz - wann was gesagt wurde - mit der Verlängerung der Sitzung des ZK der SED, erkennt Wolski ein klares Drehbuch, welches zudem erfolgreich in Szene gesetzt wurde. Mit dieser Maueröffnung - Mauerfall wäre der falsche Terminus, denn die Mauer fiel erst wesentlich später - sieht er das Ende der deutschen Teilung, aber vor allem das Ende der Sowjetunion initiiert.

Ein Diplomat der Sowjetunion als Ruheständler in Köln

Schließlich bringt der Autor noch einen wichtigen Akteur ins Spiel, der als die graue Eminenz der sowjetischen Deutschlandpolitik gilt: Wladimir Semjonowitsch Semjonow. Zum Verständnis der Persönlichkeit dieses Spitzendiplomaten in den 1970er und 1980er Jahren legt Wolski dessen Werdegang im diplomatischen Dienst seit Stalin bis zu seinem endgültigen Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1991 dar. Der Begriff "endgültiger Ruhestand" ist hier erforderlich, denn neben anderen interessanten Details aus dem Leben des Botschafters stellt Wolski anhand der Lektüre von Semjonows Memoiren fest, was in offiziellen Lebenslauf-Tabellen, also auch in der deutschen Wikipedia, ausgelassen wird.

Nämlich, daß er 1986 als Botschafter der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland zwar in den Ruhestand versetzt wurde, sich kurz danach jedoch in Köln niederließ und offenbar inoffiziell weiterhin einer außerordentlichen Botschaftertätigkeit für sein Land nachging, eben bis 1991. Offiziell galt Semjonow als Privatier in der westdeutschen Domstadt und als Kunstsammler. Beides war ungewöhnlich für einen Bürger der Sowjetunion, der auch als Ex-Diplomat nicht einfach so seinen Wohnsitz in einem westlichen Land nehmen konnte. Und bei der Betrachtung des Salärs, welches der sowjetische Staat seinen Diplomaten gewährte, dürfte Sammlertum in jenem Maß, wie es Semjonow zugemessen wurde, illusorisch sein.

Letzteres erklärt Wolski als Ablenkungsmanöver der sowjetischen Seite, um das schlechte Image des Botschafters als "Pate" der DDR aufzubessern. Umstritten war Semjonow vor allem als Initiator der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone von 1945, durch seine Rolle bei der Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 und als Mitarchitekt der Berliner Mauer. So beschreibt der Autor, wie Semjonow mit einem Teil einer Sammlung in der Sowjetunion verfemter Kunstwerke ausgestattet wurde, die aus dem Besitz eines tatsächlichen Sammlers stammten, der für deren teilweise Überlassung das Land verlassen durfte.

So konnte der neue Botschafter öffentliche Ausstellungen mit Werken bedeutender russischer Künstler ausstatten, die zuvor kaum jemand gesehen hatte. Die Verschiebung des Aufmerksamkeitshorizonts weg von Kalten Krieger zum Kunstmäzen, so Wolski, sei insbesondere dank der westdeutschen Medien durchaus gelungen.

Bei Semjonows zweitem Auftritt in der Bundesrepublik als Kunstsammler in Köln sei er mit einem speziellen Auftrag, eventuell sogar direkt vom damaligen Außenminister Schewardnadse, ausgestattet gewesen: das Ende der DDR und in letzter Konsequenz das Ende der Sowjetunion einzuleiten.

Hier kommt nun zu guter Letzt der US-Spitzendiplomat Vernon Walters ins Spiel, der im April 1989 als neuer Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn antrat. Wolski geht davon aus, daß die beiden diplomatischen Schwergewichte Semjonow und Walters alle späteren Abkommen zur deutschen Einheit vorbereitet und weitgehend bis zur Unterschriftsreife ausgehandelt haben. Die Voraussetzungen aber zur Umsetzung habe der KGB mit seinen Helfern in der DDR mit der Grenzöffnung am 9. November 1989 geschaffen.

Die Friedliche Revolution allenfalls in Nebensätzen

Michael Wolski will mit seinem Buch einen anderen Zugang zu den Ereignissen um den 9. November 1989 und einen neuen Blick auf die Maueröffnung anregen, der der offiziellen Geschichtsschreibung weitgehend widerspricht.

Aus Mangel an direkten Belegen für die meisten der von ihm herausgearbeiteten Zusammenhänge wendet er sich einer interpretativen Methodik zu, mit der er reale Ereignisse, Verhaltensweisen und Aussagen von Akteuren, staatliches, politisches, ja geschichtspolitisch motiviertes Handeln mit eigenen Erfahrungen und einem bestimmten Insiderwissen zu synchronisieren versucht. Man kann ihm zugestehen, daß ihm dies gelungen ist.

Ebenso erscheint das höchst komplexe Geflecht von KGB-Operationen, der Rolle von Markus Wolf, dem exakten situativen Timing von ZK-Sitzung und Schabowskis Pressekonferenz und von diplomatischen Ränkespielen, das Wolski aufspannt, durchaus schlüssig. Dabei fällt auf, daß bei ihm die Friedliche Revolution allenfalls in Nebensätzen eine Rolle spielt.

Das mag daran liegen, daß er damit als einstiger Trans-Inter-Mann eher weniger am Hut hatte, oder auch daran, daß er der Bürgerbewegung der DDR im Zusammenhang mit der Maueröffnung vom 9. November 1989 eine geringere Bedeutung zuerkennt. Tatsächlich ist zu konstatieren, daß der Ansturm von tausenden DDR-Bürgern auf die Grenzübergänge in Berlin nichts mit der Bürgerbewegung zu tun hatte, von dieser erwiesenermaßen weder initiiert noch befürwortet wurde.

Ganz im Gegenteil waren die führenden Kräfte in Neuem Forum, Demokratischem Aufbruch, Demokratie jetzt und anderen Oppositionsgruppen meist konsterniert von dieser Wendung, weil dadurch deren Intention, einen demokratischen Rechtsstaat in einer eigenständigen DDR aufzubauen, weitgehend obsolet und ihre Fehleinschätzung über den tatsächlichen Willen des Volkes offenbar wurde. Hatten doch diese Bürger bereits auf der Großdemonstration vom 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz einer wie auch immer gearteten und gewendeten DDR eine klare Absage erteilt.

Gleichwohl waren es jene hunderttausende Bürger, die seit Oktober 1989 montags auf die Straßen der großen und später auch der kleineren Städte gegen das SED-Regime gingen, die

die Voraussetzungen für den möglicherweise KGB-Coup erst schufen. Ohne diese Friedliche Revolution (man mag ja mit diesem Begriff hadern, doch besser als die von Egon Krenz eingebrachte "Wende" ist er allemal) und ohne die starke Bürgerbewegung, die solange demonstrierte, bis das Regime zu Fall gebracht war, wäre die Maueröffnung mit oder ohne Geheimdiensthintergrund nicht möglich gewesen.

Andererseits kam schon früh der Verdacht auf, daß diese Friedliche Revolution zumindest zu Teilen von der Stasi, vielleicht auch von anderen Geheimdiensten wenn schon nicht gesteuert, so doch beeinflußt war. Dazu trugen vor allem führende Figuren der DDR-Opposition bei, allen voran Wolfgang Schnur (Demokratischer Aufbruch) oder Ibrahim Böhme (Sozialdemokratische Partei der DDR SDP), die später als Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit geoutet wurden.

Auch die gescheiterten Versuche von Markus Wolf, sich der Bürgerbewegung anzubiedern, hatten daran ihren Anteil. Allerdings erreichte die Bewegung sehr schnell eine so hohe Dynamik, daß eine Steuerung der Gesamt Ereignisse kaum mehr möglich gewesen wäre. Ein Einzelereignis wie die Maueröffnung gezielt durch geheimdienstliche Aktivitäten herbeizuführen, lag aber durchaus im Bereich des Möglichen, insbesondere wenn dahinter der Gedanke gestanden hätte, die beiden deutschen Staaten zu vereinen.

Schließlich markierte der 9. November den Wendepunkt von dem Leitspruch der Montagsdemonstrationen Wir sind das Volk zu dem Slogan Wir sind ein Volk als anschwellende Forderung nach einem geeinten Deutschland.

Das Ende der Sowjetunion und ein Schlußstrich aus Mangel an Beweisen

Gab es jedoch die von Wolski postulierte Tragweite bis zum Ende der Sowjetunion? Der Schlußstrich unter das Riesenreich wurde am 7. Dezember 1991 bei einem geheimen Treffen in der Staatsdatscha Wiskuli in Belorußland gezogen. Dort trafen sich die Staatsoberhäupter Rußlands, der Ukraine und Weißrußlands, Boris Jelzin, Leonid Krawtschuk und Stanislaw Schuschkewitsch. Gorbatschow als Präsident der Sowjetunion hatte zu jenem Zeitpunkt nur noch geringen Einfluß.

Geschwächt durch den Putschversuch von Teilen des KGB und der Sowjetarmee vom August 1991, mußte er zusehen, wie ihm Jelzin immer mehr Macht aus den Händen nahm. Im Gegensatz zu seinem hohen Ansehen im Westen war sein Rückhalt im eigenen Volk weitgehend geschwunden. So vereinbarten die drei führenden Politiker der Sowjetrepubliken die Gründung von 15 unabhängigen Staaten und mithin die Auflösung der Sowjetunion. Am 21. Dezember 1991 wurde die "Gemeinschaft unabhängiger Staaten" proklamiert, am 25. Dezember trat Michail Gorbatschow als Präsident der Sowjetunion zurück und am 31. Dezember 1991 hörte die Sowjetunion offiziell auf zu existieren.

Sollte dieser wahrhaft historische Vorgang tatsächlich mit der Maueröffnung von Berlin initiiert worden sein? Wohl kaum! Die Sowjetunion war lange vor Gorbatschows Machtantritt marode und von Fliehkräften im Inneren gezeichnet. Versuche, durch Glasnost und Perestrojka Entlastung zu schaffen, blieben angesichts der erdrückenden wirtschaftlichen Probleme und der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung marginal.

Der Untergang folgte einer inneren Logik, die sich entlang der Bruchlinien einer dysfunktionalen Planwirtschaft Bahn brach, die von einem überbordenden militärisch-industriellen Komplex nebst einer selbstgewissen aber weitgehend unfähigen Ideologen- und Funktionärskaste dominiert wurde. Da bedurfte es nur passender Anlässe, wie der Umbrüche in Polen, in der Tschechoslowakei und in der DDR, um den Zusammenbruch herbeizuführen.

Daß dabei auch Geheimdienste, allen voran der KGB, mitgemischt haben, sollte nicht verwundern. Ebenso dürfte das für die Maueröffnung zutreffen, mit der in der Tat das Tor zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten weit aufgestoßen wurde. Ob dies so stattfand, wie es Michael Wolski beschrieben hat, erscheint angesichts der Praktiken von Geheim-

diensten wie KGB oder MfS zu Teilen zwar plausibel, mag aber dennoch dahingestellt bleiben, weil nichts davon wirklich beweisbar ist.

Für die kommenden 30 Jahre ist eher nicht mit einer Öffnung der diesbezüglichen Archive in Moskau zu rechnen, wo sich eventuell Beweise für Wolskis Hypothese finden könnten. Also wird weiter der vorläufige Schlußstrich unter diesen Vorgängen und damit die offizielle Version der Geschichtsschreibung gelten: Schabowski hat sich "verstammelt", die Grenzer an der Bornholmer Straße haben ad hoc gehandelt und ansonsten hatte "Genosse Zufall" überall seine Hände im Spiel.

Michael Wolski: 1989 Mauerfall Berlin Auftakt zum Verfall der Sowjetunion, Berlin (Selbstverlag) 2021, 197 Seiten ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. November 2022: >>>**Großes Orbán-Interview (Folge 1): "CDU heute eine linke Partei"**

Anlässlich seiner Berlin-Visite gab Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán der Budapester Zeitung ein großes Interview. In dem Gespräch geht es unter anderem um die deutsch-ungarischen Beziehungen, aber auch um die AfD, den Ukraine-Krieg, Rußland und die NATO. Wir präsentieren heute den ersten Teil des Interviews. Lesen Sie auch den russischen Präsidenten im O-Ton. Unsere Edition "Putin verstehen - Seine Reden aus der Kriegszeit im Original" bietet Ihnen dazu eine einzigartige Gelegenheit.

_ Jan Mainka im Gespräch mit Viktor Orbán

Was waren die wichtigsten Eindrücke Ihrer Berlin-Reise?

Ich reise alle zwei Jahre zu einem Arbeitsbesuch nach Deutschland. Zuvor war ich dort 2018 und 2020. Ich bekomme die Veränderungen also kontinuierlich mit. Die deutsche Welt rückt immer mehr nach links. Ich hatte diesmal überraschende Erlebnisse. Ich habe mich in Berlin mit einem Spieler der ungarischen Fußball-Nationalmannschaft getroffen. Daraus wurde ein Politikum. Im Vorfeld meines Podiumsgesprächs tauchte die Frage auf, ob der Ministerpräsident eines EU-Landes an einem Gespräch mit der Presse teilnehmen darf.

Deutsche Medien wurden dafür kritisiert, daß sie mich eingeladen hatten. Mich haben aber auch die vielen bewaffneten Sicherheitskräfte vor Synagogen überrascht. Auch aufgrund meiner Gespräche wurde mir einmal mehr klar, daß Deutschland eine Multi-Kulti-Gesellschaft geworden ist. Das ist jetzt nicht mehr die Frage eines politischen Programms, sondern ein Fakt.

Dieser Zustand weicht sehr stark von dieser Welt ab, in der wir Ungarn leben und in der wir weiterhin leben wollen. Es bedarf großer Kraftanstrengungen, um die Unterschiede zwischen den beiden Ländern auf immer mehr Gebieten zu überbrücken. Die politischen Verantwortlichen müssen viel dafür tun, daß die traditionell gute deutsch-ungarische Zusammenarbeit trotzdem weitergeht.

Worüber haben Sie mit Bundeskanzler Scholz gesprochen?

Deutschland setzt sich sehr stark dafür ein, damit in der Außenpolitik das Prinzip der Einstimmigkeit ausgehebelt wird und es statt dessen Mehrheitsentscheidungen gibt. Damit stimmen wir nicht überein, denn egal, was wir machen, wir können keine Sperrminorität zusammenbekommen. Wenn dieser Vorschlag durchkommt, dann würde die neue Praxis darauf hinauslaufen, daß die Deutschen und Franzosen alle ihre außenpolitischen Vorstellungen auch gegen den Widerstand kleinerer Länder durchsetzen könnten. Das würde letztlich zur Aufgabe eines wesentlichen Teils unserer Souveränität führen.

Ich halte es nicht für besonders glücklich, daß sich ausgerechnet die Deutschen so sehr für diesen Gedanken erwärmen. Sie sind bei der EU-Entscheidungsfindung ohnehin schon mit einem großen Gewicht vertreten. Und dieses Gewicht wollen sie nun noch weiter vergrößern. Ich habe Bundeskanzler Scholz klar gemacht, daß Ungarn diesen Vorstoß nicht unterstützen kann.

Sehen Sie auch Hoffnung für eine deutsch-ungarische Annäherung?

Es gibt natürlich gute Grundlagen. Eine davon ist, daß es den in Ungarn lebenden Deutschen gut geht. Angefangen vom Kindergarten bis hin zur Universität können sie bei uns auf Deutsch lernen. In Ungarn gibt es gegenüber den Deutschen keinerlei Ressentiments. Ein Land, in dem es gegenüber den Deutschen eher positive als negative Gefühle gibt, ist in Mitteleuropa selten. Die Deutschen genießen in Ungarn noch immer ein hohes Ansehen. Dazu haben nicht zuletzt die in Ungarn lebenden Ungarndeutschen viel beigetragen. Sie sind geschätzte Bürger von Ungarn. Die Diplomatie zwischen den Völkern ist also in Ordnung.

Auch die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet funktioniert hervorragend. Das Kalkül der in Ungarn tätigen deutschen Firmen geht voll auf. Wir haben es mit einer Win-win-Situation zu tun. Sie verdienen bei uns gut, und über sie kommt Know-how nach Ungarn. Außerdem tragen sie mit ihren Steuern zur Finanzierung des ungarischen Gemeinwesens bei.

Lediglich auf dem Gebiet der Politik müssen wir viel tun. Vor meiner Reise habe ich das Regierungsprogramm der Bundesregierung studiert. Zwischen diesem und unserem liegen Welten! Die beiden Regierungen müssen neben den offensichtlichen Unterschieden die Punkte finden, wo wir zusammenarbeiten können. Das ist eine große Arbeit.

Wir Ungarn sollten uns nicht beleidigt geben, wenn wir im EU-Parlament von Politikern der deutschen Regierungsparteien angegriffen werden. Die den Kanzler stellende SPD ist heute die ungarnefeindlichste Partei Europas. Unter solchen Umständen bedarf es natürlich großer Kraftanstrengungen, um die deutsch-ungarischen Beziehungen zu pflegen.

Warum wurden Sie nicht mit militärischen Ehren empfangen?

Das ist bei Arbeitstreffen nicht üblich. Nur bei offiziellen Staatsbesuchen. Das ist in Ordnung so. Wir hatten ein sehr intensives, fast zwei Stunden langes Gespräch.

Warum gab es nach dem Gespräch keine Pressekonferenz?

Darüber entscheidet immer der Gastgeber. Ich hätte nichts dagegen einzuwenden gehabt. Deswegen habe ich ja auch danach auf eigene Faust mit Vertretern der deutschen Medien gesprochen. Ich habe an einem Podiumsgespräch teilgenommen und ein Interview gegeben. Außerdem wurde ein Podcast mit mir aufgenommen. Ich wollte keine Zweifel aufkommen lassen. ...

Wir machen zwar vieles anders als Deutschland, aber wir sind offen. Man kann uns fragen. Wir geben gerne bereitwillig auf alles eine Antwort. Gerne erklären wir, wie wir in Ungarn leben. Auch Sie können diesbezüglich viel helfen, schließlich sind Sie ein Deutscher, der schon lange in Ungarn lebt und unsere Sprache spricht. Sie können sicher authentisch berichten, wie es bei uns in Ungarn wirklich ist. Die meisten Deutschen haben leider keine Vorstellung davon. Sie sprechen weder unsere Sprache, noch kennen sie unser Land. Daher glauben sie alles, was die Zeitungen über uns berichten. Es kostet viel Arbeit, für ein reales Ungarn-Bild im Ausland zu sorgen.

Obgleich es zwischen dem Fidesz und der AfD eine viel größere inhaltliche Schnittmenge gibt, als im Vergleich mit der CDU, ist Ihre Partei gegenüber der AfD sehr zurückhaltend. Spielt hier möglicherweise eine gewisse Loyalität zu Ihrem einstmaligen großen Bündnispartner CDU/CSU eine Rolle?

Unsere Politik gegenüber der AfD hat nichts mit der CDU zu tun. Ungarn hat ein starkes Interesse daran, mit der jeweils amtierenden Bundesregierung, ob nun mit CDU- oder SPD-Beteiligung, gute Beziehungen zu unterhalten. Die Parteibeziehungen dürfen auf keinen Fall die Beziehungen zwischen unseren Regierungen unterminieren.

Es ist eine Eigenheit der deutschen Demokratie, daß es, wenn wir bezüglich der AfD aktiv würden, die zwischenstaatlichen Beziehungen beeinträchtigen würde. Das ist in der Bundesrepublik so, daran können wir nichts ändern. Deswegen müssen wir eine Prioritätenfolge aufstellen. Für uns sind die zwischenstaatlichen Beziehungen wichtiger als jegliche Beziehungen

zwischen Parteien. Wir sind also gezwungen, auf dem Altar möglichst guter zwischenstaatlicher Beziehungen die Beziehungen zur AfD zu opfern.

Hegen Sie noch Hoffnung, daß aus der linksgewendeten CDU noch einmal eine vernünftige konservative Kraft, quasi eine Kohl-CDU wird?

Nein, diesbezüglich haben wir keinerlei Hoffnung. Die CDU geht ihren eigenen Weg, der nicht unserer ist. Aus ungarischer Perspektive ist die CDU heute eine linke Partei.

Was halten Sie von der EVP?

Das ist eine linke Parteienfamilie. Das Problem ist, daß sie nicht nur links, sondern sogar doktrinär links ist. Sie kann sich die Zusammenarbeit mit anderen nur so vorstellen, daß alle ihre Türen nach links geöffnet und die nach rechts geschlossen sind. Das ist eine sehr kurzsichtige Politik. Eine Partei der Mitte, was die EVP ja noch immer sein will, sollte ihre Türen in beide Richtungen geöffnet halten. Genau das macht die EVP aber nicht.

Ich habe dagegen gekämpft und diese Schlacht innerhalb der EVP verloren. Ich habe nicht verhindern können, daß sich jene Kreise durchsetzen konnten, die der Meinung waren, die Türen sollten ausschließlich gegenüber der linken Seite geöffnet sein. Als Fidesz kämpften wir innerhalb der EVP auf verlorenem Posten. Letztlich waren wir gezwungen, uns zurückzuziehen. Wir haben bezüglich der EVP, aber auch der CDU keinerlei Hoffnung mehr.

Und wie sieht es mit der CSU aus?

Genauso! Früher unterhielten wir zur CSU ausgezeichnete Beziehungen. Schließlich stand diese Partei Ungarn am nächsten. Dabei spielten auch die besonderen ungarisch-bayerischen Beziehungen eine Rolle. Aber heute ist die Lage auch in Bayern nicht mehr so eindeutig. Sie ist für uns nur schwer zu verstehen.

Harte Urteile bezüglich dieser drei Parteien!

Wir müssen real an die Sache herangehen. Wir können nur mit dem kochen, was wir haben.

...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 9. November 2022:
>>"**Ami go home**": **Jetzt auch von Lafontaine unterstützt**

Von Jürgen Elsässer

Das neue Buch von Lafontaine ist der Hammer! Die ablehnende Stimmung gegen die Besatzungsmacht ist das ideale Umfeld für die große Ami-go-home-Demonstration am 26. November in Leipzig. ...

Eine Premiere: Ami-go-home-Demo, 26.11.2022

Oskar Lafontaine geht in die Offensive: Noch in diesem Monat erscheint sein neues Buch "Ami, it's time to go", ein "Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas". Lafontaine schärft mit der Neuerscheinung seine alte Linie: Schon in den 1980er Jahren veröffentlichte er mit "Angst vor den Freunden" einen antiamerikanischen Bestseller, der in der damaligen Friedensbewegung reißenden Absatz fand. 1999 war er auch einer der wenigen Sozialdemokraten, die sich dem US-Druck zum NATO-Angriff auf Jugoslawien entzogen: Er trat als Bundesfinanzminister zurück, kurz bevor die Bomben auf Belgrad fielen - und sprach dann auf Anti-Kriegs-Kundgebungen.

Zu seinem aktuellen Buch "Ami it's time to go" schreibt Lafontaine:

"Die Amerikaner haben ein - durchaus berechtigtes - nationales Interesse, einen Atomkrieg zunächst auf Europa zu begrenzen. Kein amerikanischer Präsident wird bereit sein, einen Atomkrieg in Europa sofort zum großen nuklearen Schlagabtausch der Großmächte mit Interkontinentalraketen zu eskalieren. ... Die Europäer aber, vor allem die Deutschen, können es in ihrem Interesse nicht hinnehmen, daß die Großmächte USA und Sowjet-Union ihren Konflikt auf europäischen Boden austragen und ihre eigenen Territorien zunächst weitgehend verschonen; dies aber ist, wie alle Nato-Übungen zeigen, derzeit die Realität." Das konnte man 1989 im Spiegel Nummer 18 lesen.

Daran muß man erinnern, wenn man sieht, daß die Amerikaner ernsthaft eine Zeitlang erwogen hatten, polnische MIG-29-Flugzeuge via Ramstein an die Ukraine zu liefern. Nur weil sie befürchten, daß auch das Territorium der USA bei einem Nato-Krieg mit Rußland nicht mehr verschont bliebe, haben sie wohl kalte Füße bekommen.

Der Ukraine-Krieg, Folge der von den USA gegen den Rat einiger ihrer außenpolitischen Experten betriebenen Nato-Osterweiterung, zeigt wieder einmal, wie weit der französische Präsident Charles de Gaulle vorausgedacht hat, als er auf eine eigenständige europäische Außen- und Verteidigungspolitik drängte.

Wenn Europa überleben will, dann darf es sich nicht in die Auseinandersetzung der atomaren Großmächte USA, Rußland und China hineinziehen lassen.

Lafontaines Vorstoß fügt sich in weitere "Ami gor homo-initiativen" aus der "alten" Linken ein - so hat etwa der langjährige Bundestagsabgeordnete Diether Dehm am Samstag seinen neuen Song "Ami gor home" auf einer Friedensdemo in Berlin live vorgestellt. Und die ebenfalls dem altlinken Spektrum zugehörige Tageszeitung "Junge Welt" referierte meine Rede bei der Friedensdemo am 31.10. in Wittenberg ganz neutral, ohne die üblichen abwertenden Antifa-Bezeichnungen: "Jürgen Elsässer, Chefredakteur des COMPACT-Magazins, beklagte, Deutschland sei nicht souverän, und forderte: "Ami, go home!"

"In diesem Umfeld kann die Demonstration "Ami go home" am 26.11. vor dem US-Konsulat in Leipzig (15.30 Uhr, Simsonplatz) eine große Sache werden. COMPACT hat große Fahnen (1,50 Meter x 0,90 Meter) mit dem Slogan produziert ...

Fahne "Ami go home"

Aber die "Ami go home-Stimmung" zieht auch breitere Kreise. Schon im August 2020 forderten 25 % der Deutschen bei einer Yougov-Umfrage den kompletten Abzug der US-Army aus der BRD! Nach Beginn des NATO-Rußland-Krieges in der Ukraine wurde ein solches Stimmungsbild - vermutlich aus Angst bei den Eliten - nicht mehr erhoben.

Aber wie sehr auch bürgerliche Teile diese Position teilen, zeigt das neue Buch "Ami go home" von Stefan Baron. Der Mann darf durchaus als Stimme des vernünftigen Teils des Kapitals gewertet werden: Baron war bis Mai 2012 Kommunikationschef der Deutschen Bank und vorher Chefredakteur der WirtschaftsWoche.

In seinem Buch schreibt er: "Das aufstrebende China stellt zunehmend die globale Vormachtstellung Amerikas in Frage. Zur Abwehr des Herausforderers verlangt Amerika von Europa, mit ihm in einen neuen Kalten Krieg zu ziehen. Läßt Europa sich darauf ein, gefährdet es jedoch nicht nur den Weltfrieden. Es riskiert auch seinen Wohlstand, eine weitere Integration, seine Werte und die letzte Option darauf, in der Welt von morgen noch eine führende Rolle spielen zu können. Deshalb muß Europa sich von Amerika emanzipieren und politisch, wirtschaftlich sowie militärisch seinen eigenen Weg gehen." Glasklare Analyse!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 9. November 2022: >>>**Großes Orban-Interview (Folge 2): "Western Refugees Welcome"**

"Im Vergleich zu Deutschland ist Ungarn eine Insel des Friedens und der Freiheit" - Das ist ein prägnanter Satz aus dem Gespräch, das die Budapester Zeitung mit Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban führte. Wir präsentieren heute den zweiten Teil des Interviews. ...

_ Jan Mainka im Gespräch mit Viktor Orban

In Deutschland gehört physische politische Gewalt inzwischen leider zum Alltag. Vieles, worüber von deutscher Seite fälschlicherweise behauptet wird, es geschähe in Ungarn, passiert in Deutschland tatsächlich. Es gibt immer mehr Angriffe auf Andersdenkende und ihr Eigentum. Ebenso auf jüdische Mitbürger und Angehörige sexueller Minderheiten. Bei vom Mainstream abweichenden Medien wird Druck auf deren Hausbanken und Anzeigenkunden ausgeübt. Wie ich Ihnen im Vorgespräch schilderte, hat sogar der in Ungarn angesiedelte Verlag der Budapester Zeitung kürzlich eine "Kostprobe" davon erhalten. Sind Ihnen diese demokratiefindli-

chen Tendenzen bekannt?

Ja durchaus, ich bin darüber im Bilde.

Warum nutzen Sie dieses Wissen dann nicht, um bei der nächsten Diffamierung von Ungarn durch einen bundesdeutschen Politiker einmal zurückzuschlagen?

Ich respektiere Deutschland. Deswegen halte ich mich hier mit Kritik zurück. Ich möchte zu diesem Punkt nur so viel sagen: Im Vergleich zu Deutschland ist Ungarn inzwischen eine Insel des Friedens und der Freiheit. In Deutschland herrscht mittlerweile eine liberale Hegemonie. In der Öffentlichkeit hat nur ein einziges Narrativ Raum. Wer davon abweicht, der existiert für diese Öffentlichkeit nicht mehr.

In Ungarn haben wir hingegen im öffentlichen Dialog eine pluralistische Struktur. Es gibt Liberale und Konservative. Mittels der Medien sind sie im öffentlichen Diskurs nahezu paritätisch vertreten. Die ungarische Gesellschaft ist wesentlich pluralistischer, freier und friedlicher als die deutsche. Was die physische Gewalt gegenüber Andersdenkenden betrifft: Wir haben in Ungarn schlechte Erinnerungen an die Zeit des Kommunismus. Wir haben gelernt, daß die Politik friedlich bleiben und der Einsatz von Gewalt bei der politischen Auseinandersetzung unbedingt vermieden werden muß.

Aber wäre es nicht sinnvoll, einmal aus der ewigen Defensive herauszukommen und sich zur Abwechslung auch einmal um die Demokratie und Pressefreiheit in Deutschland "Sorgen zu machen" und diese "genauer zu beobachten" - zwei immer wiederkehrende Floskeln der deutschen Ungarn-Kritiker.

In Deutschland, ja generell in Westeuropa, wird mit doppelten Standards gearbeitet, was wir Ungarn freilich nicht tolerieren. Natürlich sind wir nicht der Meinung, daß wir keine Fehler hätten. Wir sollten aber mit der gleichen Elle gemessen werden, wie jedes andere Land. Deutsche Politiker sehen das leider anders ... Ich bemühe mich, diese Diskussionen zu umgehen, denn ich erachte es nicht als zielführend, die politischen Spannungen mit Deutschland noch weiter zu erhöhen. Kooperation ist viel wichtiger.

Anders als die deutsche Politik halten Sie also nichts davon, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen?

Wir sind der festen Überzeugung, daß die deutschen Probleme von den Deutschen gelöst werden sollten. Wir würden uns freuen, wenn auch die Deutschen zu der Einsicht kämen, daß die Lösung der ungarischen Probleme in erster Linie den hier lebenden Ungarn obliegt. Die deutsche Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Ungarn, sei es nun direkt oder über EU-Institutionen, hat inzwischen gewaltige Ausmaße angenommen. Das stößt in Ungarn auf starke negative Resonanz. Wir Ungarn sind ein freiheitsliebendes Volk. Wir mögen es gar nicht, wenn man uns von außen vorschreibt, wie wir zu leben haben.

Der Kampf gegen externe Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten zieht sich wie ein roter Faden durch die ungarische Geschichte. Als wir zum osmanischen Reich gehörten, wollten uns die Osmanen erklären, wie wir zu leben hätten. Dann kamen die Habsburger und erklärten uns, wie ein guter Katholik ihrer Meinung nach zu sein hätte.

Die Nazis wollten uns wiederum vorschreiben, mit wem wir zusammenzuleben haben und mit wem nicht - mit den Juden zum Beispiel nicht. Dann kamen die Sowjets und wollten einen Homo Sovieticus aus uns schnitzen. Immer wieder kamen äußere Mächte und wollten uns vorschreiben, wie wir zu leben haben. Wenn so etwas passiert, dann formiert sich in den Ungarn instinktiv Widerstand.

Heute will uns wiederum die deutsche Linke über das EU-Parlament vorschreiben, wie wir leben und denken sollten, über die Migration, den Genderismus, die Nation, die Familie und so weiter. Dabei geht sie das gar nichts an! Das ist unsere Sache!

In Ungarn würde es übrigens nicht vorkommen, daß wir über irgendeinen europäischen Staatschef im staatlichen Fernsehen diffamierende Zeichentrickfilme produzieren. So etwas

läuft in Ungarn nicht. Das wäre zu viel für uns. Da würden die Ungarn nicht mitmachen. Wir begeben uns nicht auf dieses Niveau.

Immer mehr Deutsche sehen in Ungarn ihre Zukunft. Sie verlassen ihre deutsche Heimat nicht zuletzt wegen der zunehmenden Repressionen gegenüber Andersdenkenden, der erodierenden inneren Sicherheit, aus Sorge um ihre Kinder und insgesamt wegen des immer unerfreu-licheren geistigen Klimas.

Tagtäglich erhalte ich bei der Budapester Zeitung inzwischen entsprechende Signale und auch direkte Anfragen. Weiß die Regierung von dieser Wanderungsbewegung? Machen Sie sich Sorgen, weil dadurch das Preisniveau bei Immobilien in einigen ungarischen Landes-teilen steigen oder sich die ethnische Zusammensetzung von Dörfern zu Ungunsten der ange-stammten magyarischen Bevölkerung verschieben könnte? Plant die ungarische Regierung Gegenmaßnahmen? Quoten oder sonstige bürokratische Hindernisse?

Ganz im Gegenteil! Wir wissen von dieser Entwicklung und ermutigen Deutsche und andere Westeuropäer, zu uns zu kommen. In den kommenden 10 bis 20 Jahren werden immer mehr Westeuropäer zu uns kommen, die lieber bei uns wohnen, weil Ungarn ein sicheres, christliches und traditionsbewußtes Land ist. Das halten wir nicht für schlecht, sondern für ausgesprochen gut und begrüßenswert.

Die Westeuropäer, die frei und in einem anderen Milieu leben wollen, als bei ihnen zu Hause, sollen ruhig weiter zu uns ziehen. Wir empfangen sie hier mit offenen Armen. Ungarn ist ein Land, in dem viel mehr Menschen leben könnten, als momentan hier leben. Wir freuen uns, wenn Ausländer, denen unsere Denkweise sympathisch ist, zu uns kommen.

In der europäischen Geschichte stellte es für die Empfängerländer immer einen großen Gewinn dar, wenn Einwanderer aus dem Westen kamen. Seien es nun in Deutschland die französischen Hugenotten oder in Ungarn jahrhundertlang die Deutschen. Wir sind selbstbewußt. In Ungarn wird es keine Parallelgesellschaften geben. Früher oder später finden wir die Basis für ein gemeinsames Leben.

Die Neuankömmlinge werden auch schrittweise unsere Sprache lernen. Ihre Kinder sowieso. Ungarisch ist zwar nicht so ganz leicht, es ist aber eine ganz fantastische Sprache. Wer sie einmal erlernt hat, verwendet sie auch gerne. Also kurzum: Bürger, die uns und unseren Traditionen mit Respekt begegnen, sehen wir in Ungarn auch weiterhin gerne.

Also diesbezüglich: Refugees Welcome?

Ja genau! ... but from the West! Western Refugees Welcome!

Dieses Interview erschien zuerst in der Budapester Zeitung und wurde im Rahmen der Euro-päischen Medienkooperation von "Unser Mitteleuropa" übernommen. ... <<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 9. November 2022 (x1.233/...):

>>Abriß mit Ansage

In seiner jüngsten Rede schwor Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Deutschen auf Krisenjahre ein, anstatt diese abzuwenden, wie es seine Pflicht wäre.

Von *Simone Hörrlein*

Am 28. Oktober hat Frank-Walter Steinmeier eine Rede zur Lage der Nation gehalten. Darin stimmt der Bundespräsident die Deutschen auf schwere, ja raue Zeiten ein. Rund 15 Jahre soll es dauern, bis Deutschland wieder eine wohlhabende Nation sein könnte, so Steinmeier. Gleichzeitig strotzt seine Ansprache vor Kriegspropaganda, vor Hetze gegen Rußland, für das er sogar den Kampfbegriff Regime verwendet.

Doch das ist noch lange nicht alles: Steinmeier sagt den Deutschen, die ihr Leben lang geschuftet haben, um sich einen bescheidenen Wohlstand zu erarbeiten, knallhart ins Gesicht, daß sie nun zur Kasse gebeten werden. Damit nimmt der Mann, der vorgibt, der Repräsentant der Deutschen zu sein, bereits den Lastenausgleich vorweg, der Anfang 2024 in Kraft treten wird.

Und auch gegen diejenigen, die sich seiner Transformation widersetzen wollen, fährt der Bundespräsident schwere Geschütze auf, wenn er davon spricht, daß Deutschland konfliktfähig werden müsse, nach innen wie nach außen. Nach der Lektüre dieser Rede frage ich mich ernsthaft: Ist dieses Land noch eine demokratische Republik oder bewegen wir uns gerade auf Orwells oligarchischen Kollektivismus zu, gekennzeichnet durch einen endlosen Krieg und gezielte Verarmung als Instrumente staatlicher Machtsicherung?

"Jeder Mensch in unserem Land, der am 24. Februar aufwachte und die Bilder sah von Raketeinschlägen in Kiew, von Panzerkolonnen auf ukrainischen Straßen, von der russischen Invasion auf breitester Front - jeder, der mit diesen Bildern erwachte, wußte: An diesem Morgen war die Welt eine andere geworden."

So begann Frank Walter Steinmeier am 28. Oktober 2022 seine Blut-, Schweiß- und Tränenrede an die Nation.

"Der 24. Februar war ein Epochenbruch. Er hat auch uns in Deutschland in eine andere Zeit, in eine überwunden geglaubte Unsicherheit gestürzt: eine Zeit, gezeichnet von Krieg, Gewalt und Flucht, von Sorge vor der Ausbreitung des Krieges zum Flächenbrand in Europa. Eine Zeit schwerer wirtschaftlicher Verwerfungen, Energiekrise und explodierender Preise. Eine Zeit, in der unser Erfolgsmodell der weltweit vernetzten Volkswirtschaft unter Druck geraten ist. Eine Zeit, in der gesellschaftlicher Zusammenhalt, das Vertrauen in Demokratie, mehr noch: das Vertrauen in uns selbst Schaden genommen hat."

Was Steinmeier hier tut, ist unredlich, denn er macht für das, was jetzt auf Deutschland zukommen und das Land nicht einschätzbaren Risiken, Unsicherheiten und Armut aussetzen wird, den Krieg in der Ukraine verantwortlich. Das ist in höchstem Maße verwerflich, denn jeder, der nur ein klein wenig geopolitischen Sachverstand besitzt und des Lesens mächtig ist, weiß, daß dies eine eiskalte Lüge ist.

Nicht der Krieg in der Ukraine war für diesen auf Deutschland zurollenden Sturm verantwortlich, sondern ein globales Netzwerk von Internationalisten, die sich in den Vereinten Nationen (UNO), dem Weltwirtschaftsforum (WEF) und anderen Thinktanks verschanzt und das, was jetzt geschieht, in jahrelanger Arbeit geplant haben.

Nein, nicht Rußland ist für die explodierenden Energiepreise verantwortlich, es ist die absichtlich herbeigeführte, völlig hirnrissige Energiewende. Auch gibt es keine Energiekrise, denn Energie ist im Überfluß vorhanden, nur will Deutschland diese Energie nicht mehr haben.

Die Schuld an diesem Desaster trägt also nicht Rußland, sondern die deutsche Regierung, die im Auftrag ihrer internationalen Freunde, jegliche Form von Energie aus Rußland vehement ablehnt. Dieses irrationale Verhalten zeigt eines ganz deutlich: Diese Regierung ist weder souverän, noch arbeitet sie für das Wohlergehen der Deutschen.

Und was für die Energiekrise gilt, das gilt leider auch für den Zusammenbruch der weltweiten Lieferketten, der schon bald zu katastrophalen Zuständen führen dürfte. Schuld an dieser ach so schlimmen Situation soll, neben dem Krieg, noch ein unsichtbarer Feind sein. Ein Coronavirus, welches medial zu einer todbringenden Gefahr hochstilisiert wurde, um die Lieferketten mit Hilfe von "Lockdowns" so schnell als möglich zum Stillstand zu bringen. Beides ist also hausgemacht und folgt einem Plan, und dieser Plan heißt - Deindustrialisierung.

Opfer einer erdachten Agenda

"Politik kann keine Wunder vollbringen", sagt Steinmeier. Das Land steuere auf die tiefste Krise zu, die das wiedervereinte Deutschland jemals erlebt hätte. Daß diese Katastrophe nicht vom Himmel fiel, sondern mit Vorsatz herbeigeführt wurde, ist jedem klar, der sich schon einmal im Detail mit den Originaldokumenten der Europäischen Union (EU), den Vereinten Nationen (UNO) und dem Weltwirtschaftsforum (WEF) auseinandergesetzt hat. Ein prosperierendes Land wie Deutschland und der hart erarbeitete Wohlstand seiner Menschen, sollen

nun einfach, so mir nichts dir nichts, für eine Ideologie und einer in Thinktanks und Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) erdachten Agenda geopfert werden.

Der Auszug der deutschen Industrie ist derweil schon in vollem Gange, wie das Beispiel BASF zeigt. Der Vorstandsvorsitzende des Chemiekonzerns, Martin Brudermüller, erklärte am Mittwoch in einem Artikel bei Reuters, das Unternehmen müsse wegen Wachstumschwäche, hoher Energiekosten und Überregulierung die Kosten an seinen europäischen Standorten "dauerhaft" senken. BASF werde weiter nach China expandieren, so Brudermüller, da man aufgrund des Ukraine Konfliktes eine jahrzehntelange Inflation befürchte.

Alleine in den ersten neun Monaten 2022 lagen die Erdgaskosten an den europäischen Standorten der BASF um rund 2,2 Milliarden Euro höher als noch im Vorjahr. Die Spotgaspreise waren fünf- bis sechsmal höher als in den USA, also in dem Land, das uns das alles eingebrockt hat. Das Loch, das BASF in der deutschen Wirtschaft hinterlassen wird, ist wahrlich existenzbedrohend, denn die Produkte von BASF sind Ausgangsstoffe für zahlreiche wichtige andere Produkte - von der Lebensmittelindustrie, über die Landwirtschaft, bis zur Auto- und Kunststoffindustrie.

Deutschland ist Europas stärkster Chemie-Standort. Im deutschen Branchen-Vergleich ist die chemische Industrie, nach Automobilherstellung und Maschinenbau, die dritt wichtigste Industriebranche. Wenn bereits der größte Chemiekonzern der Welt die Waffen streckt, könnten kleinere wie Bayer, Fresenius und Boehringer Ingelheim bald nachziehen. Und wie lange die vielen kleinen Mittelständler der Branche diese ausufernden Kosten noch tragen können, steht in den Sternen.

"Am 24. Februar hat Putin nicht nur Regeln gebrochen und das Spiel beendet. Nein, er hat das ganze Schachbrett umgeworfen!", sagt Steinmeier weiter.

Hat Putin tatsächlich das ganze Schachbrett umgeworfen? Will er etwas ganz anderes als Deutschland und dessen internationale Freunde? Wenn ich mir das jüngste, in Moskau abgehaltene Event ansehe, könnte ich fast auf die Idee kommen, das Ganze sei nichts anderes als eine "false flag" (ein Täuschungsmanöver).

Denn das im September 2022, also mitten im Krieg, stattgefundenen Finance Forum Ecumene 2022 wurde von zahlreichen UN-Organisationen unterstützt. Aufschlußreich ist auch die wichtigste Aufgabe dieser jährlich stattfindenden Veranstaltung:

Die Position Rußlands im Rahmen der globalen Agenda für nachhaltige Entwicklung, die Entwicklung neuer Trends im Bereich ESG (Environmental, Social, Governance) für den Zeitraum von 2030 bis 2050 und die Umsetzung des Programms der Gemeinsamen Agenda der Vereinten Nationen zu fördern.

Besteht angesichts dieser Aufgaben vielleicht eine winzige Möglichkeit, daß der "brutale Angriffskrieg Rußlands in der Ukraine", wie Steinmeier es nennt, Teil eines Plans sein könnte? Ist es nicht so, daß ein nicht mehr erwünschtes System, und unser System ist nicht mehr erwünscht, wie Steinmeier später noch ausführen wird, erst einmal in sich zusammenkrachen muß, damit ein neues System wie ein Phönix aus der Asche auferstehen kann?

Doch hören wir Steinmeier weiter zu: "Die traurige Wahrheit ist leider, daß sich die Welt auf dem Weg in eine Phase der Konfrontation bewegt." Doch der "menschengemachte" Klimawandel - das wichtigste Problem der ökosozialistischen Agenda 2030 - dürfe deswegen nicht aufgegeben werden: "Klimawandel, Artensterben, Pandemien, Hunger, Migration, nichts davon läßt sich lösen ohne die Bereitschaft und den Willen zu internationaler Zusammenarbeit." Und deshalb dürfe das Bemühen darum - trotz Krise und Krieg - nicht aufgegeben werden!

Aufgezehnte Friedensdividende

Schließlich kommt Steinmeier zu den harten Fakten, wenn er fragt: "Was bedeutet das für uns in Deutschland?" Seine Antwort ist ein Schlag ins Gesicht aller hart arbeitenden Deutschen.

Die Deutschen müßten sich auf härtere Jahr, ja sogar rauhe Jahre einstellen, denn die Friedensdividende wäre jetzt aufgezehrt.

"Vergessen wir - bei allen Sorgen - gerade jetzt nicht: Wir sind wirtschaftlich stark, stärker als viele andere. Wir haben gute Forschung, starke Unternehmen und einen leistungsfähigen Staat. Wir haben eine große und starke Mitte in unserer Gesellschaft."

Daß die Deindustrialisierung Deutschlands eine beschlossene Sache ist, bestätigt Steinmeier mit der folgenden Aussage:

"Wir verlassen gerade die Ära der fossilen Industrialisierung, eine Ära, die Deutschlands Aufstieg als Exportnation begründet und begleitet hat. Und wir treten ein in ein Zeitalter zunehmend ohne Kohle, Öl und Gas, in dem sich Deutschland neu beweisen muß und neu beweisen wird."

Der Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel genießt bei Steinmeier höchste Priorität:

"Ohne den Kampf gegen den Klimawandel ist alles nichts. Er braucht unsere ganze Kraft. Beweisen wir jetzt unsere Stärke in der Veränderung! Ermöglichen wir unseren Kindern und Kindeskindern ein gutes Leben auf unserem Planeten! Wir haben das in der Hand!"

Und damit Deutschland den Umbau in diese vollkommen unrealistische "Zero-CO2-Welt" meistert, sollen jetzt Ingenieure und Entwickler bessere Grundlagen erarbeiten, damit das Land - möglicherweise irgendwann einmal - einen neuen Wohlstand erarbeiten kann.

Dabei vergißt Steinmeier leider, daß Deutschland schon lange keine Bildungsnation mehr ist, daß sich Bildungsstand und Arbeitsmoral schon seit Jahren auf dem absteigenden Ast befinden. Dieser bildungspolitische Niedergang ist alles andere als neu, schon in seiner Septemberausgabe 2002, also vor 20 Jahren, schrieb der Spiegel:

"Das deutsche Bildungssystem, einst Vorbild für viele, taugt nur noch als Lehrbeispiel für einen staatlich organisierten Niedergang."

Dem schließe ich mich zu 100 Prozent an. Wer diese Aussage für übertrieben hält, dem empfehle ich Buch und Video des ehemaligen Vorsitzenden des Deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus mit dem Titel "Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt". Wenn Steinmeier also glaubt, er könne mit einer Generation von Auswendig-Lernern und Bulimie-Schülern eine großartige und nachhaltige Wirtschaft aufbauen, dann erliegt er einer Illusion.

Abschied von lieben Gewohnheiten

Und wer nun auch noch glaubt, dies alles sei nur eine kurze Episode, der irrt gewaltig, denn wie Steinmeier ausführt, wird es, aufgrund des Klimawandels, kein Zurück zur Normalität mehr geben.

Damit geht er d'Accord mit dem Great Reset seines Freundes Klaus Schwab vom WEF und der Agenda 2030 der UNO sowie den zahlreichen global agierenden Thinktanks. Alle diese Menschen vertrauen kritiklos den Annahmen, die sogenannte Klimaforscher in ihren Klimamodellen nutzen, um daraus von Computern Katastrophenszenarien für den Weltuntergang errechnen zu lassen. Auf die Idee, das "garbage in" auch "garbage out" bedeuten könnte, kommt leider keiner dieser ach so klugen Köpfe.

Wenn Steinmeier sagt: "Wenn wir Emissionen drastisch reduzieren und uns von fossilen Energien lösen wollen, müssen wir manche lieb gewordene Gewohnheit aufgeben, im Kleinen wie im Großen. Von der Frage, wie - und wie schnell - wir uns fortbewegen und was wir essen, bis hin zur Frage, wie wir bauen und wohnen", dann wiederholt er nur das, was in den zahlreichen offiziellen Dokumenten längst festgeschrieben ist.

Wie das künftige Essen aussehen könnte, davon können Sie sich hier schon einmal ein erstes Bild machen und wenn Sie wissen möchten, wie Sie künftig wohnen und leben werden, empfehle ich die UNO-Dokumente zu Habitat I, II und III.

Doch nicht nur die Deindustrialisierung und der Klimawandel werden künftig die wichtigsten Themen in Deutschland sein, auch die Militarisierung soll, zumindest wenn es nach Steinmeier geht, wieder groß geschrieben werden:

"Aber zu den Stärken, die uns bislang geholfen haben, muß etwas hinzukommen: Wir müssen konfliktfähig werden, nach innen wie nach außen. Wir brauchen den Willen zur Selbstbehauptung, und wir brauchen auch die Kraft zur Selbstbeschränkung. Wir brauchen keine Kriegsmentalität - aber wir brauchen Widerstandsgeist und Widerstandskraft!"

Und zu dieser Konfliktfähigkeit gehöre zuallererst eine starke und gut ausgestattete Bundeswehr. Die Grundlagen für diese Konfliktfähigkeit wurden mit einem Sondervermögen - sprich, neuen Schulden - von 100 Milliarden Euro zur militärischen Aufrüstung jüngst geschaffen. Deutschland sei in der Pflicht, seinen Beitrag zur Bündnisverteidigung zu leisten - heute viel mehr als in einer Zeit, in der andere, vor allem die USA, die schützende Hand über uns gehalten hätten. Deshalb versichert Steinmeier allen Partnern: "Deutschland nimmt seine Verantwortung an, in der NATO und in Europa."

Mit dieser Versicherung kommt Deutschland der Forderung nach, die bereits 2012 auf der Harvard-Konferenz "The German Angst of Leadership" erhoben wurde: Deutschland müsse endlich eine militärische Führungsrolle in Europa übernehmen. Und auch der israelische Historiker Yuval Noah Harari forderte in einer Ansprache an die Deutschen, sie müßten nun eine Führungsrolle in Europa übernehmen, denn sie wären keine Nazis, auch dann nicht, wenn sie erneut zu den Waffen greifen würden.

Ich weiß nicht, wie Sie die Sache einordnen, mir macht sie Angst, denn ich sehe Parallelen zu unserer Vergangenheit, die ebenfalls mit einer massiven Aufrüstung begann. Ich bin davon überzeugt, daß die Mehrheit der Deutschen Frieden will und wer Frieden will, der braucht keine Waffen. Aber Steinmeier und seine Freunde setzen wohl lieber auf George Orwells "Waffen für den Krieg, der dem Frieden dient!" Und ich bin auch überzeugt davon, daß es die breite öffentliche Zustimmung für das Sondervermögen zur Aufrüstung der Bundeswehr in Deutschland, so wie Steinmeier es beschreibt, nicht gibt.

Wenn Steinmeier so etwas behauptet, sollte er vorher eine Volksabstimmung abhalten, schließlich behauptet er ja auch immer wieder, wir würden in einer Demokratie leben. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland, auch da bin ich ziemlich sicher, ist heute nicht mehr dazu bereit, sich für ein paar Ideologen verheizen zu lassen.

Aber Steinmeier will Deutschland natürlich nicht nur nach außen konfliktfähig machen, auch im Inneren drohen Gefahren, von Antidemokraten, welche die Legitimation des Staates in Frage stellen könnten.

Wenn Steinmeier sagt, die Demokratie stehe unter Druck, dann gebe ich ihm sogar Recht, das haben die vergangenen zweieinhalb Jahre eindrucksvoll bewiesen. Menschen, die sich auf ihr Recht der körperlichen Unversehrtheit beriefen, wurden ausgegrenzt, diffamiert, als Rechte, Nazis und sogar Volksschädlinge bezeichnet.

Ist das etwa die Demokratie, von der Steinmeier in seiner Rede ständig spricht? Ist ein Land, das so agiert wie Deutschland in der jüngsten Vergangenheit, tatsächlich noch eine Demokratie? Ist ein Land, das Millionen Menschen ausgrenzt, eine Demokratie?

Wenn ein Regime, um Steinmeiers Wortwahl zu verwenden, sich Demokratie nennt, in Wahrheit aber keine Demokratie ist, dürfen sich Menschen dann nicht gegen ein solches wehren? Hat sich eine Diktatur schon jemals als Diktatur bezeichnet? War die "Deutsche Demokratische Republik" demokratisch? Waren die Länder der "Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)" wirklich unabhängig? Ist die "Demokratische Volksrepublik Korea" demokratisch?

Leidet Steinmeier an kognitiver Dissonanz? Einerseits sagt er, widerstandskräftige Bürger fordern Freiraum für ihre eigene Art zu leben, während er im gleichen Atemzug von einer so-

zialen Pflichtzeit spricht. Diese wäre nötig, weil der Einsatz für andere - gerade in den Zeiten des Gegenwinds - unverzichtbar oder sogar systemrelevant sei. Diese Aussagen sind nicht nur krasse Gegensätze, seine Forderung ist auch eine Einmischung in das Leben derer, die das anders sehen!

Ehrenamtlicher sozialer Einsatz kann in einem Land, das sich als Demokratie bezeichnet und konstatiert, die eigene Art zu leben, zu respektieren, immer nur freiwillig sein. Selbstverständlich können Menschen gefragt werden, ob sie dazu bereit sind, sich für andere einzusetzen, doch eine Pflicht, die wäre tatsächlich eine Zumutung.

Erwartet Steinmeier tatsächlich, daß sich die Menschen in Deutschland für seine selbstzerstörerische Agenda instrumentalisieren lassen? Selbst den kläglichen Rest an gesellschaftlichem Zusammenhalt, einen breiten Zusammenhalt gab es in diesem Land des Gegeneinanders doch noch nie, haben Politiker und Medien im Rahmen ihrer zweieinhalbjährigen Propaganda vollends zerstört. Millionen Menschen, die lediglich ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit einforderten, wurde aufs Übelste mitgespielt.

Sie wurden ausgegrenzt, diskriminiert, beschimpft und sogar mit Kündigung bedroht. Ist nur der demokratisch, der die Meinung des Staates und seiner Experten anerkennt und das eigene kritische Denken, ja sogar die eigene Expertise ad acta legt? Auch dieses Vorgehen erinnert mich stark an Orwells 1984.

Hilfen für die Ukraine statt für die eigene Bevölkerung

Grenzt es nicht an Hohn, daß Steinmeier in seiner Rede der Ukraine unbegrenzte Unterstützung zusagt, während die eigene Bevölkerung finanziell ausblutet? Steinmeier will die Ukraine wieder aufbauen, aber die Deutschen sollen horrenden Strom- und Gaspreise bezahlen und der deutsche Mittelstand soll aufhören zu produzieren?

Er will die restlichen Steuergelder der hart arbeitenden Deutschen in die Ukraine senden, anstatt eine wachsende Zahl an Arbeitslosen zu verhindern? Er will vor dem nahenden Winter in der Ukraine Strom, Heizung, warmes Wasser und alle lebenswichtigen Infrastrukturen wiederherstellen und die Ampel-Regierung schlägt den Deutschen dicke Pullover und einen kalten Waschlappen vor? Entschuldigung, Herr Bundespräsident, aber haben Sie noch alle Tassen im Schrank?

Wenn Herr Steinmeier die Ukraine unterstützen will, dann steht ihm das selbstverständlich frei, allerdings soll er dazu sein ganz persönliches Vermögen verwenden, und nicht das Geld der Menschen, die sich klar gegen einen Krieg aussprechen. Außerdem bitte ich Herrn Steinmeier, nicht im Namen aller Deutschen zu sprechen, denn es gibt Menschen, die das anders sehen und sich nicht von dieser Kriegsrhetorik vereinnahmen lassen wollen.

Die Zeit der Mitläufer ist glücklicherweise vorbei, doch die Regierung scheint das in ihrem Elfenbeinturm nicht realisiert zu haben. Weshalb soll Deutschland sich militärisch in den Krieg zwischen Rußland und der Ukraine einmischen? Die Ukraine ist weder ein Mitglied der EU noch der NATO, somit handelt es sich nicht um einen NATO-Verteidigungsfall. Was Deutschland und die EU tun, hat keine vertragliche Grundlage.

Doch kommen wir zum finanziellen Aspekt von Steinmeiers Rede: "Energie mag teurer werden, aber die Freiheit ist unbezahlbar", sagt er. Auch das ist blanker Hohn und grenzt sogar an Menschenverachtung. Weiter sagt Steinmeier, der für diese katastrophalen Aussagen vom Steuerzahler auch noch mit einem jährlichen Salär von etwa 240.000 Euro belohnt wird, daß Betriebe, Selbstständige, Läden, die gut liefen, wegen unterbrochener Lieferketten und hoher Energiepreise in die Schieflage geraten werden.

Zukunft noch abhängiger von den USA

Damit dürfte er Recht behalten, doch was steckt wirklich hinter dem rasanten Anstieg der Energiepreise? Geht es etwa nur darum, wieder einmal die krachende Wirtschaft in den USA

zu subventionieren, dieses Mal nicht mit einem heißen, aber einem ebenso perversen Wirtschaftskrieg, gerichtet primär gegen Deutschland?

Daß daran etwas dran sein könnte, zeigt ein Artikel in EURACTIV. Unter der Headline "Größter US-Gasexporteur: Wachstum in Europa braucht die ‚richtigen Verträge'" erklärt Cheniere, der führende Exporteur von verflüssigtem Erdgas (LNG) in den Vereinigten Staaten, daß das Unternehmen bereit dazu sei, "zusätzliche Anlagen zu bauen", um die wachsende europäische Nachfrage zu befriedigen.

Allerdings müßten die Kosten für den Bau der Infrastruktur von den Europäern bezahlt werden, was durch langfristige Verträge mit hohen Fixpreisen sichergestellt werden müsse. Wörtlich sagte Corey Grindal, Geschäftsführender Vizepräsident von Chenier: "... vorausgesetzt, die Gaspreise in Europa bleiben hoch genug, denke ich, daß auch weiterhin US-amerikanisches und weltweites LNG seinen Weg nach Europa finden wird."

Bleibt Deutschland also weiterhin die "Cashcow" der Alliierten, die das Land seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges finanziell wie wirtschaftlich ausgebeutet haben?

Und auch die Entlastungspakete, Abwehrschirme, Gaspreisbremsen, Wohngeld und Unterstützungsleistungen für Unternehmen, die Steinmeier verspricht, sind nur Augenwischerei, denn die ganzen Sondervermögen, sind keine Vermögen, sie sind Schulden und müssen vom Steuerzahler mit Zins und Zinseszins zurückbezahlt werden.

Denn nicht Steinmeier und die Regierungsriege sind die Schuldner, nein, es sind die Menschen in Deutschland, die irgendwann zur Kasse gebeten werden. Jeder, der jetzt glaubt, bald Geld vom Staat zu bekommen, sollte also die rosarote Brille absetzen, denn der Staat hat nichts zu geben, außer frisch gedrucktem Fiat Money, für dessen Rückzahlung die Leistungsträger dieses Landes haften müssen.

Und exakt deshalb will Steinmeier diesen Leistungsträgern demnächst auch an die Wäsche, wie er in seiner Rede unumwunden zugibt:

"Aber auch unser Staat wird nicht jede Belastung auffangen können. Und er muß es nicht! Denn die Krise trifft auch auf die Vielen, denen es - zum Glück! - gut geht, die stark sind, die in den Jahren des Rückenwinds auch zu Wohlstand und Sicherheit gekommen sind. Sie können sich einschränken, ohne daß existentielle Not entsteht."

Und es wird noch besser, wenn Steinmeier davon spricht, daß auch die "sogenannten" Reichen, womit Steinmeier wohl die Menschen meint, die sich durch Fleiß und redliche Arbeit Wohlstand erarbeitet haben, für die selbstverschuldete Krise geschröpft werden sollen:

"Und schließlich trifft diese Krise auch auf viele wohlhabende, reiche Menschen in unserem Land. Menschen, die viel haben und mehr tragen können. Sie müssen jetzt helfen, um die immensen Kosten der notwendigen Entlastungen überhaupt stemmen zu können. Sie müssen jetzt beitragen, um neue Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Beeindruckende Entlastungspakete sind wichtig - aber nicht weniger wichtig ist Gerechtigkeit bei der Verteilung der Lasten!"

Die Meisten dürften nicht wirklich verstanden haben, was Steinmeier mit seinen hohlen Phrasen von "sich einschränken" und "gerechter Verteilung der Lasten" tatsächlich meint. Was er damit meint, ist die partielle Enteignung der fleißigen Deutschen.

Die gesetzlichen Grundlagen für einen Lastenausgleich wurden bereits geschaffen und treten Anfang 2024 in Kraft. Auch der Boden für Enteignungen wird bereits fleißig bereitet, indem Politikerinnen wie Saskia Esken und Katrin Göring-Eckart öffentlich von Vermögensabgaben für Reiche drohen, wobei sie leider vergessen, zu definieren, was ein Reicher ist. Eines dürfte sicher sein, die Gruppe der echten Reichen, ist damit keinesfalls gemeint.

Wer noch immer in Deutschland lebt, der sollte sich nach dieser Rede darauf vorbereiten, in den nächsten 15 Jahren zu verarmen, denn Steinmeier schleudert dies allen Deutschen, ohne mit der Wimper zu zucken, frontal ins Gesicht, auch wenn er es wie immer in Watte verpackt, damit möglichst niemand wirklich versteht, was er damit meint:

"Wir wollen in zwei Jahren sagen können: Wir haben die wirtschaftliche Talsohle durchschritten.

Wir wollen in fünf Jahren sagen können: Nicht nur die Ukraine hat ihre Souveränität behauptet - auch wir selbst müssen keine Angst vor neuen Kriegen in Europa haben.

Wir wollen in zehn Jahren sagen können: Wir haben diese Gesellschaft zusammengehalten, mit den Schwächeren untergehakt und mitgenommen, und die Mehrheit hat ihr Vertrauen in die Demokratie bewahrt.

Wir wollen in fünfzehn Jahren sagen können: Trotz Krieg und Krise - wir haben sichergestellt, daß auch den nachfolgenden Generationen ein gutes Leben auf unserer Erde möglich ist."

Ich weiß nicht, wie sich das für Sie anhört, für mich hört sich das nach fünf Jahren Krieg, schrittweiser Enteignung und 15 Jahren Klimaterror an. Für mich hört sich das auch ganz nach der Nachhaltigkeitsagenda der UNO und Sozialismus in einem ganz neuen Gewand an, dem Gewand der Ökosozialismus.

Wenn das alles so kommen wird, wo werden all die Menschen unterkommen, die im Rahmen der Deindustrialisierung ihren Arbeitsplatz verlieren? Auch dafür haben Steinmeier und seine Freunde selbstverständlich eine Antwort. Sobald der Industriestandort Deutschland in den Mülleimer der Geschichte getreten wurde, werden alle Überzähligen im Gemeinwesen unterkommen, ein digitales universelles Grundeinkommen erhalten, das mit einem Sozialkreditpunktesystem verbunden ist.

Auf diese Weise bestens versorgt, können alle Überzähligen dann die wundervolle nachhaltige Welt genießen, in der sie nichts mehr besitzen und dennoch glücklich sein werden. Von einer der bedeutendsten Industrienationen der Welt zur Gemeinwohlgesellschaft, gibt es etwas Erbaulicheres?

Können wir das wollen? Wenn wir das nicht wollen, sollten wir uns nicht länger von dieser Regierung verhöhnen lassen.

Wir sollten aufstehen und unsere Forderungen stellen. Wir sollten, zu dem, was wir nicht wollen, laut und deutlich "Nein" sagen. Um sich Gehör zu verschaffen, braucht es keine Gewalt, keine Aufstände, nein, nicht einmal Demonstrationen sind dazu nötig. Alles, was es braucht sind Rückgrat, Mut und das kleine Wörtchen Nein!

Das Einzige, was die Deutschen jetzt noch retten kann, ist die Besinnung auf den großen Dichter und Denker Friedrich Schiller: "Verbunden werden auch die Schwachen mächtig."

Simone Hörrlein ist Lebensmittelchemikerin und Wissenschaftsjournalistin. Nach ihrem Studium an der TU München war sie mehrere Jahre in der medizinischen Forschung tätig und arbeitete zuletzt in der Wissenschaftskommunikation des Kompetenzzentrums für Ernährung. Neben den Naturwissenschaften interessiert sie sich für Finanz- und Geopolitik. Aktuell lebt sie in Kanada.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 46/22" berichtete am 11. November 2022 (x1.387/...): >>**Grün und Grün gesellt sich gern**

Lobbyismus: Mehrere Mitarbeiter im Bundeslandwirtschaftsministerium waren zuvor hauptamtlich für Ökoverbände tätig

Paul Rosen

Ökolobbyisten sickern immer stärker in die Bundesregierung ein. Seit dem Amtsantritt der Ampelkoalition sind insgesamt 17 bisher bei Umweltverbänden wie BUND, Greenpeace, Agora Energiewende, Bioland und Deutsche Umwelthilfe hauptberuflich Beschäftigte in verschiedenen Ministerien eingestellt worden. Bevorzugtes Ziel ist das von dem Grünen-Politiker Cem Özdemir geführte Landwirtschaftsministerium. Dort wurden sieben Ökolobbyisten ausgemacht.

Die Angaben finden sich in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der

CDU/CSU-Fraktion. Die hatte den Fall der zur Staatssekretärin ernannten und ab 1. März 2022 als Sonderbeauftragte für die internationale Klimapolitik im Auswärtigen Amt fungierende bisherige Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan zum Anlaß genommen, nach der Tätigkeit weiterer ehemaliger Vertreter von Umweltverbänden in der Regierung zu fragen. Schon die Tätigkeit der früheren Greenpeace-Chefin ließ bei der CDU/CSU-Zweifel aufkommen, "ob die Trennung zwischen Lobbyarbeit und Tätigkeit in der Bundesregierung jederzeit gewährleistet ist".

Die Bundesregierung widerspricht zwar den Zweifeln der Unionsfraktion, aber die Politik des Landwirtschaftsministeriums läßt auf das Gegenteil schließen. Obwohl die Antwort keine Angaben dazu enthält, auf welchen Posten die einstigen hauptberuflichen Lobbyisten der Öko-Verbände eingestellt wurden, so kann man davon ausgehen, daß sie nicht als Boten oder Schreibkräfte beschäftigt werden, sondern mindestens als Referenten. Sollten sie sogar als Referatsleiter eingestellt worden sein oder dies in nächster Zeit werden, hätten sie erheblichen Einfluß auf Neueinstellungen und könnten damit einen sogenannten Kamineffekt auslösen, was bedeutet: Auf dem Weg nach oben ziehen Grüne andere Grüne nach.

Im Landwirtschaftsministerium sind bereits jetzt die Auswirkungen der Vergrünung spürbar. Obwohl sich nur zwei Prozent der Deutschen vegan ernähren und nur zehn Prozent als Vegetarier gelten, gibt es inzwischen eine verbreitete Ächtung der Fleischerzeugung und des Fleischkonsums. Doch Özdemir und sein Ministerium stellen sich nicht etwa vor die 17.900 schweinehaltenden und rund 128.500 rinderhaltenden Betriebe, sondern beteiligen sich noch an Kampagnen gegen Tierhaltung und Schlachtung. So begrüßte die Staatssekretärin im Landwirtschaftsministerium, Silvia Bender (Grüne), die Teilnehmer einer Tagung zur Ernährungsstrategie der Bundesregierung mit dem Motto "Pflanzenbetont in die Zukunft".

Der Lebensmittelverband Deutschland zog daraufhin die Notbremse und sagte seine Teilnahme an der Tagung ab. In dem Verband ist die gesamte Ernährungsbranche, darunter Unternehmen wie Nestlé und Südzucker sowie Einzelhändler wie Edeka und Rewe, vertreten. Auch die Landwirtschaft ist in dem Verband organisiert. "Wir wollen nicht in den Verdacht geraten, lediglich Staffage in einem vorbestimmten, intransparenten Prozeß zu sein", wurde Christoph Minhoff, Hauptgeschäftsführer des Lebensmittelverbandes Deutschland, vom Presdienst Agrar heute zitiert.

Schon vor einiger Zeit hatte Özdemir eine neue Initiative zur Tierhaltungskennzeichnung vorgestellt, mit der besonders die Schweinehalter unter Druck gesetzt werden sollen. Denn für deutsche Schweinehalter soll die Kennzeichnungspflicht verpflichtend sein, während sie für Importe von ausländischen Betrieben freiwillig erfolgt. Die von der Branche eingerichtete "Initiative Tierwohl", die ein eigenes Labelsystem betreibt, erwartet eine Verlagerung der Produktion ins Ausland. Wenn das Ziel der Vegan-Lobby der tierfreie Bauernhof sein sollte, dürfte sie diesem bald näher kommen.

Viele Landwirte überrascht das alles schon nicht mehr. Wenn "Özdemir sein Ministerium mit den Steigbügelhaltern der Grünen aus den einschlägigen Umweltorganisationen verstärkt", habe das natürlich ein "Geschmäckle", sagte Christian Linne, Mitglied der Bundesvertretung der Freien Bauern, gegenüber der JUNGEN FREIHEIT. "Daß die verbandspolitischen Hintergründe der neu berufenen Personen zu einer besseren Agrarpolitik für die deutschen Bauern führen, mag bezweifelt werden."

Ausdruck einer knallharten Personalpolitik

Interessant ist auch, daß die Verbände, aus deren Kreis die Ministerien Mitarbeiter rekrutieren, andererseits mit Millionensummen aus dem Steuersäckel subventioniert werden. So geht aus der Antwort der Bundesregierung hervor, daß den entsprechenden Organisationen seit dem Amtsantritt der Ampel-Koalition rund 40 Millionen Euro zugesagt wurden. Dabei fällt eine massive Erhöhung der Förderung von Organisationen für Ökobauern auf.

So wurden dem Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft von der neuen Regierung bereits neun Millionen Euro Steuergeld zugesagt, während es in der gesamten Zeit der Großen Koalition nach Angaben von Agrar heute gerade einmal 2,63 Millionen Euro gewesen sein sollen. Gefördert werden unter anderem Projekte wie von der Deutschen Umwelthilfe initiiert: "Dreimal am Tag Fleisch? Positivkampagne zur Stärkung von pflanzlicheren Ernährungsumgebungen". Dafür gibt es 129.284,12 Euro.

Das Einsickern von Verbändevertretern in die Regierung ist Ausdruck einer knallharten Personalpolitik der Grünen für die eigene Gefolgschaft und soll im politischen Berlin natürlich kein großes Thema werden. Schließlich hatte vor drei Jahren im seinerzeit SPD-geführten Bundesumweltministerium der Fall des Unterabteilungsleiters "Naturschutz" für Aufsehen gesorgt. Den bekam der frühere Vorsitzende des Nabu-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Josef Tumbrinck. Ein Verwaltungsgericht hatte die Auswahlkriterien für diese Spitzenposition als "nicht erklärbar" moniert.

Daß das aktuelle grüne personalpolitische Treiben nicht allzu offensichtlich wurde, dafür sorgte die seit Amtsantritt der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) neu ausgerichtete Bundestagsverwaltung. Bas entließ vor einiger Zeit den noch von ihrem Vorgänger Wolfgang Schäuble (CDU) eingesetzten Bundestagsdirektor Lorenz Müller weit vor dessen Pensionsgrenze und ersetzte ihn durch Michael Schäfer, einen SPD-Mann, der früher in der SPD-Fraktion gearbeitet hatte und jetzt für Regierungsnähe sorgt.

So brachte es die Pressestelle fertig, zur Anfrage der Union eine Mitteilung unter der Überschrift "Keine Behördenzusammenlegung geplant" herauszugeben. Tatsächlich hatte man sich unter "ferner liefen" auch nach Plänen für eine Fusion des Bundesamts für Naturschutz und des Bundesumweltamtes erkundigt. Die viel interessanteren Antworten der Regierung auf Fragen nach den Ökolobbyisten und der Finanzierung grüner Vorfeldorganisationen ließ die Verwaltung einfach weg.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 46/22" berichtete am 11. November 2022 (x1.387/...): >>**In die Institutionen eingedrungen**

Politisierte Universitäten: An den Hochschulen in Deutschland geben seit Jahrzehnten linksradikale Gruppen den Ton an / An finanziellen Mitteln mangelt es ihnen nicht

Hinrich Rohbohm

Es ist für ihn jetzt das dritte Semester. Doch Jonas Richter (Name geändert) erinnert sich noch gut an seinen Start vor einem Jahr. "Wir hatten Corona, aber trotzdem: Alles total aufregend, neue Stadt, neuer Lebensabschnitt nach der Schule", erinnert er sich. Der gebürtige Westfale hatte damals sein Studium der angewandten Politikwissenschaften an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg aufgenommen. Die Stadt gefällt ihm. Der historische Stadtkern mit seinen schmucken Türmen und Toren, die bergige Landschaft des Schwarzwalds, die Nähe zu Frankreich und der Schweiz. "Und natürlich auch die Kneipenlandschaft", schmunzelt er.

Doch etwas stieß ihm schon damals sauer auf. "Die aggressive Sprache und der Versuch, gerade uns Erstsemester von Beginn an zu vereinnahmen irritiert schon", schildert er seine damals ersten Begegnungen mit linksradikalen Hochschulgruppen gegenüber der JF. "Die boten da so kritische Einführungstage im Rahmen einer alternativen Ersti-Woche an." Was da steht, habe ihn entsetzt. "Bildet euch und bildet Banden", hatte es etwa auf einem Flyer geheißen. Als angehender Politikwissenschaftler sei er da besonders hellhörig geworden. "Ich hatte mir das Programm von denen einmal näher angesehen und stellte fest, daß mit alternativ eigentlich linksextremes Gedankengut gemeint ist."

So wurde in dem "kritischen Alternativprogramm" für Antifa-Treffen in einem linken Zentrum geworben. Sogar Kampfsporttraining gemeinsam mit der Antifa sei angeboten worden. Die gewaltbereite Klimaschutz-Gruppe "Ende Gelände" lud zu einer Filmvorführung in das Susi-Café, einer Kneipe der Freiburger Antifaschistischen Linken. "Das sind extremistische

Gruppen. Das alles müßte an einer Universität eigentlich ein No-go sein."

Statt dessen muß Richter feststellen, daß Linksextremismus an Universitäten offen ausgelebt wird. "Man stelle sich nur mal vor, irgendwelche Nazi-Gruppen würden mit derartigen Programmen für Studienanfänger auf dem Campus auf Werbetour gehen. Der Aufschrei wäre zu Recht gewaltig." Natürlich habe er sich schon vor Beginn seines Studiums keine Illusionen über die vorherrschende Linkslastigkeit an deutschen Universitäten gemacht.

Und so habe ihn auch das Werben für feministisches Lesen oder eine Diskussion mit der Migrationshilfe-Organisation Seebrücke im Büro der Linkspartei ebensowenig überrascht wie ein Workshop zu Schwangerschaftsabbrüchen und queeres Kennenlern-Treffen im Regenbogen-Referat.

"Wenn sie das hier durchziehen, wird die Stadt brennen"

An zahlreichen anderen Universitäten in Deutschland existieren ähnliche "Begrüßungsprogramme" für Studienanfänger. Wie etwa das der Linken Hochschulgruppe "Kleine Strolche" an der Universität Osnabrück, das Ende Oktober mit einem Vortrag zur Einführung in die Kapitalismuskritik der "Libertären Kommunist*innen" startete.

Tags darauf: Treffen des Lesekreises "Kritische Männlichkeiten und Queerness", gefolgt von "Queering Pädagogik", einer Veranstaltung über "Konsensuelles Flirten und Sex", einem Trommelworkshop "Rhythmus des Widerstandes" und einem "offenen anarchistischen Brunch".

Angebote, die auch auf der Internetseite des von den Semesterbeiträgen der Studenten getragenen Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) der Universität beworben werden.

Das dabei den Studenten vermittelte Weltbild entwickelt eine Eigendynamik, die an so mancher Universität zu bizarren Erscheinungsformen führt. So hatte etwa der AStA der Berliner Humboldt-Universität im vorigen Jahr per Stellenausschreibung einen Antidiskriminierungsberater gesucht. Und das auf eine Art und Weise, mit der das Gremium selbst Menschen mit nichtweißer Hautfarbe diskriminiert.

Denn weiße Bewerber seien für diese Stelle nicht gewünscht, so die damalige Vorgabe des Uni-Gremiums, dem in diesem Jahr mehr als 127.000 Euro für Aufwandsentschädigungen seiner AStA-Referenten zur Verfügung stehen. Darunter Referate wie das für Antifaschismus, das Referat für Antirassismus, dem für "Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter" oder das "Referat für queer_Feminismus."

"Besonders in den klassischen Universitätsstädten hat sich im Laufe der Jahrzehnte eine linksradikale Infrastruktur ausgebreitet, die weit über den Hochschulbetrieb hinausreicht", erzählt der JF ein hessischer Funktionär des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), der aus Angst vor Repressalien an seinem Studienort ebenfalls lieber anonym bleiben möchte. Ganz egal ob Polizei, der Einzelhandel in der Innenstadt oder die örtliche Politik: "Wenn den linksradikalen Gruppen irgend etwas nicht paßt, geben alle schnell klein bei."

So war es auch 2019 in Göttingen geschehen, als der ehemalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) zu einem Vortrag anlässlich des Göttinger Literaturherbstes ins Alte Rathaus geladen war. "Wir waren bereits im Gebäude, als die Polizei mitteilte, daß sie aufgrund eines massiven Demonstrationaufmarsches sich außerstande sehe, für die Sicherheit der Veranstaltung zu garantieren", erinnert sich ein Göttinger Student im Gespräch mit der JF.

"Wenn Sie das hier heute durchziehen, wird es Brände in der ganzen Stadt geben", habe ein Polizist damals die Veranstalter gewarnt. "Uns war ziemlich mulmig zumute an diesem Tag", berichtet der Funktionär der der Union nahestehenden Vereinigung. Der Hausmeister des Rathauses sei zusammengeschlagen worden, dem Geschäftsführer des Literaturherbstes wurde auf der Straße aufgelauert und das Hemd vom Körper gerissen.

Die Veranstaltung wurde schließlich abgesagt und zu einem späteren Termin unter starkem Polizeiaufgebot wiederholt. In direktem Zusammenhang dazu soll auch ein Anschlag auf die

Göttinger Ausländerbehörde stehen. Und ein historisches Amtsgebäude der Stadt stand nach der Lesung in Flammen. Ein Bekenner schreiben bezog sich direkt auf den Vortrag von de Maizière.

Die zunehmende Akademisierung nützt den linksradikalen Gruppen

Besonders Verbindungsstudenten stehen immer wieder im Fokus linksextremer Gewalttäter. Im Sommer dieses Jahres verübten Unbekannte einmal mehr Brandanschläge auf zwei Fahrzeuge, die vor einem Verbindungshaus in Göttingen geparkt hatten. Das Gebäude selbst bewarfen die Täter mit Farbbeuteln. Konsequenzen: keine. Erst nach fünf Tagen erschien eine erste Presstenotiz darüber in der örtlichen Zeitung.

Vor allem die zunehmende Akademisierung der Gesellschaft spielt linksradikalen Gruppen in die Hände. War der Besuch der Universitäten einst der geistigen Elite vorbehalten, so ist das heutige Hochschulleben ein Massenbetrieb. Allein in Göttingen sind knapp 30.000 Menschen als Studenten eingeschrieben. Das ist mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung in der Stadt. In Marburg sind es bei 76.000 Einwohnern und 22.000 Studenten sogar fast ein Drittel. Mit der Folge, daß sich damit einhergehend auch die politischen Mehrheiten veränderten. Linke Parteien haben heute bei Wahlen in Universitätsstädten wie Göttingen, Marburg oder Freiburg gemeinsam in der Regel einen Stimmenanteil von rund 70 Prozent.

Zum Vergleich: Die CDU kommt in ihrer einstigen südbadischen Hochburg Freiburg heute gerade mal noch auf elf Prozent. "Wenn wir in Göttingen 30 Prozent bekommen, dann wäre das für uns ein super gutes Ergebnis. Mehr ist angesichts der gesellschaftlichen Zusammensetzung in der Stadt kaum drin", heißt es beispielsweise aus den Reihen der dortigen CDU. Strukturell würden linke und linksradikale Parteien in Göttingen stets über breite Mehrheiten verfügen.

Und damit auch langfristig Zuschüsse für linke Zentren und Projekte sicherstellen.

Wie etwa Gelder für das Göttinger JuZi, ein linksradikales Jugendzentrum in der Innenstadt, von dem das niedersächsische Innenministerium bereits seit 2018 Erkenntnisse darüber vorliegen hat, daß die dem kommunistischen Bündnis "Ums Ganze" angehörende Gruppe Redical (M) die Räume für Veranstaltungen nutzt und die dortigen Teilnehmer bei gewalttätigen Demonstrationen mitlaufen. Auch Aktions- und Blockadetrainings wurden im JuZi mehrfach durchgeführt, das von der Stadt per linker Ratsmehrheit auch im Haushaltsjahr 2023 mit jährlich 120.000 Euro unterstützt wird. Hinzu kommen auf Antrag des JuZi weitere 7.000 Euro Zuschuß für Veranstaltungen.

Das JuZi ist als Anlaufpunkt idealer Rückzugs- und Rekrutierungsort für die linksradikale Szene, die sich im Schutze eines weitgehend zustimmenden universitären Umfeldes im Verlauf der Jahre ausbreiten konnte.

Ein weiterer Rückzugsort: das Studentenwohnheim in der Roten Straße. Über einen gemeinnützigen Verein, der als Mittler zwischen den Bewohnern und dem Studentenwerk fungiert, konnten die einstigen Hausbesetzer erreichen, daß sie sich ihre Mitbewohner selbst aussuchen können. Auf diese Weise wurde ein Unterschlupf für radikale Kampfgenossen geschaffen.

Immerhin: Im Göttinger Stadtrat formiert sich Widerstand

Keine hundert Meter davon entfernt hat sich die Bundeszentrale der Roten Hilfe im Hans-Litten-Archiv eingerichtet. Verfassungsschutzbehörden stufen den Verein als extremistisch ein und sehen in ihm eine Unterstützergruppe für Gewalttäter. In dem Gebäude befindet sich auch der Sitz der örtlichen Linkspartei sowie der DKP.

Als weiteres linksradikales Zentrum in der Universitätsstadt gilt der Rote Buchladen. Von hier aus werden etwa Tickets zu Demo-Fahrten erworben. Der Laden selbst wirkt auf den ersten Blick wie ein gewöhnliches Buchgeschäft, das sich nur durch seine linkslastige Literatur abhebt. Erst der Gang in den Keller des Geschäfts enthüllt seinen radikalen Kern. Poster von der Roten Hilfe hängen da. Postkarten von "links unten". Ein Plakat mit der Aufschrift: "Rote Flo-

ra bleibt besetzt." PKK- und "Antifa-Area-Plakate". Die Zeit, sich dort umzusehen, ist kurz. Eilige Schritte auf der Treppe nach unten. "Was suchen Sie denn?", kommt auch schnell die Frage vom Ladenverkäufer.

Immerhin: Im Göttinger Stadtrat hat sich inzwischen zum Leidwesen der linksradikalen Uni-Szene eine Art Deutschland-Koalition aus SPD, CDU und FDP gebildet. Mit Folgen. Als "Aktivisten" kurz vor der niedersächsischen Landtagswahl die ehemalige Justizvollzugsanstalt der Stadt besetzt hatten, bat das SPD-geführte Innenministerium um Zurückhaltung, bat darum, mit dem Räumen bis Montag nach der Wahl zu warten, damit "keine häßlichen Bilder" entstünden. Die SPD-Oberbürgermeisterin ließ, unterstützt von örtlicher CDU und FDP, trotzdem vorher räumen. Das war neu. Ein Sieg des Rechtsstaats im Zentrum linker Uni-Anarchie.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 12. November 2022:

>>**Doppelter Kniefall: Brandt und der Warschauer Vertrag**

Von *Daniell Pföhringer*

Mit dem unter Willy Brandt geschlossenen Warschauer Vertrag verzichtete eine deutsche Regierung erstmals auf die Ostgebiete. Völkerrechtlich war dies jedoch ohne Belang. Ein exklusiver Auszug aus unserer demnächst erscheinenden Sonderausgabe "Polens verschwiegene Schuld". Unsere Antwort auf die Reparationsforderungen aus Warschau. ...

Am Morgen des 7. Dezember 1970 bezogen zwei Wachtposten der polnischen Armee Stellung vor dem Mahnmal für die Opfer des von SS und Wehrmacht 1943 niedergeschlagenen Aufstandes im Warschauer Ghetto. Etwa 400 Zuschauer warteten gespannt auf die Ankunft von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD), der kurz zuvor schon am Grabmal des unbekanntes Soldaten einen Kranz niedergelegt hatte. Als die Wagenkolonne vorfuhr, öffneten die Schaulustigen eine Gasse für den deutschen Regierungschef und seine Entourage.

Langsam schritt Brandt an die Stufen der jüdischen Gedenkstätte. Als dann zwei Träger das mitgebrachte Blumengebinde niederlegten, ordnete der Kanzler die Schleife, richtete sich auf - um dann vor dem Kranz auf die Knie zu gehen. ...

Verzicht auf die Ostgebiete

Eine solche Empathie des Bundeskanzlers wurde nicht allen Opfern zuteil - vor allem nicht den Millionen von Heimatvertriebenen und unter polnisch-kommunistischer Herrschaft drangsalierten, gefolterten, ermordeten oder zwangspolonisierten Deutschen. Noch am selben Tag unterzeichnete Brandt den sogenannten Warschauer Vertrag über die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen. Damit wollte er, wie er sagte, "einen Schlußstrich setzen unter Leiden und Opfer einer bösen Vergangenheit".

In der Folge zweier Weltkriege verlor Deutschland ein Fünftel seines Staatsgebiets. Allein zwischen 1944/55 und 1950 wurden mindestens 12 Millionen Menschen heimatlos, zwei Millionen kamen dabei ums Leben.

Die Unterzeichnung des Warschauer Vertrags war der Höhepunkt der sogenannten neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in Bonn. Mit dem Papier tat die Bundesregierung das, was Kurt Schumacher, der erste SPD-Chef nach dem Zweiten Weltkrieg, noch als schmachvollen "Nationalverrat" gebrandmarkt hatte: Sie erkannte damit faktisch die Oder-Neiße-Linie als Polens Westgrenze an - und besiegelte damit quasi den Verlust von Pommern, Schlesien und den anderen Ostgebieten unter polnischer Verwaltung.

Immerhin: In Artikel IV des Warschauer Vertrags räumte die Bundesregierung ein, daß sie nur in ihrem Namen - und nicht im Namen ganz Deutschlands - handeln könne, was der völkerrechtlichen Lage entsprach. Allerdings ließ Brandt selbst keinen Zweifel daran aufkommen, daß Bonn von der Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie als Grenze ausging. ...

Keine völkerrechtliche Grundlage

Mit dem Warschauer Vertrag vollzog die Bundesregierung deutschlandpolitisch eine 180-

Grad-Wende und räumte Positionen, die unter Adenauer und Erhard - zumindest formell - aufrechterhalten worden waren. Es blieben dennoch die völkerrechtlichen Vorbehalte, die die Bonner Koalition ja auch selbst eingestand - und die auch von den Westmächten in diplomatischen Noten bestätigt wurden.

So verabschiedete der Bundestag denn auch am 17. Mai 1972 im Rahmen der Ratifizierung der Ostverträge (mit Warschau und Moskau) eine EntschlieÙung, in der unter anderem festgestellt wurde, daß die Abkommen "eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland" nicht vorwegnehmen, daß sie "keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen" schüfen und daß das "unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung ... nicht berührt werde. Es besagte allerdings auch, daß die Bundesrepublik dadurch "keinen Gebiets- oder Grenzänderungsanspruch" erhebe.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) bestätigte diese Vorbehalte und legte in seinem Beschluß zu den Verträgen am 7. Juli 1975 die Rechtslage Deutschlands ausführlich dar. Karlsruhe hatte damals über Beschwerden von in den Ostgebieten ansässigen Deutschen zu entscheiden, die rügten, "ihre deutsche Staatsangehörigkeit dadurch verloren zu haben, daß die Gebiete östlich von Oder und NeiÙe mit dem Inkrafttreten der Ostverträge aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen" und dem Hoheitsgebiet Polens unterstellt worden zu sein.

Dies wies das BVerfG zurück und begründete seine Auffassung damit, daß die "Gebiete östlich von Oder und NeiÙe ... ebenso wie das übrige Reichsgebiet in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Siegermächten bei Kriegsende nicht annektiert worden" seien. Außerdem, so die Richter, hätten die drei Westalliierten "einer endgültigen Zuweisung der deutschen Ostgebiete an die Sowjetunion und Polen nicht zugestimmt". ...

Den vollständigen Beitrag lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung". ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. November 2022:
>>**Ostgebiete: Alliierte und Warschau erzwingen Verzicht**

Von *Daniell Pföhringer*

... Im Zuge der Wiedervereinigung bestätigte Deutschland die polnische Westgrenze - unter dem Druck der Siegermächte und vor dem Hintergrund von schrillen Tönen aus Warschau. Ein exklusiver Auszug aus unserer demnächst erscheinenden Sonderausgabe "Polens verschwiegene Schuld". Unsere Antwort auf die Reparationsforderungen aus Warschau.

Mit markigen Worten unterstrich Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) am 1. Juli 1989 auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover noch einmal die damalige Rechtslage der Gebiete östlich von Oder und NeiÙe.

Waigel sagte: "Mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen. Es gibt keinen völkerrechtlich wirksamen Akt, durch den die östlichen Teile des Deutschen Reiches von diesem abgetrennt worden sind. Unser politisches Ziel bleibt die Herstellung der staatlichen Einheit des deutschen Volkes in freier Selbstbestimmung."

Tatsächlich hatte die DDR schon 1950 mit dem Görlitzer Abkommen und die Bundesrepublik im Rahmen des Warschauer Vertrages 1970 die Oder-NeiÙe-Linie als Westgrenze Polens akzeptiert, allerdings waren solche Verträge nur bindend, solange die betreffenden Teile Deutschlands nicht wiedervereinigt waren. ...

Kohl knickt ein

Bereits vor dem Fall der Berliner Mauer, nämlich am 27. September 1989, hatte der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) gegenüber seinem polnischen Amtskollegen Krzysztof Skubiszewski erklärt, daß man das Recht seines Volkes, "in sicheren Grenzen zu leben, ... weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche" in Frage stellen werde.

In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigten Kanzler Helmut Kohl (CDU) und der polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki am 14. November 1989 in Warschau, daß "die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind".

In diesem Sinne ließ Kohl dann am 21. Juni 1990 in seiner Regierungserklärung anlässlich der Billigung des sogenannten Einheitsvertrages durch den Deutschen Bundestag und die DDR-Volkskammer die Hosen runter: Man werde die "Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft", völkerrechtlich anerkennen. "Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze, oder wir verspielen unsere Chance zur deutschen Einheit", so Kohl. ...

Druck der Siegermächte

Die Preisgabe der Ostgebiete wurde unter starkem Einfluß der Siegermächte vollzogen. Das hebt auch der Staatsrechtler Michael A. Hartenstein in seinem Buch "Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie" hervor, wenn er schreibt:

"Dieser Druck läßt sich anhand einiger öffentlicher Aussagen führender westlicher Politiker zwischen dem Fall der Mauer und dem Abschluß der Zwei-plus-vier-Konferenz am 12. September 1990 mehrfach nachweisen. Die Regierung der Vereinigten Staaten ließ durch ihren Außenminister Baker klarstellen, daß sie von den gegenwärtigen Grenzen, innerhalb derer Deutschland sich vereinigen solle, ausgehe, und daß man sich an die Sprachregelung der 'Schlußakte von Helsinki' halten sollte, 'die davon ausgeht, daß die Grenzen in Europa unverletzlich sind und nur mit friedlichen Mitteln verändert werden sollten'."

Und weiter:

"Dies war im Wesentlichen auch die Position der Regierung Großbritanniens. Frankreich ging über die Position der Vereinigten Staaten hinaus und verlangte über die Bestätigung der 'Unverletzlichkeit der deutsch-polnischen Grenze eine Bestätigung der 'Unantastbarkeit' dieser Grenze, das heißt, 'daß man sie nicht mehr verändern kann', eine Position, die gegenüber den Bestimmungen der von US-Außenminister Baker genannten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Westeuropa von Helsinki von 1976 eine diskriminierende Sonderbehandlung für Deutschland vorsah."

Mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag - eigentlich Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland - vom 12. September 1990 wurde der Verzicht dann abschließend besiegelt. Man erklärte das Abkommen zudem als Ersatz für einen Friedensvertrag konventioneller Art, wie er in Potsdam 1945 vorgesehen war. ...

Drohung aus Warschau

Der gesamte Wiedervereinigungsprozeß wurde von Warschau mit schrillen Tönen begleitet. Den Höhepunkt bildete ein Interview der niederländischen Wochenzeitung Elsevier mit dem vormaligen Gewerkschaftsführer Lech Walesa vom März 1990. In dem Gespräch drohte der wenige Monate später zum polnischen Präsidenten gewählte Politiker der Bundesrepublik unverhohlen mit Massenvernichtungswaffen. ...

Den vollständigen Beitrag lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung". ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. November 2022:

>>Reparationen: Müssen wir wirklich an Polen zahlen?

Von *Daniell Pföhringer*

Die polnischen Geldforderungen gegen Deutschland übertreffen den Bundeshaushalt um ein Vielfaches. In unserer neuen Sonderausgabe "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung" präsentieren wir die Gegenrechnung.

Polen fordert von Deutschland 1,3 Billionen Euro, um, wie es aus Warschau heißt, die materiellen und immateriellen Schäden, die das Land durch den Zweiten Weltkrieg und die

deutsche Besatzung erlitten habe, zu kompensieren.

Abgesehen davon, daß Polen 1953 in einer Erklärung und noch einmal 1990 im Zuge des Zwei-plus-vier-Vertrags auf jegliche Reparationsforderungen gegen Deutschland verzichtet hat, bleibt bei der Warschauer Rechnung vollkommen unberücksichtigt, daß sich unser östlicher Nachbar nach dem Zweiten Weltkrieg bereits ein Fünftel des deutschen Reichsgebietes von 1937 einverleibt hat.

Jahrhundertverbrechen: Mindestens 14 Millionen Deutsche wurden aus ihrer Heimat vertrieben.

Darunter befanden sich nicht nur die Seen und Wälder des südlichen Ostpreußens, die großen landwirtschaftlichen Güter in Pommern, sondern auch die bedeutenden Kohle- und Industrieviere in Oberschlesien. Im Gutachten der polnischen Regierung taucht das alles absurderweise nicht auf.

Unsere Gegenrechnung

Schulden wir den Polen also wirklich noch 1,3 Billionen Euro? Nein! Warschau kann froh sein, daß es in Berlin keine Politiker gibt, die eine Gegenrechnung aufmachen. Das machen wir in unserer neuen Sonderausgabe "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung".

In unserer brandneuen Geschichtsausgabe kann man lesen:

"Ein näherer Blick auf die Provinzen macht deutlich, wie absurd die Reparationsforderungen Warschaus sind - und zeigt, wie schlecht Polen dastünde, machte man eine Gegenrechnung auf. Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg, als das ostoberschlesische Industrievier Polen zugeschlagen wurde, verlor Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit Schlesien - neben den Bodenschätzen (Steinkohle, Braunkohle, Kaolin, Granit, Magnesit, Nickel, Basalt, Zink- und Bleierze) - hochwertige Produktionsanlagen für Waggon, Kessel, Werkzeug, Kraftmaschinen, Armaturen und Instrumente. Die Vermögensverluste in der Land- und Fischereiwirtschaft in Pommern oder Ostpreußen waren ebenfalls gigantisch."

Und weiter:

"Die Gesamtfläche der größtenteils an Polen abgetretenen Ostgebiete beträgt 137.497 Quadratkilometer oder 13.749.700 Hektar. Bei einer Bodennutzungsgebühr von jährlich nur zehn Euro je Hektar ergäbe dies die ungeheure Summe von 137.497.000 Euro. Berechnet auf 70 Jahre würde sich diese imaginäre Pachtschuld ohne Zins und Zinseszins auf über 9,6 Billionen Euro belaufen.

Natürlich könnte man nun einwenden, daß große Flächen davon mit Sümpfen oder Sandböden bedeckt sind. Auf der anderen Seite sind die wertvollen Industrieanlagen und Kulturdenkmäler, die verloren gingen, in dieser Rechnung noch nicht einmal berücksichtigt. Allein der kulturelle Gesamtwert der Gebiete beträgt Schätzungen zufolge mindestens 3,9 Billionen Euro. Warum also noch Reparationen? Zumal Polen seit den 1970er Jahren von Deutschland schon mehrere Milliarden an Krediten und Entschädigungszahlungen erhalten hat."

Zudem befindet sich Polen im Besitz wertvoller deutscher Kulturgüter, deren Rückgabe von Warschau schon seit vielen Jahren unter immer neuen Vorwänden abgelehnt wird. Professor Wojciech Kowalski, der lange Zeit als polnischer Verhandlungsführer mit dieser Sache betraut war, begründete dies 2007 im Interview mit der Taz wie folgt:

"Mit 'Raub- und Beutekunst' sind Kulturgüter gemeint, die Aggressoren oder Okkupanten im Krieg aus fremden Territorien abtransportieren, obwohl die Haager Landkriegsordnung von 1907 dies verbietet. Wir aber haben 1945 nach der Westverschiebung Polens durch die Alliierten die deutschen Kulturgüter in den ehemaligen deutschen Ostgebieten vorgefunden. Das ist ein Unterschied."

Ach so! Die Beethoven-Partituren und Goethe-Briefe beispielsweise, die seit 1945 in der Jagiellonischen Bibliothek in Krakau liegen, sind also nur durch einen Zufall auf polnischem

Gebiet gelandet? Wohlgermerkt: Hierbei handelt es sich um Bestände der alten Preußischen Staatsbibliothek, die im Zweiten Weltkrieg zum Schutz vor alliierten Bomben von Berlin ins schlesische Kloster Grüssau ausgelagert wurden.

Die von dort nach Krakau verbrachten Archivalien umfassen rund 300.000 Bände, darunter wertvolle mittelalterliche Handschriften, Autografen Martin Luthers und Goethes, die Doktorarbeit Friedrich Schillers und nicht zuletzt einzigartige Musikalien wie die Partituren der meisten Beethoven- und Mozart-Werke. Sogar die Originalhandschrift vom "Lied der Deutschen" von Hoffmann von Fallersleben gehört zu der Sammlung, deren Existenz bis 1977 von polnischer Seite schlichtweg geleugnet wurde.

Die polnischen Reparationsforderungen gegen Deutschland entbehren also jeglicher Grundlage. Doch die passende Antwort aus Berlin bleibt aus, denn dazu ist die Bundesregierung zu feige - und zu sehr dem Schuld kult verhaftet. Wir hingegen schreiben, was Polen verschweigt und Berlin nicht zu sagen wagt.

In unserer nun erhältlichen Sonderausgabe "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung" dokumentieren wir, wie Deutsche schon nach dem Ersten Weltkrieg in den damals Polen zugeschlagenen Gebieten drangsaliert und ermordet wurden. Erfahren Sie außerdem, welchen Anteil Polen am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte, welche Qualen Deutsche durch Vertreibung und KZ-Internierung erleiden mußten - und wie sich Polen am Ende auch noch die Oder-Neiße-Gebiete unter den Nagel riß. Lesen Sie die ganze Wahrheit! ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 21. November 2022:

>>**Ramstein: Die USA als Besatzer in Deutschland**

Von *Karel Meissner*

Bald 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg hat die US-Armee immer noch umfassende Vorrechte in Deutschland. Nirgendwo im Ausland haben die Vereinigten Staaten mehr Soldaten stationiert als bei uns. Wie wir schon seit 100 Jahren unter der Knute von Uncle Sam stehen - und immer noch besetzt sind, erfahren Sie in unserer demnächst erscheinenden Sonderausgabe "USA gegen Deutschland. Der hundertjährige Krieg" ...

Was in den US-Stützpunkten in Deutschland passiert, passiert de facto außerhalb der deutschen Rechtsordnung. Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag vom 24. März 2011, ob die alliierten Truppen in Deutschland nur unter der Voraussetzung von NATO-Beschlüssen, die demnach auch von Deutschland getragen wären, handeln dürften, antwortete die Bundesregierung: "Ein Aufenthalt in "NATO-Mission" oder ein Tätigwerden auf der Grundlage eines "NATO-Beschlusses" gehört nicht zu den Voraussetzungen."

Das ist ein Freibrief für die US-Armee, ihre deutschen Basen auch für Aktivitäten zu nutzen, die Deutschland ablehnt und die NATO nicht beschlossen hat, also etwa für den Krieg in der Ukraine oder die Verschleppung von Terrorverdächtigen (Rendition flights).

Die Pfalz als Flugzeugträger

In Rheinland-Pfalz haben die USA eine ihrer wichtigsten Militärbasen installiert: die Air Base Ramstein. Hier betreibt die US-Luftwaffe das größte Luftdrehkreuz der US-Streitkräfte außerhalb der USA. Den größten Transportflugzeugen der US-Air Force (C-130, C-17, C-5) stehen zwei Start- und Landebahnen sowie die größte Wartungshalle der U.S. Air Force zur Verfügung, dazu ein vollautomatisches Frachtterminal sowie ein Passagierterminal für monatlich etwa 30.000 Abfertigungen.

Ramstein "war entscheidend am Erfolg der Operation Enduring Freedom (vor allem in Afghanistan) und dem Irakeinsatz beteiligt", lobte Air Force-General Charles F. Wald 2003. Hier wurde auch die Befehlszentrale für den NATO-Raketenabwehrschirm eingerichtet werden, der aus vorgeschobenen Stellungen, etwa in Polen, russisches Territorium bedroht, und über Ramstein läuft die Zielaufklärung in Echtzeit für die ukrainischen Truppen.

Ramstein hat zudem eine Scharnierstellung bei den Kill-Angriffen durch Drohnen in Afghanistan, Pakistan, dem Jemen oder Afrika. Die Piloten der ferngesteuerten Maschinen sitzen - aufgrund seltener Rücksichtnahme auf das deutsche Recht - in den USA. Die Satellitensignale der Drohnen werden in Ramstein über ein Glasfaserkabel in die USA übertragen. Andernfalls müßte der US-Geheimdienst CIA als Eigner der Drohnen mehrere Satelliten aneinanderkopeln.

Die dadurch entstehende Zeitverzögerung könnte die Einsätze praktisch unmöglich machen. 2014 enthüllte der frühere Drohnenpilot Brandon Bryant gegenüber der Süddeutschen Zeitung die Bedeutung des Fliegerhorstes. "In den mehr als 1.000 Drohneneinsätzen, die ich geflogen habe, gab es kein einziges Mal, wo wir zum Schichtbeginn nicht in Ramstein angerufen haben. Ich habe mein Rufzeichen durchgegeben und die Kennung der Drohne, die ich steuern will, und schon ging es los." Ohne Ramstein wäre der globale Drohnenterror unmöglich, so Bryant.

Einschreiten kann die Bundesregierung nicht. "Sieht man einmal von der (theoretischen) Möglichkeit ab, den Aufenthaltsvertrag einseitig zu kündigen, so bleiben der deutschen Regierung nur politische Reaktionen wie zum Beispiel rechtlicher Protest oder bilaterale Konsultationen", heißt es 2014 in einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages.

Doch diese Einschätzung stimmt nur teilweise. Berlin könne durchaus "das Vertragsverhältnis, das den Entsendestaaten diese Grundstücke zur Verfügung stellt, aufkündigen", erklärte der Gießener Völkerrechtler Thilo Marauhn bereits 2013 dem Stern. Doch genau dies hat die Merkel-Regierung bislang erkennbar nicht einmal erwogen.

Während in Ramstein im Wesentlichen Transportflugzeuge starten, ist Spangdahlem in der Eifel die Basis für Kampfflugzeuge. Von hier flogen im Irakkrieg die gefürchteten Tarnkappenbomber F-117A ab. Später wurden A-10-Kampfstaffeln mit Bomben und Urangeschossen für den Einsatz in Afghanistan ausgerüstet.

3.500 Kilometer von Bagdad und 5.200 Kilometer von Kabul entfernt liegt im pfälzischen Landstuhl das Regional Medical Center (LRMC), mit nach eigenen Angaben 3.300 Mitarbeitern im Jahre 2013 das größte Krankenhaus der US-Armee außerhalb der Vereinigten Staaten. Dort werden Leichtverletzte gepflegt und für die Rückkehr an die Fronten des weltweiten "Kampfes gegen den Terrorismus" fit gemacht.

Der hundertjährige Krieg

In COMPACT-Spezial "USA gegen Deutschland" zeigen wir anhand zahlreicher Fakten: Unser Land gilt Uncle Sam noch immer als Feind. Mit dem Ukrainekrieg rückt neben Rußland auch Deutschland immer stärker in den Fokus der USA. Schließlich gilt unser Land als mögliches Aufmarschgebiet in einem nächsten großen Krieg. ...

Hier der vollständige Inhalt:

Die Weltkriege

Im Krieg gegen die "Hunnen"

Putzi und Adolf - Wie die USA Hitler förderten

Falscher Friedensengel Roosevelt

Das Grauen der Rheinwiesenlager

Frolleins als Freiwild

Der große Patentraub

Morgenthau Hunger-Plan

Das besetzte Land

Deutsche Kanzler als Befehlsempfänger

BRD als Militärkolonie: US-Basen in der BRD

Raptoren aus Ramstein

Drohnen aus Stuttgart (Sp06)
US-Atombombenpläne gegen DDR und BRD
US-Geheimdienstverbrechen
Operation Gladio
Rudolf Heß muß sterben
NSA und NSU
CIA und Anis Amri
Nord Stream - Erster Kriegaakt seit 1945
Wie wir souverän werden
Die Deutschlandhasser
Die alliierten Vorbehaltsrechte
Die Feindstaatenklausel der UNO
Das Geheimnis der Kanzlerakte
Deutschland am Scheideweg. Von Björn Höcke
Unsere Spezial-Ausgabe "USA gegen Deutschland. der hundertjährige Krieg" (84 Seiten) er-
scheint in Kürze ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 23. November 2022:

>>**Ami go home: Wagenknecht, Lafontaine und Elsässer**

Von *Valentina Schacht*

Querfront im Anmarsch: Sahra, Oskar und Jürgen sind sich einig: Ami go home! Der Kampf für ein freies und souveränes Deutschland hat begonnen.

Lauterbach, Tagesspiegel & Co. empören sich über unsere Dezember-Ausgabe. Hey, beruhigt Euch, noch ist die kluge Sahra nicht bei COMPACT angestellt. Nur auf dem Titelblatt. Doch das reicht schon, um bei den Politschranzen und ihren medialen Spießgesellen Schnappatmung auszulösen.

Dabei ist nicht ganz klar, ob man sich daran stößt, daß die (Noch)-Linke vom Cover des brandneuen COMPACT-Magazins grüßt. Oder ob es die Titelzeile ist, die einige so ins Schwitzen bringt: Die beste Kanzlerin! Des Pudels Kern bringt die Unterzeile zum Vorschein: Eine Kandidatin für Links und Rechts.

Offensichtlich werden ihre nationalen Überzeugungen von vielen Deutschen ebenso goutiert wie ihre klare politische Agenda gegen den Murks der Ampel-Regierung. Umfragen zeigen: Sie ist die zweitbeliebteste deutsche Politikerin und könnte mit einer eigenen Partei bis zu 30 Prozent abräumen. Zusammen mit der AfD würde das zu einer Querfront-Mehrheit reichen. Verstehen Sie jetzt die Schnappatmung von Lauterbach & Co.? Die ahnen etwas!

Eines scheint auf jeden Fall sicher: Würde der Bundeskanzler direkt gewählt, wäre Sahra Wagenknecht - aktuelles Buch: "Die Selbstgerechten"; eine Abrechnung mit den woken Neu-Linken) - morgen Kanzlerin. ...

Statt Atomkrieg: Ami go home!

Sahra Wagenknecht forderte schon vor einigen Jahren die Auflösung der NATO. Auch sie weiß: Ein Atomschlag auf deutschem Boden ist nur möglich, weil die US-Truppen hier stationiert sind und ihre Atomwaffen bei uns gen Osten gerichtet haben. Mit dieser atomaren Erpressung muß Schluß sein! Ami go home!

Das erkennen immer mehr wackere Patrioten in unserem Land. So findet in wenigen Tagen die erste bundesweite Demo gegen die US-Besatzer statt: Am 26. November in Leipzig (15.30 Uhr direkt vor dem US-Generalkonsulat am Simsonplatz) ist es soweit.

Organisiert wird das ganze von einem breiten Bündnis mitteldeutscher Bürgerinitiativen - und COMPACT hat den Anstoß gegeben. Unter anderem wird auch Jürgen Elsässer dort sprechen. Wir haben ein Demo-Paket aufgelegt, mit dem Sie Ihre Mitbürger sensibilisieren und mobilisieren können. Das Material eignet sich aber auch für spätere Demos. Besonders beliebt ist

unsere große Fahne "Ami go home" (150 x 90 cm), die Teil des Pakets ist.

Frech wie Oskar

Zur Untermauerung der Forderung nach Abzug fremder Truppen empfehlen wir die aktuellen Bücher "Ami, it's time to go" von Oskar Lafontaine und "Ami, go home" des langjährigen Chefredakteurs der Wirtschaftswoche, Stefan Baron. Und natürlich Sahra Wagenknechts Bestseller "Die Selbstgerechten": Die Abrechnung der Politikerin mit dem Woke-Wahnsinn der Latte-Macchiato-Linken ist überaus lesenswert ...

Lafontaine schreibt in "Ami, it's time to go":

"Daß Deutschland kein souveränes Land ist, wurde wieder deutlich, als US-Kriegsminister Lloyd Austin in Ramstein zu einer Konferenz einlud, in der die Vasallenstaaten ihren Beitrag zum Ukraine-Krieg liefern mußten. Selbstverständlich beanspruchen die USA auch die Entscheidung darüber, ob ein Land wie Deutschland eine Energieversorgungsleitung wie Nord Stream 2 in Betrieb nehmen darf."

Und weiter:

"Ami go home! müßte das Motto der deutschen Politik sein, nachdem immer klarer wird, daß die mächtigste Militärmacht der Welt in zunehmenden Maße das Völkerrecht mißachtet und die ganze Welt terrorisiert."

Der Krieg der USA gegen Deutschland

Doch warum eigentlich "Ami go home"? Weil wir ein freies und souveränes Deutschland anstreben. Daß wir dazu erst einmal die Besatzer loswerden müssen, zeigt der 100-jährige Krieg der USA gegen Deutschland. Die gesamte Politik der Bundesrepublik wird amerikanischen Interessen untergeordnet.

Europa war lange das Hauptkampffeld des US-Imperialismus. Der ärgste Feind dort: Deutschland. Daß auch nach dem letzten Krieg Deutschland eher als Feind gesehen wird, läßt sich anhand zahlreicher Fakten beweisen. Mit dem Ukrainekrieg rückt neben Rußland auch wieder Deutschland immer stärker in den Fokus der USA. Schließlich gilt unser Land als mögliches Aufmarschgebiet in einem nächsten großen Krieg. Der rückt immer näher. Mit Riesenschritten. ... Sie werden erstaunt sein, auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln Uncle Sam in die Knie zwang - und immer noch zwingt. Damit muß endlich Schluß sein! ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 23. November 2022:

>>Verschwulte DFB-Auswahl verliert gegen Japan

Ideologie schießt keine Tore. Diese Erfahrung mußte Hansi Flicks Elf heute machen. Echten deutschen Fußball gibt es hier.

Der Kummer über die Niederlage Deutschlands gegen Japan wird sich auch bei vielen heimischen Fußballfans in Grenzen halten. Offensichtlich war die "Haltung" vor dem Spiel in Sachen "Zeichen setzen" gekonnter als auf dem Spielfeld.

Und nachdem es beim Fußballspiel bekanntlich auf das Balltreten ankommt und nicht auf das Verbreiten zeitgeistkonformer Frohbotschaften war die Niederlage mehr als verdient. Statt mundzuhaltende Spinner ... schauen sie jetzt aus wie ein verschossener Elfmeter.

Zum Spiel selbst ist nur so viel zuzusagen, daß die Japaner nach der glücklichen Führung Deutschland durch einen Elfmeter in der 2. Halbzeit sich vermehrt getrauten in die Offensive zu gehen und gute Möglichkeiten herausarbeiten konnten.

In der 75. Minute ist es Ritsu Doan vom SC Freiburg, der nach einem Abpraller blitzschnell reagiert und zum 1:1 ausgleicht. In Minute 83. erzielt Bochums Takuma Asano aus spitzem Winkel das 2:1 für den beherzt spielenden Außenseiter. Und diese verdiente Führung gegen die Zeichensetzer verteidigt Japan auch in der siebenminütigen Nachspielzeit und schafft die Sensation.

Schon zuvor hatte sich gezeigt: Das Bedürfnis "fortschrittlicher" Kreise, den Gastgeber der Fußball-WM pausenlos zu provozieren, nimmt inzwischen pathologische Züge an. Man will

offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen, daß islamische Länder zur Homosexualität und "Buntheit" einen anderen Zugang haben als wir.

Das gilt es aus unserer Sicht offensichtlich zu "reparieren". Daß wir uns dabei außerhalb dekadenter westlicher Länder weltweit zum Gespött machen, interessiert die volkspädagogischen Umerzieher hierzulande nicht.

Nach dem Verbot der FIFA während der WM unsere "bunten" Wertvorstellungen in Form von Armbinden zu propagieren, setzt man nun andere "Zeichen":

Nach Wirbel um "One Love-Binde" wärmt sich die DFB-Elf in Shirts mit Regenbogenstreifen auf und hält sich bei Mannschaftsfoto demonstrativ den Mund zu.

Bleibt zu hoffen, daß am Fußballfeld die Manndeckung ebenso gut funktioniert wie im Schlafzimmer ...

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von "Unser Mitteleuropa" übernommen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. November 2022:

>>Ewiges Opfer Polen? Erfahren Sie die ganze Wahrheit!

Von Daniell Pföhringer

Polen will Deutschland wegen der Kriegsschäden von 1939 bis 1945 zur Kasse bitten. Doch diese Rechnung geht nicht auf. Mit unserer demnächst erscheinenden Sonderausgabe "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung" zeigen wir, warum die Reparationsforderungen keine Grundlage haben. Lesen Sie, was Polens Regierung verschweigt und Berlin nicht zu sagen wagt.

Am 3. Oktober, also aus reiner Provokation genau am Tag der Deutschen Einheit, hat die Regierung in Warschau per diplomatischer Note offiziell ihre Rechnung präsentiert: Man verlangt von Deutschland Reparationszahlungen in Höhe von 1,3 Billionen - eine astronomische Summe, die den Bundeshaushalt um ein Vielfaches übersteigt.

Vollkommen unberücksichtigt bleibt dabei, daß sich Polen nach dem Zweiten Weltkrieg bereits ein Fünftel des deutschen Reichsgebietes von 1937 einverleibt hat, darunter nicht nur die Seen und Wälder des südlichen Ostpreußens, die großen landwirtschaftlichen Güter in Pommern, sondern auch die bedeutenden Kohle- und Industrieviertel in Oberschlesien. Im Gutachten der polnischen Regierung taucht das alles nicht auf.

In der Folge zweier Weltkriege verlor Deutschland ein Fünftel seines Staatsgebiets. Allein zwischen 1944/55 und 1950 wurden 14 Millionen Menschen heimatlos, zwei Millionen kamen dabei ums Leben.

Der Bundesregierung stünde es gut zu Gesicht, Gegenargumente - auch mit Blick auf die deutsch-polnische Geschichte seit Beginn des letzten Jahrhunderts - zu sammeln, um den Forderungen aus Warschau den Wind aus den Segeln zu nehmen und bei einer möglichen Klage vor einem internationalen Gericht eine andere Rechnung präsentieren zu können. So eindeutig, wie es Polen darstellt, ist das Täter-Opfer-Verhältnis zwischen den beiden Völkern nämlich nicht.

Polnische Verbrechen an Deutschen

Dazu ist Berlin aber zu feige - und zu sehr dem Schuld kult verhaftet. Doch die mageren Verweise auf die polnische Verzichtserklärung und den Zwei-plus-vier-Vertrag reichen nicht, um den maßlosen Forderungen entgegenzutreten. Die passende Antwort an Warschau bleibt aus.

Wieder einmal muß COMPACT in die Bresche springen. Wir schreiben, was Polen verschweigt und Berlin nicht zu sagen wagt.

In unserer gerade erschienenen COMPACT-Geschichte Nr. 17 "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung" setzen wir einseitigen Schuldzuschreibungen die ganze Wahrheit entgegen - und dokumentieren, wie Deutsche nicht erst ab 1944, sondern schon nach dem Ersten Weltkrieg in den damals Polen zugeschlagenen Gebie-

ten drangsaliert und ermordet wurden.

Doch nicht nur das. Lesen Sie in unserer , wie der polnische Chauvinismus, der sich nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen die Sowjetunion richtete, in den Folgejahren rasant anwuchs - und einen nicht unerheblichen Anteil am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte. Und erfahren Sie, wie 14 Millionen Deutsche ab Winter 1944/45 gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben oder qualvoll in Todeslagern wie Lamsdorf, Jaworzno und Schwientochlowitz gefoltert und ermordet wurden.

Was Warschau verschweigt und Berlin nicht zu sagen wagt

Wir schweigen nicht, wir buckeln nicht, sondern präsentieren Fakten, die man der Öffentlichkeit bewußt vorenthält, weil für Bundesregierung und Mainstream-Medien das Dogma der Alleinschuld als unantastbar gilt. Doch COMPACT zieht sich kein Büßergewand an - für uns ist der Fahrkartenschalter nach Canossa geschlossen! Wir treten für die Wahrheit und für deutsche Interessen ein!

Diese Sonderausgabe kommt deswegen genau zur rechten Zeit! Nachfolgend das vollständige Inhaltsverzeichnis unserer neuen Geschichtsausgabe "Polens verschwiegene Schuld":

Die Reparations-Bombe

Die Schatten der Vergangenheit: Polens Forderungen und der deutsche Schuld kult

Die unersättliche Nation / 1916-1921

Polens Geburtshelfer: Deutschland und Österreich

Kampf um deutsches Land: Posen, Westpreußen und Oberschlesien

In Warschaus Würgegriff: Das Schicksal der Freien Stadt Danzig

Deutsche hinter Stacheldraht: Tod in polnischen Internierungslagern

Polens Drang nach Osten: Pilsudskis Krieg gegen die Sowjetunion

Polens Weg in den Krieg / 1930-1939

Säbelrasseln aus Warschau: Polens Kriegspläne gegen Deutschland

Terror gegen Minderheiten: Haß gegen Deutsche, Juden und Ukrainer

Ziemlich beste Freunde: Polens Schutzmächte England und Frankreich

Die Lunte am Pulverfaß: Berlin und Warschau auf Konfrontationskurs

Brennpunkt Danzig: Polens Anteil am Kriegsausbruch

Der Bromberger Blutsonntag: Grausame Rache an Deutschen

Flucht, Vertreibung und Mord / 1944-1950

Das Jahrhundert-Verbrechen: Flucht und Vertreibung aus den Ostgebieten

Warschaus Gulag für Deutsche: Schwientochlowitz und andere Lager

Die Hölle von Lamsdorf: Polens schlimmstes KZ

Griff nach den Ostgebieten / 1945-1990

Verlorenes Land: Kampf um die Oder-Neiße-Linie

Der doppelte Kniefall: Brandt und der Warschauer Vertrag

Zwei plus vier gleich eins: Wie der Verzicht besiegelt wurde ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. November 2022:

>>Von 1914 bis heute: Krieg der USA gegen Deutschland

Von *Jürgen Elsässer*

Dies ist die Geschichte eines Vernichtungskampfes, der schon über 100 Jahre dauert: : Wie der angebliche Große Bruder den kleinen nicht beschützt, sondern erdrückt und erdrosselt. Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg mit Besatzungsherrschaft - und jetzt auf dem Weg zum Dritten Weltkrieg. Die Sprengung der Nord Stream-Pipelines war der erste kriegerische Akt gegen unser Land seit dem 8. Mai 1945. COMPACT ist der Chronist dieser

Angriffe auf unsere Freiheit. In unserer neuen Spezial-Ausgabe "USA gegen Deutschland. Der hundertjährige Krieg" liefern wir die Argumente für die Forderung "Ami go home".

Viele werden einwenden: Aber haben uns die USA nicht befreit und beschützt? Wir decken in COMPACT-Spezial auf, was US-Politiker selbst dazu gesagt haben: "Wir müssen mit Deutschland hart umgehen, und ich meine dabei das deutsche Volk, nicht nur die Nazis." (US-Präsident Franklin D. Roosevelt im Gespräch mit seinem Finanzminister Henry Morgenthau, 9.8.1944) Der Grund für den Zweiten Weltkrieg war nicht die Befreiung.

Vielmehr: "Die Welt-Finanzmächte in New York, London und Paris wollten in erster Linie den Zweiten Weltkrieg dazu nutzen, Hitlers schnell wachsendes Tauschhandelssystem für den Welthandel abzudrosseln." (Curtis B. Dall, US-Publizist und Schwiegersohn Franklin D. Roosevelts)

Nach 1945 kam ein Besatzungskind zur Welt - die BRD. Wir sollten fremdbestimmt bleiben. "Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten." (Abgeordneter Carlo Schmid (SPD), Mitglied des Parlamentarischen Rates, zur Schaffung des Grundgesetzes, 8. September 1948). Das war auch den westdeutschen Mitmachern klar: "Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben den Auftrag von den Alliierten." (Konrad Adenauer, 1949) Oder: "Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten." (Ex-Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, CDU, Spiegel, 21.5.1958)

Die zaghaften Versuche der Kanzler Brandt, Schmidt und Schröder, die US-Besatzung zurückzudrängen, machte die Rautenfrau zur Makulatur: "Angela Merkel agiert wie eine echte europäische Politikerin, anstatt enge deutsche Interessen zu verfolgen. Sie versteht die echte Gefahr, die von Putins Politik ausgeht. ... Ohne Merkel gäbe es keine Rußland-Sanktionen." (US-Investor George Soros, Frankfurter Rundschau, 4.4.2015) ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. November 2022:

>>**Endlich: Frauenquote für das Bundesverdienstkreuz**

Von *Karel Meissner*

Das Bundespräsidialamt stellte mit Entsetzen fest, daß bislang nur ein Drittel der höchsten Auszeichnung an Frauen vergeben wurde. Deshalb schickt Steinmeier die Bürger auf Kandidatinnen-Suche. Auch ohne Quote spitze und preisverdächtig: Sahra Wagenknecht. Ihr aktuelles Buch "Die Selbstgerechten" gibt es nun als günstige Taschenbuch-Ausgabe.

Wer das Bundesverdienstkreuz erhält, befindet sich in fragwürdiger Gesellschaft. Neben wenigen Trägern, die tatsächlich Verdienstvolles vollbracht haben, finden sich reichlich Unverdiente, schlimmer noch: Hetzer, Finanzhaie und Erfinder einer Gen-Impfbrühe.

Im vergangenen Jahr sollte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zwei Theaterintendanten die höchste Auszeichnung der Republik anheften, als sich herausstellte: einer der beiden hat Kontakt zu den Querdenkern. Aberkennung in letzter Sekunde. Mit dieser Auszeichnung feiert das Establishment sich selbst und seinesgleichen.

Natürlich kann diese Top-Auszeichnung nicht von der Frauenquote verschont bleiben. Okay, die Umbenennung in Bundesverdienstkreuz*in hat noch keiner verlangt. Statt dessen aber schockte die Feststellung, daß bislang nur ein Drittel der Orden (made in China!) an Frauen vergeben wurde, wie das Bundespräsidialamt wissen ließ.

Selbst Steinmeier zeigt sich geschockt:

"Frauen leisten Großes in unserer Gesellschaft. Ob in Vereinen, Unternehmen, an Universitäten oder in der Kultur - Frauen sorgen für Zusammenhalt, Menschlichkeit, Fortschritt und Kreativität. Dafür gebührt ihnen unser Dank, aber auch mehr sichtbare Anerkennung."

Wer aber die Quote erfüllen will, muß auch entsprechend viele Kandidatinnen aufreiben. Ein Job, den Steinmeier der Bevölkerung zuweist. Alle Bürger sollen die Frauen aus ihrer Umgebung - diesmal im positiven Sinne - bespitzeln:

"Schauen Sie sich um, in Ihrer Nachbarschaft, in Ihrer Freizeit, bei Ihren Kolleginnen. Der Verdienstorden lebt von den Vorschlägen, die ich von Ihnen für die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes bekomme. Die Auszeichnung ist ein Weg, um herausragende Leistung für unser Gemeinwesen zu würdigen. Und es ist ein Weg, um mehr Frauen die Anerkennung zukommen zu lassen, die sie verdienen."

Sollten sich nicht genug Frauen finden, können Sie ja einen Mann nehmen. Der muß sich dann nur selbst als Frau definieren. Dem wagt niemand zu widersprechen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 28. November 2022:

>>"**Vasall der USA**" - Rede eines Thüringer Patrioten

Die Bundesrepublik Deutschland darf nicht länger als Vasall des US-Imperiums agieren - das war der Tenor auf der "Ami Go Home-Kundgebung" in Leipzig vom vergangenen Samstag. Im Anschluß dokumentieren wir die Rede eines Thüringer Patrioten. ...

"Herzliche Grüße aus Thüringen an alle freiheitlichen und selbstbestimmten Menschen heute hier in Leipzig! Seit Monaten fordern die Menschen Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung auf den Straßen und Plätzen unseres Landes.

Staatliche Souveränität wird es für unser Land jedoch erst geben, wenn die Truppen der westlichen Alliierten unser Land verlassen - denn unser Land ist ein besetztes Land! Das haben wir heute hier in Leipzig eindrucksvoll erklärt.

"**Über 800.000 deutsche Opfer**"

Neben der Besetzung unseres Landes durch ausländische Truppen und der Bürde der gewaltigen Kosten dieser Besetzung, welche unser Volk zu tragen hat, werden weitere Aspekte der Besetzung unseres Landes kaum thematisiert. Die Besetzung unseres Landes begann im Westen Deutschlands mit einem der größten Kriegsverbrechen. Einem Kriegsverbrechen, welches erst mit dem Ende des Krieges im Frühjahr 1945 begann und im Herbst 1945 endete.

Ein Kriegsverbrechen, welches über 800.000 deutsche Opfer forderte - das Kriegsverbrechen der Rheinwiesenslager, in welchen tausende, zum Teil minderjährige deutsche Kriegsgefangene infolge unmenschlicher Lagerbedingungen verhungerten, erfroren, an Krankheiten starben oder getötet wurden.

Dieses bis heute nicht aufgearbeitete Kriegsverbrechen war auch der Beginn eines Zerstörungswerkes gegen unser Land und gegen unser Volk, das heute in allen Lebensbereichen zu erkennen ist. Die Bletchley-Park-Doktrin der Westalliierten ist das Drehbuch der Zerstörung unserer Kultur, unserer Bildung, unserer Familien, unserer Wirtschaft, unserer Umwelt und auch unserer Sprache.

"Die Bletchley-Park-Doktrin: Eine Kampfansage an Deutschland"

Die Bletchley-Park-Doktrin der Westalliierten ebnete den Weg zur Auslöschung des Geistes von Goethe und Schiller, den Idealen der Aufklärung und der geistigen Schöpferkraft unseres Volkes. In Bletchley-Park wurde der Schuldskult und der deutsche Selbsthaß konstruiert. Bletchley-Park war und ist eine Kampfansage an das Deutsch-Sein der Menschen in unserem Land und an unsere deutsche Seele.

Die Bletchley-Park-Doktrin der Westalliierten manipulierte mit Täuschung und Lüge unsere Geschichte, unsere Wissenschaft unsere Medien - ja, das gesamte Leben der Menschen in den westlichen Besatzungszonen.

Mit amerikanischer Musik, amerikanischem Essen, amerikanischer Unterhaltung, amerikanischer Mode und amerikanischer Sprachpansung wurden die Deutschen in den Gebieten der westalliierten Besetzung zu Amerikanern 2. Klasse.

Mit dem Fall der Mauer und den Verhandlungen zur Vereinigung der beiden deutschen Wirtschaftsgebiete unter alliierter Kontrolle wurde die große Chance zur Herstellung staatlicher Souveränität vergeben. Der Verrat der Akteure der Bonner Republik verhinderte ein geeintes und souveränes Deutschland.

"Vasall des US-Imperiums"

Die BRD breitete sich als Berliner Republik aus und vereinnahmte nach dem Abzug der russischen Truppen aus der sowjetischen Besatzungszone das Gebiet der ehemaligen DDR als Teil des westalliierten Besatzungskonstruktes und als Vasall des US-Imperiums.

Das vereinte deutsche Wirtschaftsgebiet steht heute noch immer mit einem Grundgesetz als alliierte Verwaltungsverordnung und den alliierten Vorbehaltsrechten unter der Kontrolle der Westalliierten. Ein installiertes Parteiensystem und ein politisch - medialer Komplex bestimmen das Leben der Deutschen im besetzten Land und sichern den parasitären Strukturen einen scheinbar ewigen Fortbestand.

Jahrzehnte der massiven ideologischen Beeinflussung und der alles zerstörende Zeitgeist einer globalisierten Welt haben unserem Volk zu großen Teilen den Willen zum Widerstand genommen. Doch der deutsche Geist erwacht. Jetzt sehen wir den Funken der Freiheit in den Augen der Menschen, die mit uns zusammen stehen. Auch heute Abend sehen wir es deutlich vor uns. Nicht nur hier in Leipzig - auch in vielen anderen Städten draußen im ganzen Land sehen wir das Lodern der Flamme des Widerstandes.

"Frieden und Freiheit für Deutschland"

Diese Flamme wird zum Flächenbrand. Wir stehen heute in Leipzig zusammen und fordern alle amerikanischen Soldaten in Deutschland auf: Verlaßt unser Land und geht nach Hause. Wir fordern Frieden, Freiheit und Souveränität für Deutschland!

Wir stellen uns nicht gegen das amerikanische Volk. Denn wie fast alle Völker dieser Erde erlebt auch das amerikanische Volk seit vielen Jahren einen beispiellosen Niedergang. Auch das amerikanische Volk erlebt die Ausplünderung seines Landes durch globale Machtstrukturen. Auch dort sehen wir Verarmung, Not und Elend - die einstmals große Nation stürzt im freien Fall.

Nein, wir stellen uns nicht gegen das amerikanische Volk. Wir stehen auf, um das Ende der Besetzung unseres Landes durch die Armee der USA einzufordern. Die Streitkräfte des US-Imperiums waren in den vergangenen Jahrzehnten an fast allen Kriegen beteiligt - direkt oder auch indirekt.

"Unsere Freiheit zurückgewinnen"

Die Streitkräfte des US-Imperiums haben unermeßliches Leid über viele Völker dieser Erde gebracht. Die Streitkräfte des US-Imperiums sind keine Garanten des Friedens und keine Boten der Freiheit und der Demokratie. Die Stationierung weiterer Einheiten der US-Armee in Deutschland erhöht aktuell die Kriegsgefahr für unser Land.

Und deshalb sagen wir: Geht nach Hause - verlaßt unser Land. Deutschland wird seine Freiheit zurückgewinnen, denn weil wir uns heute hier versammelt haben, ist der Drang nach Freiheit in unserem Volk noch lebendig. Unser Deutschland ist nicht verhandelbar! Deutschland war die Heimat unserer Vorfahren.

Deutschland muß als Heimat unserer Kinder erhalten bleiben. Deutschland ist unsere Heimat - unser Land - das Land der Deutschen! In unserem Deutschland sagen die Menschen von Angst und Schuld befreit - mit Stolz: Wir sind Deutsche!

Ich danke Euch!" ...<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. Dezember 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>**Betreff: Das Märchen von der Befreiung der Deutschen durch die Anglo-Amerikaner**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die vermeintliche Befreiung der Deutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Der systematisch vorbereitete Untergang Deutschlands erfolgte nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Vernichtung unseres Landes wurde von den

Siegermächten des Ersten und Zweiten Weltkrieges seit Jahrzehnten im Rahmen der sogenannten Neuen Weltordnung geplant und realisiert.

Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands, die man nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg im Jahre 1918 begonnen hatte, wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.

Die Deutschen wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten zweifelsfrei nicht befreit, sondern sie wurden in den folgenden Jahrzehnten politisch und wirtschaftlich entmündigt, konsequent ausgeplündert sowie systematisch umerzogen.

Bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vom 8./9. Mai 1945

Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst

Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht war eine rein militärische, keine politische Kapitulation. Da später kein Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Siegermächten des Zweite Weltkrieges geschlossen wurde, galten weiterhin die Vereinbarungen und Gesetze der Haager Landkriegsordnung.

Verhaftung der Dönitz-Regierung am 23. Mai 1945

Am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" durch die Siegermächte abgesetzt. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht (sog. "Dönitz-Clique") wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert.

Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945

Die Siegermächte machten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges keinen Gebrauch von ihrem Recht der vollständigen Unterwerfung des Deutschen Reiches. Gemäß Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich - in den Grenzen von 1937 - durch die Siegermächte nachweislich **völkerrechtlich nicht annektiert, sondern nur besetzt.**

Am 5. Juni 1945 übernahm der Alliierte Kontrollrat die gesamte Regierungsgewalt im Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden.

Völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung

Die alliierten Siegermächte waren nach der deutschen "militärischen Kapitulation" im Mai 1945 verpflichtet, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland bis zum Abschluß eines Friedensvertrages als oberstes Gesetz anzuwenden. Von diesem humanitären Völkerrecht konnten sich auch die westlichen alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich nicht kurzerhand einseitig verabschieden.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb über die völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (x063/463-464): >>Die Haager Landkriegsordnung baute auf der Entwicklung von Jahrzehnten auf. Die Tradition freiheitlichen Denkens und der Ritterlichkeit leben in Ihr, und in den Zivilpersonen suchte sie die Träger von Menschenrechten zu schützen. Als wichtigen Begriff führt sie das "öffentliche Gewissen" ein. ...

Die Haager Landkriegsordnung geht von der Voraussetzung aus, daß ein Land auch nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte eine Rechtspersönlichkeit bleibt. Eine bedingungslose Übergabe in dem Sinne, daß das Land an den Sieger versklavt und selbst nicht mehr Persönlichkeit wäre, ist ihr unbekannt. Daher bestimmt Artikel 43 des Abkommens, daß die Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, geachtet werden müssen.

Der Zweck der Haager Landkriegsordnung ist es auch, selbst bei Zerstörung des Staatsapparates alle Menschen der Völkergemeinschaft zu schützen; von diesem allgemeinen Völkerrecht kann kein Staat sich einseitig lossagen. ...

Die Bedeutung der Haager Landkriegsordnung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg klar herausgestellt. Das Nürnberger und andere internationale und alliierte Tribunale haben ihre Gültigkeit bestätigt, und da das Völkerrecht seiner Definition nach nur eines und unteilbar sein kann, mußte das Vertragswerk von 1899 und 1907 auch die rechtliche Grundlage für die Behandlung Deutschlands nach der militärischen Übergabe bilden. ...<<

Konferenz von Potsdam

Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keine völkerrechtlichen Verträge. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die Verhandlungsergebnisse wurden im sog. "Potsdamer Protokoll" festgehalten, das bis zum endgültigen Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit besitzen sollte.

Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14.08.1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen.

Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.

Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten damals keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren.

Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.

US-Senator Charles W. Vursell berichtete später über das Potsdamer Abkommen (x028/149): >>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - (Sie verstießen) gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die völkerrechtswidrigen Vereinbarungen und die "humane Durchführung" des Potsdamer Abkommens (x044/190-191): >>Grundlage des Kriegsrechts im Zweiten Weltkrieg war die Haager Landkriegsordnung von 1907. Diese enthält zwar kein direktes Verbot von Deportationen aus besetzten Gebieten, aber sie schränkt die Rechte einer kriegsführenden Macht im besetzten Gebiet ein, verbietet Kollektivstrafen, schützt Leben, Rechte und Eigentum der Zivilbevölkerung.

Mit anderen Worten: Eine Besatzungsmacht übt keineswegs volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, Zwangsdeportationen aus nichtmilitärischen Gründen, die sie trotzdem vornimmt, sind folglich völkerrechtswidrig.

... Grundsätzlich ist kein Staat verpflichtet, seine Grenzen für unerwünschte Einwanderer zu

öffnen. Ausweisungen, die so vor sich gehen, daß die Ausgewiesenen kurzerhand und ungefragt über die nächste Grenze abgeschoben werden, sind deshalb allemal völkerrechtswidrig. ... Menschen in den sicheren Tod durch Hunger, Erschöpfung oder Kälte zu deportieren, kann niemals legal sein, sondern ist Massen- bzw. Völkermord, ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit". ...<<

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ost-Mitteleuropa

Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber viele hilflose Ost- und Volksdeutsche hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt.

Bei der Vertreibung von mehr als 14 Millionen Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, wobei mindestens zwei Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

US-Besatzungspolitik

Nachdem die Siegermächte die uneingeschränkte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt in den Besatzungszonen übernommen hatten, waren die hoffnungslos erschütterten Deutschen den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und mußten die drakonischen Maßnahmen, Willkürakte und Schikanen der Besatzer über sich ergehen lassen. Die nordamerikanischen Befehlshaber hätten nur eingzugreifen, wenn Hungersnöte, Seuchen oder Revolten die Besatzungstruppen direkt gefährdeten.

General Eisenhower (Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen) erhielt am 26. April 1945 die "Weisung JCS 1067", die am 14.05.1945 fast unverändert von US-Präsident Truman genehmigt wurde.

Der Grundsatz der Direktive JCS 1067, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb, lautete wie folgt (x156/30): >>1. Zweck und Umfang dieser Direktive ...

Teil I Allgemeine und politische Angelegenheiten

... 4. Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland

a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.

b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit den deutschen Beamten und der Bevölkerung werden sie streng unterbinden.

c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. Wichtig Schritte zur Erreichung dieses Zieles sind die Ausschaltung des Nazismus und des Militarismus in jeder Form, die sofortige Verhaftung der Kriegsverbrecher zum Zwecke der Bestrafung, die industrielle Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands mit langfristiger Kontrolle des deutschen Kriegspotentials und die Vorbereitungen zu einem späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage.

d) Andere alliierte Ziele sind die Durchführung des Reparations- und Rückerstattungsprogramms, Nothilfe für die durch den Naziangriff verwüsteten Länder und die Betreuung und Rückführung der Kriegsgefangenen und Verschleppten der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. ...<<

US-General Lucius D. Clay schrieb später über die berüchtigte Geheimdirektive JCS 1067 (x114/2.103): >>JCS 1067 ließ der Militärregierung nur begrenzte Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die deutsche Wirtschaft irgendwie wieder herzu-

stellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur die höchstmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. ...

(Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen "Karthago-Frieden" zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.<<

Ziele der anglo-amerikanischen Siegermächte in Westberlin und Westdeutschland

Den Alliierten ging es nie um die Befreiung der Deutschen, sondern den alliierten Siegermächten ging es vor allem um Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und um die sogenannte Demokratisierung (Gleichschaltung der Meinung, des Bildungswesens, der Presse, des Rundfunks etc.).

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen nach der Gesamtkapitulation im Mai 1945

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft. Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden später durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Während der jahrelangen schweren Zwangsarbeit ging ein großer Teil der Kriegsgefangenen an Entkräftung, Krankheit und Hunger zugrunde.

Falls die deutschen Kriegsgefangenen die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück. Mindestens 1.577.000 deutsche Kriegsgefangene gingen während der jahrelangen Zwangsarbeit ("Wiederaufbauarbeit") zugrunde (x026/45).

Das US-Außenministerium teilte dem Schweizer Gesandten am 8. Mai 1945 in Washington mit, daß seine Regierung als Schutzmacht entlassen worden sei und verweigerte dem Internationalen Roten Kreuz die Erlaubnis, nordamerikanische Kriegsgefangenenlager zu betreten (x131/83).

Während US-General John Lee am 2. Juni 1945 erklärte, daß sich in den Lagern der US-Army **3.878.537** deutsche Kriegsgefangene aufhalten würden, meldete das Oberkommando aller Alliierten-Armeen in Europa eigenartigerweise am selben Tag nur **2.927.614** inhaftierte deutsche Kriegsgefangene (x131/67). Später behauptete das US-Oberkommando, daß man die Differenz von rd. 951.000 deutschen Kriegsgefangenen an die Russen ausgeliefert hätte. Durch diesen perfiden Trick konnte man die Todeszahlen in den US-Kriegsgefangenenlagern gezielt manipulieren.

Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/11-12): >>... Viele Lügen sind in dichten Schichten über die Wahrheit gepackt worden.

Außer jedem Zweifel steht, daß vom April 1945 an Männer in enormer Zahl sowie etliche Frauen, Kinder und alte Leute in den amerikanischen und französischen Lagern in Deutschland und Frankreich an klima- und witterungsbedingten Krankheiten, an den Folgen unzureichender Hygiene, an Krankheit und Hunger gestorben sind. Die Zahl der Opfer liegt zweifellos bei mehr als 800.000, beinahe mit Sicherheit bei mehr als 900.000 und durchaus wahrscheinlich bei mehr als einer Million. ...

Kanada und Großbritannien, die verbündeten Frankreichs und der USA, brachten unter demselben Oberkommando ... ebenfalls Millionen von Gefangenen ein, ... aber es gibt so gut wie kein Zeichen für ähnliche Greuel. ...<<

Aufgrund der Haager Landkriegsordnung waren die nicht selten katastrophalen Lebensbedingungen in den osteuropäischen, nordamerikanischen und französischen Kriegsgefangenenlagern und die Zwangsarbeit (Sühneleistung bzw. Wiedereinführung der "Sklaverei") von Millionen deutschen Kriegsgefangenen, von denen die letzten Überlebenden erst zehn Jahre nach

Kriegsende zurückkehrten, zweifelsfrei völkerrechtswidrig.

Die Zwangsdeportationen von deutschen Kriegsgefangenen und Zivilisten verstießen eindeutig gegen die verbindlichen Völkerrechtsnormen der Haager Landkriegsordnung, denn Deportationen (Zwangsverschickungen von Menschen in Gebiete außerhalb des angestammten Siedlungsgebietes durch den eigenen Staat oder eine Besatzungsmacht) waren schon damals nur als "ordnungsmäßige Kriminalstrafe" und unter menschenwürdigen Umständen zulässig (x051/111, x077/39).

Da diese Kriegsverbrechen nicht kraft Verjährung enden, sind diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu untersuchen und die Verantwortlichen für ihr völkerrechtswidriges Handeln zur Rechenschaft zu ziehen.

Hungerpolitik

US-General Clay erklärte am 15. Mai 1945 während einer Pressekonferenz, daß es die erste Aufgabe sei, die deutschen Kriegsverbrecher einer gerechten Aburteilung zuzuführen und daß man die Lebensmittelversorgung für Deutschland zunächst sehr verknappen würde.

Damit man die angestrebten Hauptziele Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung bzw. Umerziehung ungestört realisieren konnte, führten die alliierten Siegermächte und ihre osteuropäischen Verbündeten nach dem Kriegsende 1945 spezielle Maßnahmen durch, um die Deutschen konsequent auszuhungern.

In jener Zeit kamen zusätzlich Millionen von geflüchteten und vertriebenen Ost- und Volksdeutschen in das zerstörte Restdeutschland, in dem sich außerdem noch mehrere Millionen ehemalige ausländische Zwangsarbeiter sowie Kriegsgefangene aufhielten und ungezählte Ausgebombte und Evakuierte nach Unterkünften suchten.

Die Abtrennung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete Ostdeutschlands, die jahrelange Versklavung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, die gewaltsame Umsiedlung von mehr als 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in das verwüstete Restdeutschland sowie die Verhinderung von westeuropäischen Hilfslieferungen mußten zwangsläufig zu humanitären Katastrophen führen.

Die Lebensverhältnisse der Nachkriegszeit waren nicht nur in Ostdeutschland katastrophal, sondern auch in Mittel- und Westdeutschland herrschten chaotische Lebensbedingungen. Vor allem für die nach Westen geflüchteten oder vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen begann damals ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben, um dem Hunger- oder Kältetod zu entgehen.

In San Francisco unterzeichneten 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen. Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden (x024/344).

Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer schrieb am 5. Juli 1945 (11x095/18-20):
>>Ich sehe die Entwicklung in Deutschland mit steigender Sorge. ...

Ich befürchte, daß diesen Winter in Deutschland Millionen Menschen an Hunger und Kälte sterben werden. Hungerödeme als Todesursache sind schon jetzt nicht selten. ...<<

Dr. Kurt Schumacher, von 1946-52 SPD-Vorsitzender, erklärte am 12. Januar 1947 während einer Rede im Münchener Zirkus Krone, daß seit der Besetzung Deutschlands ein "Dauerzustand von Unehre, Hunger und geistiger Sklaverei" herrschen würde (x111/273).

Der CDU-Politiker Konrad Adenauer schrieb am 18. Januar 1947 an den ehemaligen Reichsinnenminister Wilhelm Sollmann (x111/275): >>... Die Befreiung ist eine grausame und harte Enttäuschung. Wenn nicht ein Wunder geschieht, geht das deutsche Volk zugrunde, langsam aber sicher! ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. August 2008 über die die deutschen Kriegs- und Nachkriegsverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...): >>**Klassiker aktualisiert**

... Nawratil zählt **8,8 Millionen Nachkriegstote**, davon 4,0 Millionen Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Millionen Opfer der Vertreibungen, 1,6 Millionen tote Kriegsgefangene, 0,3 Millionen Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Millionen Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland.

Zum Vergleich stellt er daneben: **Krieg und Diktatur verursachten 5,1 Millionen Opfer**, davon etwa 4,25 Millionen Militärverluste, etwa 0,6 Millionen Bombenopfer, 0,17 Millionen deutsche Juden, 0,125 Millionen sonstige KZ-Opfer und 0,1 Millionen Euthanasieopfer. ...<< Bei der völkerrechtswidrigen "Hungerpolitik" in den deutschen Besatzungszonen handelte es sich eindeutig um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die völkerrechtswidrigen Handlungen in den westdeutschen Besatzungszonen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den Westalliierten nicht zu stören oder zu gefährden.

Demokratisierung bzw. Umerziehung

Nach der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 begann nicht nur die Entmündigung der Deutschen, sondern die Siegermächte leiteten außerdem umgehend die "demokratische Erziehung" und Umerziehung der Deutschen ein. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland vor allem die 68er Bewegung. Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte seit den 1980er Jahren konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um.

US-Strategie der Spaltung Eurasiens

US-Außenminister George C. Marshall stellte am 5. Juni 1947 das US-Hilfsprogramm für Europa vor. Der Marshall-Plan sollte in erster Linie eine mögliche wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Westdeutschland verhindern und langfristig ausschließen.

Der US-Bankier Owen Young (1874-1962) begrüßte am 12. September 1947 den Marshall-Plan, um weitere kommunistische Expansionen zu verhindern (x111/367): >>... (und) daß der westliche Teil Deutschlands kommunistisch und von Rußland vereinnahmt wird.

Wenn Rußland seine momentanen riesigen Ressourcen an Rohmaterialien und Arbeitskraft mit den schöpferischen, produktiven und organisatorischen Fähigkeiten der Deutschen verbinden könnte, würde es in kurzer Zeit zur mächtigsten Nation der Welt.

Das ziemlich wahrscheinliche Ergebnis davon wäre, daß das gesamte Westeuropa zur Annahme eines kommunistischen Programms gezwungen wäre. Die USA stünden dann einer Bedrohung gegenüber, die die Bedrohung durch Hitler als Kinderspiel erscheinen ließe.<<

James P. Warburg (Berater der US-Militärregierung in Deutschland) begründete damals die damalige US-Außenpolitik wie folgt (x156/40-41): >>... Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb im Jahre 1996 über den Marshall-Plan (x068/275-277): >>... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mittel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.

Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis – zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).

Außenminister Marshall hatte den Plan erstmals am 5. Juni 1947 in einer Rede an der Harvard University vorgeschlagen, und am 3. April 1948 trat die Wirtschaftshilfe in Kraft, zunächst allerdings nur für die westeuropäischen Staaten. Seit 1950 wurde jedoch auch Westdeutschland einbezogen. Bald nämlich wandte sich Amerikas große Liebe dem ehemaligen Erzfeind zu. Die Deutschen konnten, zur Verzweiflung getrieben, den Sowjets in die Arme fallen und dann mit ihnen gemeinsam den Westen tödlich bedrohen. ...

Waren die Russen Feinde, mußten die Deutschen Freunde werden. Und mit den Deutschen brauchte man weitere europäische Länder, am besten ganz Europa. Ganz Europa eine Abwehrfront, eine Aufmarschbasis. Auf jeden Fall aber ganz Europa ein Absatzmarkt für US-Produkte, ein Absatzmarkt, größer als der eigene daheim. Über England drang man vor - das Trojanische Pferd der Überseeler, denen ja auch ein großer Teil des englischen Kapitals gehörte. Aber das konnte und sollte überall in Europa, in Westeuropa, so werden. ...

Für den US-Senator Arthur H. Vandenberg trug die Marshall-Plan-Hilfe – "durchaus der harten Wahrheit Rechnung – ob wir sie mögen oder nicht -, daß die Eigeninteressen der USA, unsere nationale Wirtschaft und unsere nationale Sicherheit mit diesen Zielen untrennbar verbunden sind".

Man beachte die Reihenfolge: die Wirtschaft kommt zuerst (die Sicherheit dient eigentlich nur dem Geschäft). Auch in der Präambel des Plans stand schon, daß er "Macht und Stabilität" der USA auf westdeutschem Boden sichern sollte. Für Deutschlands Spaltung, seine Wiederaufrüstung, für die eventuelle Reservierung als Schlachtfeld segneten die Sieger die Besiegten, zogen sie sich heran, was sie brauchten. Und wenn kein riesiges Schlachtfeld, so jedenfalls ein riesiger Marktplatz.

"Wir brauchen große Märkte, auf denen wir verkaufen und kaufen können", bekannte der stellvertretende amerikanische Wirtschaftsminister Will Clayton, der auch privat als Geschäftsmann dabei seine Geschäftchen machen konnte. Denn schließlich treibt ein US-Amerikaner die Politik des Geschäftes wegen und nicht umgekehrt. ...

Die deutschen Michels aber, als ausgehungertes Konsumgut, als potentielles Kanonenfutter eingekauft, bekamen in Erinnerung daran Jahrzehnte später noch glänzende Augen. Seinerzeit ... schien es ihnen, als hätten sie das Heil der Welt geschaut. Und den Allerklügsten scheint es noch heute so. Wie sie vordem für Hitler waren, so nun für die neuen Herren. Und wie sie einst für jenen starben, millionenweise, so sind sie seitdem präpariert, für diese zu krepieren; dort für Arbeit und Brot, Blut und Boden, Kraft durch Freude, da für Kleider, Konserven, Mais und Trockenmilch - von der doch selbst ihre jetzige Nummer eins (viele meinen, gar noch eine Nummer davor) gezehrt. ...

Der italienische Sozialist Pietro Nenni nannte den Marshall-Plan "ein ökonomisches Instrument der Truman-Doktrin und der Wallstreet-Politik". Der russische Außenminister Molotow geißelte ihn als imperialistische Verschwörung zur Versklavung Europas, was etwa auf dasselbe hinauslief. Jedenfalls sollte er alle europäischen Staaten umfassen, hätten die USA ihre Hilfe doch am liebsten auf ganz Europa ausgedehnt, vorerst. Aber nur 16 Staaten konnten zugreifen und wurden eher mehr als minder amerikanisiert. ...<<

Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtete später (im Jahre 2015) über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ...

Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer ein-

zigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<

Ruhrstatut

Am 23. April 1948 gründete man in New York das "American Committee for a United Europe" (ACUE). Diese überwiegend vom CIA finanzierte Organisation förderte und unterstützte in erster Linie die Gründung einer allgemeinen europäischen Union und die Bildung eines europäischen Einheitsstaates, um Deutschland heimlich auszuplündern und letzten Endes vollständig zu ruinieren und aufzulösen.

Herbert Ludwig berichtete später (am 24. Oktober 2017) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Bewegung (x977/...): >>Der Heilige Stuhl und der "Kreißaal der EU"

Eine wesentliche Entwicklungslinie, die zum Beginn und zur weiteren Förderung geführt hat, zieht sich von Richard Graf Coudenhove-Kalergi, Winston Churchill und dem US-Geheimdienst über das "American Committee for a United Europe" (ACUE), zur "Europäischen Bewegung", der "Union Europäischer Föderalisten" (UEF) und den "Europarat".

Diese weitgehend vom CIA mitfinanzierten hauptsächlichsten Organisationen bilden den Humus, welche die heute bis zur EU entwickelte Brüsseler Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben.

Zentrales Motiv der angloamerikanischen Förderung eines europäischen Staates ist es, eine Entwicklung Deutschlands als unabhängige, selbständige Nation für die Zukunft auszuschließen. Dies ergibt sich schon aus einem Papier des amerikanischen Außenministeriums vom Februar 1949, in dem es hieß, daß die Besatzungsherrschaft nur aufgelöst werden sollte, wenn *"ein angemessener Rahmen einer allgemeinen europäischen Union, in die Deutschland absorbiert werden kann"*, existiere. ...<<

Die Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) endete mit der Empfehlung, eine internationale Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu errichten.

Während der Zonenkonferenz in Minden kritisierte Konrad Adenauer am 10. Juli 1948 das Londoner Abkommen (x112/548): >>... Das Londoner Abkommen ist gegenüber dem Versailler Vertrag viel, viel härter und schwerer.

Eine solche wirtschaftliche Annektion ist noch schlimmer als eine politische Annektion. ...<<

Am 22. April 1949 trat das "Ruhrstatut" in Kraft. Danach war die gesamte Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In dem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 hieß es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokes und des Stahls.

...

Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

Im Verlauf des Petersberger Abkommens vereinbarten die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die Bundesregierung beantragte daraufhin den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut).

Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).

Bei der Ruhrbehörde (Ruhrstatut) handelte es sich um eine Tarnorganisation der NWO-

Denkfabriken. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte hauptsächlich die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Entmündigung sowie Überwachung Deutschlands gewährleisten.

Nachdem die planmäßige Hungerpolitik in den westdeutschen Besatzungszonen die angestrebte bedingungslose Gehorsamkeit und Unterwürfigkeit der deutschen Bevölkerung durchgesetzt hatte, begannen die westlichen Alliierten nach der Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) unverzüglich damit, die wesentlichsten Teile der deutschen Wirtschaft widerrechtlich zu beschlagnahmen, um die Arbeitskräfte und die wichtigen Grundstoffe (Kohle, Stahl und Roheisen) Westdeutschlands zum Vorteil der europäischen Länder und der USA zu nutzen.

Da die Westdeutschen nicht mehr frei über ihre natürlichen Reichtümer und eigenen Existenzmittel verfügen konnten, wurde ihnen gemäß Völkerrecht zweifelsfrei das Recht auf Selbstbestimmung verwehrt. Infolge dieser völkerrechtswidrigen Maßnahmen (wirtschaftliche Fremdbestimmung bzw. Vormundschaft) konnten die westlichen Alliierten praktisch die gesamte westdeutsche Volkswirtschaft ausplündern, kontrollieren und lenken.

Der Beitritt zur Ruhrbehörde bzw. zum Ruhrstatut wurde gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt, deshalb war auch die Mitgliedschaft in den Folgegemeinschaften, wie z.B. in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, in der EG und in der EU, von Anfang an nichtig und damit unwirksam.

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert.

Das Grundgesetz mußte den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt.

Der deutsche Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim berichtete 2008 in seinem Buch "Die Deutschlandakte", Seite 16 (x357/9): >>Tatsächlich waren es die westlichen Besatzungsmächte, die die Entstehung des Grundgesetzes beherrschten. Sie dekretierten den Erlaß des Grundgesetzes, nahmen massiv Einfluß auf seinen Inhalt und stellten sein Inkrafttreten unter den Vorbehalt ihrer Genehmigung.<<

Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt bereits wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte, um Wiedergutmachungen und die Einbindung in Europa zu garantieren.

Auswärtige Beziehungen, Wirtschaftspolitik, Legislative, Exekutive, Gerichtsbarkeit waren Einschränkungen unterworfen: In Notstandssituationen konnten die Besatzungsmächte wieder die volle Hoheit übernehmen. Verfassungsänderungen mußten genehmigt werden.

Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland blieb trotz der Verabschiedung des Grundgesetzes zunächst das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte.

Erst nachdem am 5. Mai 1955 die Pariser Verträge in Kraft traten, entfiel zwar offiziell das Besatzungsstatut, aber wesentliche Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Bei der am 23. Mai 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland handelte es sich lediglich um ein Besatzungskonstrukt der westalliierten Siegermächte, aber um keinen Staat im völkerrechtlichen Sinn. Die von den Siegermächten gegründete Bundesrepublik Deutschland war völkerrechtlich politisch und ökonomisch kein unabhängiger oder souveräner Staat.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Infolge der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes und der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte. Insofern waren alle bisher durchgeführten Wahlen in der BRD (wie auch in der DDR) lediglich bedeutungslose Pseudowahlen.

Der deutsche CDU-Politiker Kurt Georg Kiesinger (1904-1988, von 1966-1969 Bundeskanzler) erklärte in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 21. Mai 1958 (x353/67): >>... Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten.<<

Die Bundesrepublik Deutschland war bis zum Abschluß des Plus-Vier-Vertrages" am 12. September 1990 nie ein souveräner Staat, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Siegermächte infolge des Besatzungsstatutes und des Ruhrstatutes drastisch eingeschränkt.

Die gewählten Politiker der deutschen Regierungen der BRD führten gewöhnlich alle Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmächte gewissenhaft und widerstandslos aus. Der aufrichtige und ehrenhafte SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher war leider eine Ausnahme.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die fehlende Souveränität der BRD (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

Seit 1949 mußte jeder deutsche Bundeskanzler die sogenannte "Kanzlerakte" unterschreiben.

Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärte im Jahre 1996 in der Berliner Akademie der Künste (x346/8): >>... Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl waren alle Bundeskanzler inoffizielle Mitarbeiter der CIA.<<

Egon Bahr schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>"**Lebenslüge der Bundesrepublik**"

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. ...

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fort-dauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

Tag der Befreiung

Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920-2015) erklärte am 8. Mai 1985 während einer Rede im Bundestag zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation (x877/...): >>Und dennoch

wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. ...

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete damals über diese Rede Weizsäckers: >>Weizsäckers große Rede zum 8. Mai

Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.

Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."

Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."

... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Rede Weizäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.

Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsgebieten - rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets, die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<

Die israelische Zeitung "Jerusalem Post" berichtete am 4. September 1985 über den deutschen Bundespräsident Richard von Weizsäcker (x354/71): >>... (Weizsäcker hat) die junge Generation in Deutschland ... konfrontiert mit der Unsühnbarkeit kollektiver deutscher Schuld.<<

Infolge der sog. "Wiedervereinigung" im Jahre 1990 etablierten die fanatischen Schüler der kommunistischen "Frankfurter Schule" und die schon bald mit ihnen verbündeten erstklassig geschulten SED-Kader in der Bundesrepublik Deutschland allmählich eine linksradikale Bewegung der selbsternannten Gutmenschen.

Besonders der deutsche NS-Schuldskult wurde geschickt als Herrschafts- und Machtinstrument genutzt, denn mit der NS-Kollektivschuld konnte jede noch so sachliche Kritik und jeglicher Widerstand vom Tisch gefegt und niedergebügelt werden, so daß kontroverse Auseinandersetzungen nicht mehr stattfanden. Viele Deutsche sind heute davon überzeugt, daß die Deutschen im Jahre 1945 tatsächlich von den Siegermächten "befreit" wurden.

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtete später über die krankhaften Schuldkomplexe der Deutschen (x268/80): >>Wenn mich etwas im heutigen Deutschland stört und beunruhigt, ist es gerade diese Neigung zur übertriebenen Selbstkritik, die für mich bedeutet, daß viele Menschen den Sinn für Realität, für Geschichte, für Verhältnismäßigkeit verloren haben. Oder schlimmer, daß viele Deutsche anscheinend an einer Megalomanie (Größenwahn) leiden – sie wollen die größten Verbrecher der Geschichte

sein und zugleich die größten Büßer. Dies halte ich für pathologisch. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/196-198): >>... Abgesehen von zwei kurzen Erwähnungen im Jahr 1979 war ... der Dokumentarbericht "Flucht und Vertreibung" aus dem Jahre 1981 der einzige erwähnenswerte Fernsehbeitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit dem größten Verbrechen der Nachkriegsgeschichte.

Jeder großen und auch mancher kleineren Tragödie dieses Jahrhunderts ist bisher ein würdiges Denkmal gesetzt worden. ...

Die Erinnerung an beinahe drei Millionen Vertreibungsoffer dagegen wurde im kommunistischen Machtbereich mit großer Gründlichkeit ausgelöscht; für sie dürfte im Osten keine einzige Gedenkstätte existieren. ...

Die ehemaligen Konzentrationslager in Deutschland erinnern heute durchwegs als würdige Gedenkstätten und Museen an den Leidensweg der Antifaschisten, Juden, Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuellen und anderen Naziopfer.

Am vollkommensten ist die Aufarbeitung der Vergangenheit naturgemäß in Israel. Außer regelmäßigen staatlichen Gedenktagen mit öffentlicher Schweigeminute und Unterrichtsschwerpunkten in den Schulen ist vor allem an Yad Vashem zu erinnern, die gewaltige Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg in Jerusalem.

Während sogar Chruschtschow die Errichtung eines großen Denkmals für die Opfer des Stalinitismus plante, sucht man bei uns vergeblich nach einer adäquaten Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibungsverbrechen "als Warnung vor Gleichgültigkeit". ... Der Hundefriedhof von Cobham bei London, ein Produkt englischer Tierliebe und liebenswerten Spleens, ist ungleich größer und eindrucksvoller als das größte und eindrucksvollste Denkmal für die Millionen Vertreibungsoffer. ...<<

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Bei der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1990 handelte es sich lediglich um die von den alliierten Siegermächten planmäßig angeordnete Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Die von den Siegermächten gegründeten Staatsgebilde BRD und DDR waren unsouveräne, abhängige Staatsgebilde. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.

Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland ist gegenwärtig ungeklärt, weil zwischen den alliierten Siegermächten und dem völkerrechtlichen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches bisher lediglich ein Waffenstillstand, aber kein Friedensvertrag geschlossen wurde. Der sogenannte Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990, stellte völkerrechtlich keinen Friedensvertrag dar.

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<

Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben.

Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine (seit 2005 Parteimitglied der "Linken") berichtete am 6. Januar 2003 in der BILD-Zeitung (x353/76): >>... Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist

Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil.<<
Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011 über eine Rede des damaligen Finanzministers Wolfgang Schäuble (CDU) im November 2011: >>EU am Scheideweg
... Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main. ...

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt? ...

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker ... gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus." ...

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen." ...<<

Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärte am 7. November 2013 während eines WDR-Monitor-Interviews (x357/9): >>Es wäre langsam an der Zeit, daß einmal grundsätzlich geklärt wird: Welche Relikte aus der Besatzungszeit gelten immer noch? Die deutsche Souveränität ist ja 1955 erklärt worden, aber sie war gleich null, ... und das, was dann 1990 draufgesetzt worden ist, hat das auch noch nicht grundsätzlich verändert."<<

Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands

Aufgrund der Auflösung der UdSSR im Jahre 1991 hatte das NWO-Versuchsfeld BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte endgültig beseitigt werden.

Nach der systematischen Deindustrialisierung und Zerschlagung der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik wurde schließlich Angela Merkel beauftragt, die Bundesrepublik Deutschland allmählich nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" auszurichten bzw. gleichzuschalten, um die Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands zu gewährleisten.

Angela Merkel nahm im Mai 2005 am "Bilderberger-Treffen" in Rottach-Egern teil und wurde am 22. November 2005 Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

Um die gesamte Wiederaufbauarbeit der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration in Mittel- und Westdeutschland endgültig abzuwickeln und vollständig zu liquidieren, setzten Angela Merkel und ihre zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung hauptsächlich auf arglistige sowie verdeckte Destabilisierungsmaßnahmen und fügten der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu.

Die politisch und wirtschaftlich entmündigten Deutschen wurden konsequent ausgeplündert, umerzogen und völlig ruiniert. Gleichzeitig zerstörte Merkels "Restabwicklung" alle kulturellen Fundamente Deutschlands.

Corona-Genexperiment, Energiewende und Ukraine-Sanktionen

Das gegenwärtige gemeingefährliche Corona-Genexperiment wurde offensichtlich auch ge-

nutzt, um von den dramatischen Folgen der "Energiewende" abzulenken. Der wegen der NATO-Osterweiterung entstandene Ukraine-Konflikt im Februar 2022 kam schließlich gerade recht, um endlich die besonders für Deutschland äußerst wichtigen Rohstoffbezüge (Gas, Kohle, Öl usw.) aus Rußland zu beenden.

Die ideologische Energiepolitik, die hinterlistige Corona-Politik, die politisch geförderte Massenmigration und die von der US-Administration angeordneten irrsinnigen Sanktionen gegen Rußland sowie die unfaßbare Schuldenaufnahme der fremdbestimmten deutschen Bundesregierung werden unser Land in die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit stürzen.

Völkerrechtliche Verantwortung der anglo-amerikanischen Betreuer

Aufgrund der radikalen Destabilisierungspolitik der US-Betreuer Siegermacht ähnelt die Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig einem Irrenhaus, in dem anscheinend die gemeingefährlichsten Insassen die Herrschaft übernommen haben. Nicht wenige ausländische Diplomaten und Journalisten zweifeln z.B. wegen der ideologischen Energiewende an der Zurechnungsfähigkeit der Deutschen. Diese Kritiker berücksichtigen leider nicht, daß die betreuten Deutschen gegenüber den anglo-amerikanischen Betreuern bei allen entscheidenden Fragen nach wie vor keine Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte besitzen.

Da es zu den Pflichten des Betreuers gehört, alle Angelegenheiten des Betreuten so zu besorgen, wie es dessen Wohl entspricht, sind die fremdbestimmten US-Betreuer zwangsläufig auch für die zerstörerische Destabilisierungspolitik der betreuten deutschen Politiker und Parteien verantwortlich.

Recht auf Selbstbestimmung gilt auch für die Deutschen

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben, deshalb sind die bis zum heutigen Tag fortgeltenden geheimen Befugnisse und Vorbehaltsrechte der Alliierten bzw. die bisherige Vormundschaft oder die Gebrechlichkeitspflegschaft umgehend zu beenden.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) **Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung.** Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) **Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen,** unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. **In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.**

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der **Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung** und von Treuhandgebieten **verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern** und dieses Recht zu achten.<<

Da keine rasche Beendigung der gegenwärtigen Fremdbestimmung zu erwarten ist, sondern die Bundesrepublik Deutschland zukünftig sogar noch Teile der geringen Souveränitätsrechte an zwischenstaatliche Organisationen (Europäische Union/EU und Vereinte Nationen/UN) abgeben soll, müssen unverzüglich entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden, um endlich den Status eines völkerrechtlich souveränen Staates zu erhalten.

Um das unwürdige Sklavendasein im gegenwärtigen Vasallenstaat Bundesrepublik Deutschland endlich zu beenden, benötigt Deutschland unbedingt den Abschluß von völkerrechtlich anerkannten Friedensverträgen für den Ersten Weltkrieg (der Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 wurde zweifelsfrei durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungen und war deshalb von Anfang an nichtig bzw. ungültig) und für den Zweiten Weltkrieg (der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 stellt völkerrechtlich keinen Friedensvertrag dar).

Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor nicht geklärt. Die bis zum heutigen Tag fortgeltenden Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Überleitungsvertrages von 1954 (Militärbasen, Truppenstationierung, Stationierung von US-Atomwaffen, Stationierungskosten, Medienkontrolle u.a.) der Alliierten bestätigen zweifelsfrei, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht zu den souveränen Staaten gehört, sondern weiterhin ein besetztes Land ist. Diese völkerrechtswidrige Besetzungssituation muß endlich beendet werden, deshalb benötigt die Bundesrepublik Deutschland unbedingt den Abschluß eines völkerrechtlich anerkannten Friedensvertrages.

Die Regelung der endgültigen Grenzziehung und der noch strittigen Reparationen (unter Anrechnung aller Reparationen und Besatzungskosten Ost- Mittel- und Westdeutschlands sowie sämtlicher verdeckten Wiedergutmachungen und "Ausgleichszahlungen" der Bundesrepublik Deutschland an NATO, EU, EURATOM) können ebenfalls nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von den ehemaligen Siegermächten und einer demokratisch gewählten souveränen deutschen Regierung geschlossen werden muß.

Angesichts der ungesühnten Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist es unsere christliche Pflicht, nicht nur nach Versöhnung, sondern auch nach Gerechtigkeit und Wahrheit zu streben. Wir sind es nicht nur den unschuldigen Opfern, sondern auch unserer eigenen Selbstachtung und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, mindestens die Tatmotive zu erforschen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung anstrebt, ist verpflichtet, sämtliche finsternen Kapitel der Nachkriegszeit konsequent und schonungslos aufzuarbeiten. Wenn man gleichberechtigte Partnerschaften in einem "vereinten Europa" realisieren will, müssen zunächst alle "unbequemen Geschehnisse" der Vergangenheit geklärt werden.

Ohne eine angemessene Aufarbeitung der angeblichen "Befreiung" und "humanen Umsiedlung" der Deutschen wird es keine verbindliche Friedensordnung, keinen dauerhaften Frieden und niemals ein vereintes Europa geben, denn Lügen oder Halbwahrheiten waren noch nie tragende Fundamente für langfristige Freundschaften und politische Bündnisse. Echte Freundschaften und dauerhafte Bündnisse erfordern vor allem Ehrlichkeit und Gerechtigkeit.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben, damit sie ihre politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte eigenverantwortlich wahrnehmen können. Man hat die Deutschen schon lange genug versklavt, hiermit muß irgendwann Schluß sein, denn die Abschaffung der Sklaverei wurde schließlich im Jahre 1948 durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte völkerrechtlich bestätigt.

Die westlichen alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich müssen sich endlich daran erinnern, daß sie gemäß der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sind, auch den Deutschen die von Gott gegebenen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte zurückzugeben.

Nach der jahrzehntelangen Entmündigung muß die Zwangsbetreuung der Deutschen sofort beendet werden. Ferner ist die derzeitige völkerrechtswidrige Besetzungssituation zu klären, damit ein gerechter Friedensvertrag zwischen dem völkerrechtlichen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und den damaligen Siegermächten geschlossen werden kann. Der Zweite

Weltkrieg muß endlich beendet werden.

Planmäßig angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf etwa 36 % im Jahre 2022 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen im Winter 2022/2023 ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken. Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Black-outs) kommen wird.

Obgleich die völkerrechtswidrige Sprengung der Gasleitungen Nordstream 1 und Nordstream 2 schließlich den Untergang unseres Landes besiegelte, unternahm die deutsche Bundesregierung trotz drohender Kälte- und Hungerkatastrophen im Winter 2022/2023 fast nichts, um die gemeingefährliche Lage zu bekämpfen.

Der Rußland-Ukraine-Konflikt wurde offenbar von der US-Administration zusätzlich aktiviert, um die Destabilisierung und vollständige Vernichtung des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen.

Die heimtückisch eingeleitete Energiewende und die von der US-Administration angeordneten irrsinnigen Sanktionen gegen Rußland werden den deutschen Industriestandort mit Sicherheit unweigerlich komplett ruinieren sowie die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes das gesamte Land unaufhaltsam zerstören. Infolge der mittel- und langfristig unbezahlbaren Rohstoffbezüge (Gas, Kohle, Öl usw.) stehen alle Unternehmen vor der Pleite. Millionen von Arbeitnehmern drohen Arbeitslosigkeit und Verlust ihrer sozialen und ökonomischen Existenz.

Im Rahmen der zwangsläufig folgenden Hyperinflation werden schließlich z.B. alle deutschen Sparer (Geldentwertung) und Hauseigentümer (staatliche Zwangshypotheken) ihr mühsam erworbenes Eigentum verlieren und bettelarm (Durchsetzung einer lumpenproletarischen Volksgemeinschaft).

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, die Euro-Krise, der angeblich menschengemachter Klimawandel, die Massenmigration, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in der Bundesrepublik Deutschland, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes und durch das US-Einfuhrverbot für wichtige Rohstoffbezüge (Gas, Kohle, Öl usw.) aus Rußland, alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um unser Heimatland insgesamt zu liquidieren.

Schlußbemerkungen

Den Alliierten ging es nie um die Befreiung der Deutschen, sondern den anglo-amerikanischen Siegermächten ging es letzten Endes langfristig vor allem um die Liquidierung Deutschlands, um die jahrhundertelangen Beziehungen (Austausch von deutschen Technologien und russischen Rohstoffen) zwischen Deutschland und Rußland für alle Zeiten zu beenden.

Gemäß der berüchtigten Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung wurde Deutschland als besiegter Feindstaat besetzt und diente nach der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 jahrzehntelang als einzigartiges Versuchsfeld für alle möglichen Experimente der berüchtigten NWO-Denkfabriken.

Die Liquidierung Deutschlands begann mit der Vertreibung der Ostdeutschen. Die Vertrei-

bung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa entwickelte sich in den Jahren 1945-1951 zur größten gewaltsamen Vertreibung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bis dahin derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert.

Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen damals abrupt verloren. Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. In den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland wurden damals insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden ausgelöscht. Mindestens 14 Millionen Deutsche wurden damals gewaltsam aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße" vertrieben.

Bei der Vertreibung verloren mehr als zwei Millionen Deutsche ihr Leben. Es handelte sich zweifelsfrei um unfabbare Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Mittel- und Westdeutschen werden nach dem völligen Zusammenbruch der Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich ebenfalls das tragische Schicksal der Ostdeutschen erleiden.

Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt (1928-2018) warnte bereits im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten

Länder Europas, Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen (x268/185): >>...

Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...

Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Folgen der planmäßigen Massenmigration (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

Die meisten Deutschen werden nach dem völligen Zusammenbruch der Bundesrepublik Deutschland im 21. Jahrhundert nicht mehr rechtzeitig fliehen können.

Die Mittel- und Westdeutschen sollten deshalb vorab unbedingt die *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa* der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung lesen, denn die damaligen Ereignisse in Ost-Mitteleuropa (Plünderungen, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Massenvergewaltigungen, Selbstmorde, Internierung in Lagern, Lagergreuel, Zwangsarbeit, Sklavendasein, Folter und Mißhandlungen, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung) werden sich mit Sicherheit in ähnlicher Art und Weise auch westlich der Oder-Neiße-Linie in Mittel- und Westdeutschland wiederholen.

Wir dürfen diese perfide Lebenslüge von der sogenannten Befreiung nicht länger widerstandslos hinnehmen, denn bei den fremdbestimmten anglo-amerikanischen Betreuern handelt es sich zweifelsfrei um Marionetten der skrupellosen NWO-Globalisten. Diese profitgierigen, gemeingefährlichen Finanzoligarchen nehmen seit jeher den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf, um ihre menschenverachtende Neue Weltordnung durchzusetzen, wie die zahllosen Verbrechen der Vergangenheit und Gegenwart gegen den Frieden, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen eindrucksvoll beweisen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika versuchen seit dem Ende des Ersten Weltkrieges, die gesamte Welt gewaltsam zu unterwerfen, damit ihre geheimen Auftraggeber, die sogenannten US-Finanzeliten, ihre totalitäre Neue Weltordnung realisieren können.

Es wird allmählich Zeit, die Erfinder des Nürnberger Tribunals und ihre willigen Erfüllungshelfen wegen ihrer andauernden Verbrechen, die sie seit Jahrzehnten im Namen der "Demokratie und des Friedens" begehen, endlich durch einen unabhängigen Weltgerichtshof zur Rechenschaft zu ziehen.

Die verbrecherischen Finanzeliten, die Kriegstreiberei und die weltweiten Aggressionen können nur gestoppt werden, wenn sich alle aktiven und passiven Drahtzieher der satanischen NWO-Verbrecherorganisationen vor einem unabhängigen Weltgerichtshof verantworten müssen.

GOTT MIT UNS ...<<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtete am 2. Dezember 2022 (x1.190/...): >>**EX-KLUSIV-Interview mit Hans-Georg Maaßen: "Raus aus der Defensive!"**

Mitte Oktober war der ehemalige Präsident des deutschen "Bundesamtes für Verfassungsschutz" (2012-2018) Hans-Georg Maaßen zu Besuch in Ungarn. Im Rahmen dieses Besuchs unterhielten wir uns mit ihm über seine in Ungarn gewonnenen Eindrücke, die Zukunft der CDU sowie den im Westen immer mehr um sich greifenden Wokismus.

Frage: *Welche Eindrücke haben Sie bei Ihren Gesprächen in Ungarn gewonnen?*

"Die Ungarn trotzen linker Ideologisierung"

Hans-Georg Maaßen: Ich bin immer wieder gern in Ungarn. Ich mag das Land, seine Geschichte und die bodenständige, realistische und traditionsbewußte Art, wie die Ungarn leben. Heute noch mehr als vor Jahren, weil ich den Eindruck habe, daß die Ungarn im Unterschied zu den Bürgern der meisten anderen EU-Staaten der linken Ideologisierung und Fanatisierung trotzen. Die Ungarn sind in sich gefestigter und ruhiger als der große Rest der Europäer - das war für mich ganz eindeutig wahrzunehmen.

Man hat die historische Erfahrung der Fremdbestimmtheit gemacht und ist deshalb sehr darauf bedacht, seine eigenen Ansichten und Lebensweisen selbstbewußt zu vertreten. Man läßt sich von Brüssel, Berlin oder Paris nicht vorschreiben, wie man in Ungarn zu leben hat und wie man seine Kinder erziehen soll. Das ist eigentlich selbstverständlich, aber in einer Zeit, in der die linksextreme Woke-Ideologie Brüssel und Berlin immer mehr beherrscht, ist es mutig, denn die Anhänger dieser Ideologie haben keine Skrupel, Ungarn unter Druck zu setzen, der ideologischen Linie zu folgen.

Für mich ist eine Reise nach Ungarn eine Reise in die Normalität, wo ich nicht gezwungen werde zu glauben, daß es mehr als zwei Geschlechter gibt, und wo ich als weißer deutscher Mann nicht diskriminiert und diffamiert werde.

Frage: *Sie können also nachvollziehen, daß immer mehr Deutsche nach Ungarn auswandern?*

Hans-Georg Maaßen: Natürlich. Im vergangenen Jahr sind insgesamt schätzungsweise 150.000 Deutsche ausgewandert, weil sie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland als repressiv empfinden und diese nicht mehr sich selbst und ihren Kindern zumuten wollen. Es sind überwiegend hochqualifizierte oder wohlhabende Menschen oder politische Dissidenten. Ich schätze, daß sich derzeit mehrere Millionen Deutsche mit dem Gedanken beschäftigen, auszuwandern oder zeitweise das Land zu verlassen.

In meinem Freundes- und Bekanntenkreis suchen viele nach einem Wohnsitz in einem politisch sicheren Land, weil sich die wirtschaftliche und menschenrechtliche Situation in Deutschland weiter verschlechtern kann. Ein Land, in dem man bestraft wird oder Repressionen erleidet, wenn man erklärt, es gebe nur zwei Geschlechter und nicht drei oder zwanzig, ein Land, in dem deutsche Kinder nicht mit einem Wurstbrot in den Kindergarten gehen dür-

fen, weil sich muslimische oder vegan erzogene Kinder gekränkt fühlen könnten, wenn ein anderes Kind Wurst isst, ein solches Land hat sich weit vom liberalen Geist des Bonner Grundgesetzes entfernt.

Viele Deutsche wollen diesen Irrsinn nicht mitmachen. Hauptthemen unter den Wegzugswilligen sind: Wo kann ich einigermaßen sicher und normal leben und wie verhindere ich die Wegzugsbesteuerung. Ungarn ist für viele wegzugswillige Deutsche auf Grund der stabilen Politik der ungarischen Regierung, der geographischen und kulturellen Nähe zu Deutschland und des hohen Lebensstandards ein interessantes Exilland.

Ich denke, Ungarn profitiert davon, daß diese Leute ihre Qualifikation und ihr Geld mitbringen werden. Nach Deutschland wandern dagegen vorrangig minderqualifizierte Asylbewerber aus muslimischen Ländern, deren kulturelle Passung und gesellschaftlicher Mehrwert mehr als in Frage steht.

Frage: Die von Ihnen geschilderte Situation in Deutschland ist ja völlig anders, als wir sie in den 1990er Jahren unter Helmut Kohl erlebten. Deutschland war damals für die meisten Ungarn ein großes Vorbild. Haben Sie den Eindruck, daß die Ungarn heute ein realistisches Bild von der Situation in Deutschland haben?

Hans-Georg Maaßen: Ja und nein. Als ich Premier Orbán im Oktober in einem Pressegespräch in Berlin erlebte und sein Interview mit der Budapester Zeitung las, hatte ich den Eindruck, daß er sieht, was in Deutschland vorgeht. Den Eindruck habe ich auch bei einigen Deutschlandkennern in der Regierung.

Bei anderen ungarischen Gesprächspartnern hatte ich dagegen den Eindruck, daß sie zwar Fehler und Fehlentwicklungen in der deutschen Politik sehen, aber noch nicht die Gefährlichkeit der grün-woken Ideologie begriffen haben, die einen Angriff auf die bürgerliche Gesellschaft, die liberalen Freiheiten und die Demokratie darstellt und die im Endergebnis Deutschland und die EU in den Abgrund stoßen wird.

Frage: Wie könnten die deutsch-ungarischen Beziehungen unter den gegebenen Umständen verbessert werden?

"Deutschland und die EU-Kommission zwingen andere EU-Staaten dazu, nach der grün-woken Ideologie zu leben."

Hans-Georg Maaßen: Solange Deutschland und die EU-Kommission für sich das Recht in Anspruch nehmen, andere EU-Staaten dazu zwingen zu können, nach der grün-woken Ideologie zu leben, sehe ich keine Chancen für eine Verbesserung. Aber die deutschen Institutionen sind nicht Deutschland und auch nicht das deutsche Volk. Es ist großartig, wie viele Menschen sich zum Beispiel in der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft (DUG) engagieren und wie eng und gut die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit ist.

Ungarn sollte sich auch vor Augen führen, daß es unglaublich viele Deutsche gibt, die die klare konservative und realitätsbezogene Politik von Ministerpräsident Orbán bewundern und sich eine stärkere Rolle Ungarns in Europa beim Kampf gegen die grün-woke Ideologie wünschen. Manche halten Ungarn gar für einen politischen Leuchtturm in einem Meer des politischen Wahns und der Realitätsverleugnung.

Ungarn sollte - wenn ich diese Empfehlung geben darf - in der EU durchaus selbstbewußter auftreten. Ich nehme wahr, daß Ministerpräsident Orbán und die ungarische Regierung auf EU-Ebene in ähnlicher Weise diffamiert, diskreditiert und ausgegrenzt werden, wie politisch Andersdenkende, die offen die Wahrheit aussprechen, bei uns. Es ist politische Feindbekämpfung, die betrieben wird, und die hat nichts mit dem Grundgedanken einer freiheitlichen Demokratie und eines freiheitlichen Europas zu tun, sondern es sind Techniken der politischen Linken, um unliebsame Personen oder politische Positionen mundtot zu machen. Momentan ist die ungarische Regierung in meinen Augen noch zu sehr in der Defensive.

Mit einer klassischen, konservativen Kohl-CDU und Stoiber-CSU gäbe es die Friktionen zwi-

schen der Union und dem Fidesz vermutlich nicht. Wie bekommen die tonangebenden CDU-ler und CSU-ler das Kunststück fertig, indem sie gegen den Fidesz kämpfen, quasi gegen ihre eigene politische Vergangenheit zu opponieren? Ministerpräsident Orbán hatte zutreffend festgestellt, daß die CDU heute eine linke Partei ist.

Ähnliches läßt sich über die CSU sagen. Frau Merkel, die nie eine Konservative war, war das Kunststück gelungen, aus der ehemals konservativen CDU eine linke Partei zu machen, indem sie personelle Schlüsselpositionen in der CDU mit politischen Linken oder Opportunisten besetzte und die CDU dann programmatisch an die Grünen heranführte. Viele Mitglieder haben deshalb die Partei verlassen. Für die Funktionäre ist der Fidesz keine Wiederbegegnung mit der Vergangenheit der CDU, weil es nicht ihre persönliche Vergangenheit ist, die schon immer links war.

Frage: Wie bewerten Sie momentan die Chancen dafür, daß aus der CDU noch einmal eine vernünftige konservative Kraft wird? (... die dann natürlich auch wieder ein starker Bündnispartner der ungarischen Regierungspartei Fidesz sein könnte.)

"Es braucht eine Ent-Merkelisierung der CDU"

Hans-Georg Maaßen: Dafür müßte es eine personelle und programmatische Ent-Merkelisierung der CDU geben, die Voraussetzung für einen Neuanfang der CDU ist. Erst dann wäre die CDU für Teile des Bürgertums wieder wählbar. Die CDU hatte durch Merkel den Anschluß an weite Teile des Bürgertums verloren. Ob es dazu kommen wird, ist ungewiß, zumal der derzeitige Parteivorsitzende Merz keinen Kurswechsel betreibt.

Frage: Die CDU-Führung hat sich inzwischen vollständig den Wünschen der linksgrünen Mainstream-Medien unterworfen. Wie sieht es jedoch an der CDU-Basis aus?

Hans-Georg Maaßen: Obwohl viele Mitglieder in den letzten Jahren die CDU verlassen haben, weil sie mit der linken Politik der CDU nicht einverstanden sind, denken viele Mitglieder an der CDU-Basis immer noch in weiten Teilen realpolitisch, liberal und konservativ. Die Wahl von Merz zum Parteivorsitzenden beruhte auf der Hoffnung dieser Mitglieder, daß es durch ihn zu einer Politikwende kommt. Leider hat er diese Hoffnung bisher enttäuscht.

Frage: Warum lassen sich die an der Basis demnach noch vorhandenen konservativen Elemente das alles bieten? Also eine linksgrüne Führung, die die Vielfalt an der Basis keinesfalls mehr abbildet.

"Umwandlung der CDU in eine sozialistische Partei"

Hans-Georg Maaßen: Es gibt und gab Widerstand gegen die Umwandlung der CDU in eine sozialistische Partei. So haben sich Mitglieder von CDU und CSU zur "WerteUnion" zusammengeschlossen, in vielen Landesverbänden sind konservative Gruppen gegründet worden, und konservative Funktionsträger finden sich im Berliner Kreis zusammen. Allerdings wird es diesen Gruppen fast unmöglich gemacht, auf die Politik einzuwirken, da innerhalb der Partei durch die Parteiführung eine rücksichtslose Diffamierungs- und Ausgrenzungspolitik gegenüber den Konservativen stattfindet.

Als Mitglied der "WerteUnion" hat man so gut wie keine Chance, ein politisches Mandat zu erhalten. Diese Leute werden wie Rechtsextremisten behandelt und teilweise auch offen so diffamiert. Funktionsträger, bei denen bekannt würde, daß sie Mitglied des "Berliner Kreises" oder der "WerteUnion" sind, müssen damit rechnen, daß ihre politische Karriere sehr bald vorbei ist.

All das wird von den tonangebenden Medien unterstützt, indem konservative CDU-Politiker öffentlich etwa als Rechtsextreme, Ewiggestrige oder Rechtspopulisten an den Pranger gestellt werden. Das sind keine Geschichten aus einem totalitären kommunistischen Staat, sondern das ist aus der CDU von Helmut Kohl und Konrad Adenauer geworden.

Frage: Welche parteipolitische Zukunft sehen Konservative wie Sie? Gibt es bei diesen noch einen Glauben an die Reformierbarkeit der CDU? Denkt man über die Gründung einer neuen

Partei nach? Hofft man auf eine reformierte AfD? Oder denkt man gar daran, die Flinte ins Korn zu werfen und sich ins Private zurückzuziehen?

Hans-Georg Maaßen: Die Konservativen haben den Kampf nicht aufgegeben, sondern gehen unterschiedliche Wege. Die einen - wie die Mitglieder von "WerteUnion" und "Berliner Kreis" - setzen immer noch darauf, daß die Unionsparteien reformiert werden können, auch wenn derzeit die politischen und medialen Rahmenbedingungen nicht stimmen. Andere haben die Partei verlassen und setzen auf eine neue politische Kraft zwischen den Unionsparteien und der AfD.

Einige von ihnen haben die neue Partei "Bündnis Deutschland" gegründet. Wieder andere setzen auf eine breite außerparlamentarische Bürgerbewegung, die durch die Mobilisierung der Massen Druck auf die Politik ausüben soll. Wieder andere setzen sich für eine Reform der Medien ein, weil dies eine Voraussetzung dafür ist, daß es zu einer Politikwende kommt.

Frage: Warum ist die CDU bei der Bekämpfung des linksextremen Terrors nicht so sonderlich aktiv? Sobald die CDU wieder eine konsequent an den Interessen von Deutschland ausgerichtete Politik betreiben würde, würden schließlich auch die Autos von CDU-Politikern brennen und deren Wohnhäuser beschmiert werden. ...

"Die Feigheit der bürgerlichen Politiker vor den linken Medien"

Hans-Georg Maaßen: Ein Hauptgrund dafür dürfte die Feigheit bürgerlicher Politiker vor den linken Medien sein. Über 90 Prozent der jungen Journalisten der Staatsmedien der ARD erklärten sich in einer Umfrage zu Anhängern der Grünen, der ehemaligen SED und der SPD. Es gibt leitende Politikjournalisten in den Staatsmedien, die aus der gewaltbereiten Antifa-Szene kommen.

Sie können sich vorstellen, daß diese Medien linksradikale Gewalt oder Gewalt von Migranten in Deutschland entweder totschweigen oder - sofern es nicht mehr möglich ist - bagatellisieren oder uminterpretieren. Als CDU-Politiker sich dagegen zu stellen, bedarf eines Rückgrats und eines dicken Fells, was bei den heutigen Politikern kaum mehr zu finden ist.

Frage: Welche Zukunft hat das bürgerlich-konservative Lager in Deutschland überhaupt noch? Kann es angesichts des - von linksgrünen Meinungswächtern an die Adresse von CDU-, CSU- und FDP-Politikern verhängten und von diesen unterwürfig eingehaltenen – Fraternalisierungs- und Politisierungsverbots gegenüber der AfD überhaupt noch zu einer bürgerlichen Mehrheit kommen?

"Klassische sozialistische Feindbekämpfung aus dem Lehrbuch einer kommunistischen Partei"

Hans-Georg Maaßen: Die Zukunft Deutschlands wird bürgerlich-konservativ sein, oder es wird keine gute Zukunft haben. Zunächst muß man sich der politischen Taktik der Linken bewußt sein. Was sie mit den Bürgerlichen und Konservativen betreiben, ist klassische sozialistische Feindbekämpfung wie aus dem Lehrbuch einer kommunistischen Partei. Die Bürgerlichen werden als Nazis, Faschisten und Verschwörungstheoretiker diffamiert, sie werden aus dem politischen, gesellschaftlichen und teilweise auch wirtschaftlichen Leben gedrängt und es werden Kontaktverbote verhängt:

Wenn jemand mit jemandem redet, der ausgegrenzt ist, wird er ebenfalls ausgegrenzt. Diese Technik müssen die Bürgerlichen verstehen, besser noch studieren, und sie brauchen Mut, dagegen vorzugehen. Die Feigheit der heutigen bürgerlichen Politiker vor der linken politischen und medialen Dominanz müssen deren Kinder und Enkelkinder teuer bezahlen.

Frage: Etliche namhafte SPD- und Linken-Politiker sprechen sich dafür aus, daß Deutschland bezüglich des USA-Rußland-Krieges lieber seine eigenen und europäischen Interessen vertreten sollte - statt einfach nur allen Wünschen der tonangebenden US-Geopolitiker blind Folge zu leisten. Warum hört man diesbezüglich von der CDU keine vernünftigen Ansätze?

Hans-Georg Maaßen: Die deutschen Politiker sind vom Volk gewählt worden, um deutsche

Interessen und nicht die Interessen der USA oder des Selenskyj-Regimes zu vertreten. Leider scheinen Teile der CDU-Führung das anders zu sehen. Ich führe es darauf zurück, daß maßgebendes Führungspersonal der CDU sehr stark in die transatlantischen Beziehungen hineinsozialisiert worden ist und sich nicht vorstellen kann oder will, daß die deutschen und europäischen Interessen nicht immer deckungsgleich sind mit denen Washingtons.

Im Übrigen haben deutsche Politiker und Diplomaten seit längerem ein Problem damit, in Brüssel oder bei internationalen Verhandlungen nationale deutsche Interessen zu artikulieren. Sie wissen teilweise noch nicht einmal, was wir für Interessen haben. Nicht wenige Kollegen anderer Länder machen sich inzwischen darüber lustig.

Frage: *Wie kommen wir angesichts der realen politischen Kräfte- und Medienverhältnisse überhaupt noch aus der Misere heraus?*

"Multiple Krisen bringen einiges in Bewegung"

Hans-Georg Maaßen: Ohne eine Mobilisierung von größeren Teilen des Bürgertums und ohne eine Veränderung der Medien oder Medienberichterstattung wird es nicht gehen. Es ist derzeit auf Grund der multiplen Krisen, die uns treffen, einiges in Bewegung. Viele Menschen, die bisher unpolitisch waren, spüren die gewaltigen politischen Veränderungen auf Grund der linken Ideologie. Ich befürchte aber, es muß uns noch viel schlechter gehen, damit es wieder besser wird.

Frage: *Hat diese EU in dieser Form noch eine Zukunft? Ist sie noch reformierbar?*

"Republik Europa ist wie ein entgleister Zug, ohne Steuerung"

Hans-Georg Maaßen: Ich sehe die europäische Idee eher emotionslos. Wenn wir sie nicht bräuchten, wäre es auch ohne gut. Aber wir brauchen eine enge europäische Kooperation, damit die europäischen Staaten nicht zum Spielball der großen Mächte USA, China und Rußland werden. Wir brauchen dafür jedoch eine Union der Nationalstaaten mit so viel Europa wie notwendig und so vielen nationalen Freiheiten wie möglich. Das Projekt "Europäische Union" steht aus meiner Sicht vor dem Scheitern, da es ideologisiert worden ist und nicht mehr die Interessen der Nationalstaaten, sondern die Ideologie einer bürokratischen Elite vertritt.

Wir brauchen ein Europa der tatsächlich souveränen Nationalstaaten, die sich zunächst auf ihre eigenen Interessen besinnen und diese dann auch in der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zum Ausdruck bringen. Das Projekt "Republik Europa" ist wie ein entgleister Zug, der ohne Steuerung durch die Landschaft rast und dabei immensen Schaden anrichtet, um ein Bild des britischen Autors Douglas Murray zu verwenden.

Damit Europa nicht scheitert, müssen wir wieder zu dem Punkt zurückkehren, an dem die ideologischen Fehlentwicklungen angefangen haben. Und das begann schon vor der Maastricht-Zeit. Wir müssen die Europäische Union reformieren. Wenn das nicht geht, dann müssen wir sie durch etwas Effektiveres ersetzen.

Das Gespräch führte Jan Mainka.

Dieses Interview erschien in Erstveröffentlichung in der BUDAPESTER ZEITUNG, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 2. Dezember 2022:

>>Wahnsinn: Grüne stimmen für Freihandelsvertrag CETA

Von *S. Hofer*

Neuester Coup der Grünen: sie haben CETA durchgewinkt. Dabei hatten sie selber langjährig gegen den Freihandelsvertrag protestiert. Schluß mit dem Ausverkauf unseres Landes. Ein wirklicher Kurswechsel ist fällig. Sahara Wagenknecht zeigt eine solche Alternative auf. CETA.

Erinnern Sie sich: die kanadische Variante von TTIP. Neoliberalismus pur: Was dem totalen Freihandel entgegensteht, wird platt gemacht - notfalls durch Urteile eines Schiedsgerichts.

Vor allem Sigmar Gabriel (SPD) versuchte den umstrittenen Freihandelsvertrag durchzutricksen: So trat CETA vor 5 Jahren bereits "provisorisch" in Kraft. Jetzt soll die Ratifizierung folgen.

Bei Protesten gegen diesen antisozialen Pakt fanden sich jahrelang auch die Grünen. CETA, so Anton Hofreiter, bedeute einen "massiven Eingriff in die Demokratie". Am Donnerstag folgte die große Wende: die Grünen der Ratifizierung von CETA - bis auf drei Ausnahmen - plötzlich zu.

Ganz im Einklang mit den Altparteien. Nur AfD und Linkspartei hielten dagegen. Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge behauptet, die Grünen hätten die "mißbrauchsanfälligen" Standards gemeinsam mit Kanada und der Eu reformiert. Der Vertrag sei jetzt "endlich klimagerecht".

Klagen gegen Naturschutz oder Nachhaltigkeit seien mit der "Interpretationserklärung" locker vom Tisch gefegt worden. Auch Wirtschaftsminister Robert Habeck deutet CETA jetzt als "Motor für Resilienz und Nachhaltigkeit".

Aber nicht alle Fraktionsmitglieder sind von dieser Neu-Version begeistert: Die entwicklungspolitische Sprecherin der Grünen, Deborah Düring, beteuerte beispielsweise, ihr sei "wichtig, daß Freihandelsabkommen Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz vor Konzerninteressen stellen".

Leider könne CETA dies trotz verbesserter Interpretationsklausel nicht garantieren. Weshalb sie dagegen gestimmt haben. Der Grünen-Abgeordnete Karl Bär erklärt den Gesinnungswechsel seiner Genossen durch einen Kuhhandel mit der FDP:

"Für viele in meiner Fraktion ist das die Abstimmung, die sie mitmachen müssen, damit wir den Energiecharta-Vertrag versenken können. Ich kann Ceta trotzdem nicht zustimmen."

Der Energiecharta-Vertrag galt als Bremse bei der Energiewende. Jetzt hilft die FDP beim Ausstieg und dafür stimmen die Grünen für CETA. Ob die Wähler der Grünen den Deal auch goutieren? Aber die sind der Hipster-Partei - wie Außenministerin Annalena Baerbock schon in Bezug auf den Ukraine-Krieg erklärte - ohnehin egal.

Schluß mit dem Ausverkauf unseres Landes. Ein wirklicher Kurswechsel ist fällig. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 7. Dezember 2022: >>**Die BRD ist der Schütze Arsch in der NATO**

Deutsche Politiker vergangener Jahrzehnte haben stets gewußt, daß Deutschland ein Vasall der USA ist. Dabei will Amerika unser Land seit über 100 Jahren klein halten, zur Schachfigur eigener Interessen degradieren. COMPACT-Spezial "USA gegen Deutschland" bringt zahlreiche Beispiele aus Historie und Gegenwart für diese Abhängigkeit.

Kostproben gefällig? - Voilà:

"Seit dem Zweiten Weltkrieg bestimmen die Amis bei uns über Krieg und Frieden ... Die Militärbasen der USA in Deutschland schützen uns nicht, sondern sie gefährden uns." (Oskar Lafontaine)

"Die BRD ist der Schütze Arsch in der NATO, mit uns kann man alles machen, das war von Anfang an so." (Jürgen Elsässer)

"Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben den Auftrag von den Alliierten." (Konrad Adenauer)

"Wir haben gar keine Bundesregierung - Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland." (Sigmar Gabriel)

"Also ich muß Ihnen mal ganz ernsthaft sagen, daß das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wir haben nicht das Jahr 1945. Wir haben das Jahr 2013. Könnte man das nicht mal aufheben und die Besatzung Deutschlands beenden?" (Gregor Gysi)

"Der Deutsche ist ein hydraköpfiges Ungeheuer und sollte in der ganzen Welt vernichtet werden." (New York Times, 1918)

"Nur durch eine Niederwerfung Deutschlands ... würde Amerika wirtschaftlich die Nummer eins in der Welt sein." (Mansur Khan)

"Weit über 60 Millionen Menschen wurden (1946) mit voller Absicht an den Rand des Todes durch Verhungern getrieben." (James Bacque)

"Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten." (Ex-Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, CDU, Spiegel, 21.5.1958)

"Tatsache ist: Einige alliierte Kontrollratsgesetze und Bestimmungen bestehen bis heute, wurden 1968 durch die sogenannten Notstandsgesetze und durch den Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990 lediglich modifiziert." (aus dem Artikel "Immer noch ein besetztes Land")

"Kein Geheimvertrag hat irgendeine völkerrechtliche Verbindlichkeit. Aber dennoch können Geheimverträge geschlossen werden, sind immer geschlossen worden, und es ist die Praxis, daß Regierungen sich nach den Geheimverträgen zu richten pflegen. Es wird eben viel Politik gemacht, die nicht öffentlich gemacht wird, entgegen dem Grundgesetz, entgegen dem demokratischen Prinzip." (Karl-Albrecht Schachtschneider)

"Die von der US-Armee besetzten Grundstücke werden von Deutschland unentgeltlich zur Verfügung gestellt. 2011 betraf dies, einschließlich Wohn-, Wirtschafts- und Freizeiteinrichtungen, immerhin 53.870 Hektar Land und 24.226 Wohnungen und andere Gebäude." (aus dem Artikel "Unter der eisernen Ferse")

"Im beschaulichen Büchel, das nur rund 1.200 Einwohner zählt, lagern die USA schätzungsweise 20 Atombomben." (Business Insider)

"Ich tue alles, um eine Eskalation zu verhindern, die zu einem Dritten Weltkrieg führt." (Olaf Scholz)

"Deutschland wurde als Plattform genutzt, um diese Drohnentechnologie anzuwenden." (Thomas Drake)

"US bombing in Libya was linked to Berlin truck attack." (CNN)

"Zur Zeit der Sprengungen (Nord Stream Pipeline) flog ein nicht identifiziertes Flugobjekt über Bornholm." (Thüringens Ex-Verfassungsschutz-Chef Helmut Roewer) ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 7. Dezember 2022: >>**Kaczynski: "Deutsche wurden zu weich behandelt"**

Von *Sven Reuth*

Polens starker Mann, der PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski, hat nun mit wirklich ungeheuerlichen Äußerungen auf sich aufmerksam gemacht, die vor Deutschenhaß und Chauvinismus nur so triefen. Wie Warschau schon in der Vergangenheit die Lunte ans Pulverfaß gelegt hat, lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld" -

Offensichtlich will man in Deutschland gar nicht wahrnehmen, welch ungeheuerlicher und tiefer Deutschenhaß zumindest in Teilen der polnischen Regierungspartei PiS herrscht. Nun machte der Journalist Thomas Röper in einem Artikel für den Anti-Spiegel auf Äußerungen von Jaroslaw Kaczynski aufmerksam, die einem regelrecht den Atem stocken lassen.

Deutschland "zu weich behandelt"

Demnach äußerte Kaczynski im schlesischen Liegnitz im Gespräch mit Bürgern erst folgendes:

"Sie haben den Krieg angefangen, unglaubliche Verbrechen begangen, sogar die Polen, die überlebt haben, auf schreckliche Weise gedemütigt, sie benutzt. Sie haben es als ganzes Volk getan, denn sehr oft wurden Polen, die beispielsweise zur Zwangsarbeit auf Bauernhöfen getrieben wurden, gedemütigt und schlechter als Tiere behandelt."

In seinen folgenden Äußerungen vergriff sich der PiS-Chef dann komplett im Ton. Er sagte nämlich - so berichtet es die russische Nachrichtenagentur TASS - daß man Deutschland nach dem Krieg "zu weich" behandelt habe. Hätte man anders gehandelt, wäre Deutschland, wie der polnische Politiker betonte, "ein sehr, sehr armes Land mit viel weniger Bevölkerung"(!).

"Sie müssen zahlen"

Die Bundesregierung wäre nun in der Pflicht zu ermitteln, ob diese Äußerung wirklich so gefallen ist. Wenn ja, dann müßte man so langsam über deutliche Sanktionen auf diplomatischer Ebene nachdenken. Keine andere Regierung der Welt würde sich wohl unwidersprochen derartige Entgleisungen unwidersprochen gefallen lassen.

Weiter sagte Kaczynski:

"Sie wurden äußerst freundlich behandelt. Sie sollen Gott danken, daß das ... so war. Sie schulden uns etwas, sie müssen zahlen."

Diese "freundliche Behandlung" bestand darin - man kann es mittlerweile gar nicht oft genug wiederholen - daß Polen nach dem Zweiten Weltkrieg Schlesien, Pommern, Ost-Brandenburg und das südliche Ostpreußen annektiert hat und fast 100.000 Quadratkilometer früheres deutsches Staatsgebiet in Besitz nahm.

KZ-Terror gegen Deutsche

Es ist heute kaum mehr bekannt, daß auch die Institutionen des neuen polnischen Staates unter der von der frischgebackenen sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzten "Lubliner Regierung" schwere Verbrechen begingen. In seinem Buch "Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland" berichtet beispielsweise der Historiker Hubertus Knabe davon, daß sowohl deutsche KZ's (darunter auch Auschwitz) wie auch Lager des NKWD von den gerade erst geschaffenen polnischen Organen weitergeführt wurden - nur daß diese "jetzt nicht mehr polnische Zwangsarbeiter, sondern Deutsche faßten".

Weiter betonte Knabe:

"Die brutale Ausbeutung der Gefangenen bei unzureichender Verpflegung, fehlender Hygiene und mangelhafter Bekleidung führte dazu, daß sie bald völlig entkräftet waren und regelrecht dahinsiechten."

Vor dem Hintergrund dieser nicht zu leugnenden historischen Wahrheit muten die Kaczynski-Äußerungen an wie ekelhaftester Zynismus!

Kriegstreiber: Wie Polen schon vor dem Ersten Weltkrieg gezündelt hat und danach Millionen von Deutschen vertrieben, in Lager gesperrt, gefoltert und ermordet hat, lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld". Die passende Antwort auf die unvershämten Reparationsforderungen aus Warschau. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. Dezember 2022: >>**Geheim: Neue US-Atomwaffen sind schon in der BRD**

Von *Jürgen Elsässer*

Mitte März 2022 beschloß die Bundesregierung überfallartig die Anschaffung von mindestens 35 F-35 Kampffjets des US-Herstellers Lockheed Martin - die erste Investition aus dem von Kanzler Scholz am 27. Februar durchgedrückten 100-Milliarden-Euro-Topf für die Aufrüstung. Das Kampfflugzeug kann mit Atomwaffen aus dem US-Stützpunkt Büchel/Rheinland-Pfalz bestückt werden.

Schwerwiegende Vorwürfe eines ARD-Experten (allerdings durfte er die nicht in der ARD äußern). Grüne und SPD haben ihre Forderung nach Abzug der US-Atomwaffen aufgegeben. Die BRD wird immer mehr zur Militärkolonie der Yankees. Mehr Infos in unserer Sonderausgabe "USA gegen Deutschland".

Was auf den US-Stützpunkten in Deutschland passiert, passiert de facto außerhalb der deutschen Rechtsordnung. Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraction im Bundestag vom 24. März 2011, ob die alliierten Truppen in Deutschland nur unter der Voraussetzung von NATO-Beschlüssen, die demnach auch von Deutschland getragen wären, handeln dürften, antwortete die Bundesregierung: "Ein Aufenthalt in 'NATO-Mission' oder ein Tätigwerden auf der Grundlage eines 'NATO-Beschlusses' gehört nicht zu den Voraussetzungen."

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit

Besonders brisant: In Büchel (Rheinland-Pfalz) sind derzeit 20 US-Atomwaffen gelagert. Bis Ende 2021 waren SPD und Grüne für deren Abzug. Doch jetzt sind beide Regierungsparteien dafür, da sie voll im Angriffsmodus gegen Rußland sind. Und natürlich informieren uns diese Politiker nicht darüber, was in Büchel läuft. ...

"Sind neue Atombomben schon in Büchel? ... Der Fliegerhorst Büchel (Kreis Cochem-Zell) soll nicht nur mit neuen Tarnkappenjets, sondern auch mit neuen US-Kernwaffen ausgestattet werden. Ein Experte überrascht nun mit der Auskunft, die Bomben seien schon vor Ort. 'Eier' nennen Bücheler die rund 20 US-Kernwaffen, die auf dem Fliegerhorst in der Eifel stationiert sein sollen. Ein Name, der vielleicht zu alten Bomben paßt, die dort seit dem Kalten Krieg liegen. Er paßt aber nicht zu den neuen lenkbaren Präzisionssystemen, die die atomare Abschreckung auch in Zukunft garantieren sollen.

Der langjährige ARD-Korrespondent Werner Sonne, der auch für ein Buch intensiv zu Atomwaffen in Deutschland recherchiert hat, sagte hingegen dem "Trierischen Volksfreund", die neuen Waffen seien infolge der Ukraine-Krise bereits im Herbst 2021 in Büchel angekommen. Dies hätten ihm 'hochrangige Quellen aus der Bundespolitik und der Luftwaffe' bestätigt." ("Rhein-Zeitung", 2.9.2022) ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 12. Dezember 2022: >>**Diese Reichsbürger kennen Sie noch nicht!**

Von *Sven Reuth*

Die Reichsidee ist nicht nur ein Thema dubioser Telegram-Gruppen und vermeintlicher Putschisten. Deutsche Politiker und Literaten wollten sie nach 1945 wieder aufs Schild heben. ... Im Mai 1981 lenkte eine Gruppe junger Männer aus Thüringen ihre Schritte durch das verwinkelte Zentrum des Ortes mit seinen verfallenden Fachwerkhäusern hin zum Schloßberg, der wie eh und je gekrönt von der Stiftskirche über einem Meer spitzer Dächer und Türme thronte.

Als sie am Ziel angekommen waren, erhob der Anführer seine Stimme und trug einen Essay vor, in dem er geradezu ungeheuerliche Dinge äußerte: Er beschwor - mitten im Arbeiter- und Bauernstaat und ausgerechnet an diesem symbolhaften Platz - ein "Holdes Reich", das "drei Elemente" in sich trage, "das Nationale, das Irrationale und das Aristokratische".

Für den Lyriker Rolf Schilling, der diese Worte sprach, blieb der Auftritt nicht folgenlos: Die Stasi setzte zeitweise gleich zwei Spitzel auf ihn an. Zusätzliches Mißtrauen erregte die intensive Korrespondenz des Dichters mit dem Schriftsteller Ernst Jünger, der in der DDR als "Faschist" galt. 1987 wurde der operative Vorgang eingestellt, weil man bei Horch und Guck erkannt hatte, daß Schillings Arbeiten im mythologischen und nicht im politischen Raum angesiedelt waren.

Die Potsdam-Deutschen

Diese Episode macht deutlich, daß die Reichsidee auch nach der totalen Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg unter allen politischen Systemen ein meist subkutanen, manchmal aber auch offen zutage tretendes Eigenleben führte. In der frühen Bundesrepublik war sie bis weit über die Mitte der 1950er Jahre hinaus sogar ein zentraler Bezugspunkt des politischen Lebens.

Nicht die Kommunisten waren nämlich entgegen einer weitverbreiteten Auffassung Adenauers stärkster innenpolitischer Gegner bei dessen Projekt der Westbindung, sondern die sogenannten Potsdam-Deutschen. Diese Bezeichnung verwendete Karlheinz Weißmann in seinem 1992 erschienenen Buch "Rückruf in die Geschichte" für jene noch im Kaiserreich sozialisierte und auf die preußische Idee hin orientierte Gruppe an Entscheidungsträgern, die nach Auffassung des Göttinger Historikers "die letzte gesamtdeutsche Generation im eigentlichen Sinne" bildete.

Einer ihrer hervorragendsten Repräsentanten war der erste SPD-Nachkriegsvorsitzende Kurt Schumacher. Der "Löwe aus Kulm", wie er von vielen Zeitgenossen genannt wurde, beschimpfte Adenauer als "Kanzler der Alliierten" und sagte: "Wir wollen doch gerade ein starkes Reich."

Ähnliche Töne kamen auch von Martin Niemöller, einem der prominentesten Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, der kurz nach der Verabschiedung des Grundgesetzes feststellte, dieses sei "in Rom gezeugt und in Washington geboren".

Den stärksten Aktivismus für eine Restauration der Hohenzollerndynastie entfaltete freilich der deutsch-jüdische Historiker Hans-Joachim Schoeps, der von Prinz Louis Ferdinand, dem Enkel Kaiser Wilhelms II., einmal als "Verkörperung der Zivilcourage" bezeichnet wurde. Noch lange nach der Machtergreifung Hitlers hatte sich der Sohn eines Berliner Oberstabsarztes für eine Zukunft seiner Glaubensgemeinschaft im Dritten Reich stark gemacht.

Am 18. Januar 1951 rückte er plötzlich in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, als er nur fünf Jahre nach seiner Rückkehr aus dem schwedischen Exil im mit 1.500 Zuhörern überfüllten Audimax der Universität Erlangen zum 250. Geburtstag des preußischen Staates einen Vortrag hielt, der unter dem Titel "Die Ehre Preußens" als gedruckte Broschüre bald zehntausendfachen Absatz finden sollte.

Mit Blick auf die Bundespräsidentenwahl 1954 plante er, im Rahmen eines Volksbundes für Monarchie genügend Unterstützer zu finden, um Prinz Louis Ferdinand per Akklamation zum neuen Amtsinhaber bestimmen zu lassen. Obwohl Schoeps sehr viele diskutabile Argumente für die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie vorbringen konnte, gelang es ihm am Ende nicht, genügend Wahlmänner der Bundesversammlung auf seine Seite zu ziehen.

Schwarz-weiß-rote FDP

Zur gleichen Zeit wurde die FDP beinahe zum politischen Sammelbecken der Reichsfreunde. So wurden die Delegierten des Bundesparteitags 1952 im Kurhaus von Bad Ems mit Marschmusik und schwarz-weiß-roten Fahnen begrüßt. Die damals insbesondere vom nordrhein-westfälischen Landesverband verfochtene Idee, die Freien Demokraten als Nationalliberale in der Tradition der bürgerlichen Unterstützer Otto von Bismarcks im Parteienspektrum zu verankern, konnte sich am Ende nicht durchsetzen - auch deshalb, weil das Vorhaben den Inlandsgeheimdienst und die Besatzungsmächte auf den Plan rief.

In Laufe der 1960er Jahre übernahm dann mit den sogenannten Flakhelfern über kurz oder lang die erste echte Nachkriegsgeneration das politische Ruder. Im Rückblick läßt sich feststellen, daß insbesondere die bürgerliche Rechte im Laufe dieses Prozesses auf alle weiter gespannten deutschlandpolitischen Ambitionen verzichtete und sich immer stärker dem Primat der NATO-Westbindung unterordnete.

Ausgerechnet den angeblich vaterlandslosen Gesellen der 68er APO blieb es vorbehalten, Alternativen zum Status quo zu formulieren. Rudi Dutschke und Bernd Rabehl, beide Spitzenleute des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, legten schon im Juni 1967 einen Plan für eine schrittweise Überwindung der deutschen Zweistaatlichkeit vor: Ein von den Besatzungsmächten freies und basisdemokratisches Berlin sollte der "Transmissionsriemen" für die nationale Einheit werden.

Die ghibellinische Idee

In den Wirren der Wendezeit unternahm dann der Germanist und Dramaturg Hans-Dietrich Sander den Versuch, in den rasenden Lauf der Dinge einzugreifen. Als Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift Staatsbriefe überraschte er seine Leser mit einer rechten Utopie, die ihre Inspiration aus dem sizilianischen Königreich des Stauferkaisers Friedrichs II. (1220-1250) bezog. Nur dieser verkörperte für den Brecht-Schüler "den deutschen Reichsgedanken, die ghibellinische Idee, in maximaler Reinheit".

Den frühen Tod des Stauferkaisers machte Sander - der bei Preußen-Papst Schoeps in Erlangen promoviert worden war und schon als Feuilletonist in den 1960er Jahren in der Welt unter Hans Zehrer für die Reichsidee warb - dafür verantwortlich, daß nicht schon im 13. Jahrhundert ein moderner Verwaltungsstaat entstand, der von der Grafschaft Holstein im Norden bis zur Insel Malta im Süden gereicht hätte. Dieser hätte Europa wegen der ausgleichenden Religionspolitik des Monarchen sowohl die spätere Glaubensspaltung als auch die Konfessionskriege mit ihren Millionen Toten erspart.

Eine Wiederbelebung dieser geradezu glühenden Reichsvision wollte in den 1990er Jahren allerdings nicht gelingen. Dabei schien zu Beginn des Jahrzehnts noch sehr viel möglich zu sein. Das zeigten nicht nur die auch in Kreisen der etablierten Politik geführten Debatten um die mögliche Schaffung eines Bundeslandes Preußen nach einer Fusion von Brandenburg mit Berlin, sondern auch die zwischenzeitlichen Träume von einer Transformation des heute russischen Nordostpreußens mit seiner Hauptstadt Königsberg in ein "Luxemburg an der Ostsee", das 1993 von dem damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Wilfried Böhm und dem heutigen Welt-Redakteur Ansgar Graw vorgeschlagen wurde.

Aus gegenwärtiger Sicht scheint insbesondere das föderale Prinzip des Ersten Reiches zukunftsweisend zu sein, denn die Unabhängigkeitsbestrebungen in Schottland, Korsika oder Katalonien signalisieren einen Abschied vom zentralisierten Nationalstaat alter Prägung.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 14. Dezember 2022:

>>"**Die AfD ist vom System infiziert**"

Der frühere Bundestagsabgeordnete Hansjörg Müller hat mit "Scheindemokratie" ein Enthüllungsbuch geschrieben: über seine Erfahrungen mit dem Parlamentsbetrieb und mit seiner Partei. Er plaudert aus dem Nähkästchen, was nicht alle freuen wird ...

_ Hansjörg Müller im Gespräch mit Jürgen Elsässer

Herr Müller, Sie waren Bundestagsabgeordneter für die AfD bis zum Ende des Jahres 2021. Sie sind jetzt nicht mehr im Bundestag und haben statt dessen ein Buch geschrieben: "Scheindemokratie". Ich habe den Eindruck, der Titel bezieht sich nicht nur auf die Bundesrepublik Deutschland, das BRD-System, sondern auch auf die Partei AfD.

Es bezieht sich auf beides. Im Endeffekt ist das große Problem, das die AfD hat, daß sie sich den Spielregeln des politischen Gegners unterwirft, was man als Opposition nicht tun sollte. Man soll ja Opposition betreiben. Die AfD unterwirft sich den Spielregeln, die die politischen Gegner vorgeben, also die Sandkastengröße, innerhalb der sich die AfD im politischen Spiel bewegen darf. Damit infiltriert und infiziert der politische Gegner mit seinen Einflüssen auch die eigene (AfD) Partei. Da muß ich das Prinzip an sich kritisieren, weil es undemokratisch ist. Es ist eine große Systemkritik und ich stelle im Buch auch die Systemfrage. Da kann ich die eigene Partei nicht ausnehmen, weil sie Teil des Ganzen ist.

Nennen Sie doch mal aus Ihrem Buch ein Beispiel, aus ihrer politischen Biographie, wo die AfD sich mit der Scheindemokratie des Systems infiziert hat.

Ganz aktuell, jetzt in dieser Schmierenkommödie der angebliche Reichsbürgerputsch. Da haben jetzt unsere beiden Vorsitzenden gesagt, daß sie "vollstes Vertrauen" in den Staat und seine Institutionen hätten, was die Aufklärung des Falles betrifft. Ja wie denn jetzt?

Auf der einen Seite kritisiert die AfD-Führung, daß genau der Staat und seine Institutionen durch die politischen Gegner unterwandert und ferngesteuert seien, über dahinterstehende Lobbyisten-Netzwerke. Dann kann so ein Staat, dessen Strukturen so unterwandert sind, gar nicht aufklären. Dann sagen Sie aber auf der anderen Seite, sie hätten vollstes Vertrauen in diese Institutionen. Wobei die AfD doch genau weiß, daß diese Institutionen permanent gegen die AfD mißbraucht werden, durch diejenigen, die an den Hebeln sitzen. Siehe auch nur den Verfassungsschutz, das wäre schon das nächste Beispiel.

Sie waren im Bundestag und können aus eigener Sicht sagen, inwiefern nicht nur der politische Gegner die AfD, sondern auch die AfD sich selbst blockiert hat.

Das zieht sich durch mein ganzes Buch, wie sich die AfD selbst Fesseln anlegt. Man unterwirft sich dem Mißbrauch des Verfassungsschutzes durch die politischen Gegner, anstatt zu sagen: "Hey!" Es wird zwar festgestellt, daß der Verfassungsschutz ein Regierungsschutz ist, aber es werden keine Konsequenzen daraus gezogen. Ich bin ein Mann der Tat, ich komme aus der Wirtschaft. Wenn ich ein Problem erkenne, dann muß ich doch was dagegen tun. Und nicht nur "Ach, das ist aber schade und traurig".

Es fehlt in der AfD grundsätzlich die Konsequenz, aus Analysen, die man durchaus richtig trifft, auch Handlungen abzuleiten. Der heutige Staat ist doch keine Demokratie mehr. Er ist faktisch degeneriert. Über die Parteien zu einer Quasi- oder De-Facto-Diktatur. Das hat die AfD auch erkannt, aber dann müßte sie entsprechend handeln und sagen, wir wollen jetzt endlich mal eine Demokratie haben, die uns seit 1949 versprochen wird.

Wir bringen Modelle, wir legen Vorschläge auf den Tisch. Und ihr, die sie kaputt gemacht habt, diese Demokratie, ihr Scheindemokraten von den Systemparteien, jetzt seid mal ganz ruhig. Und das erste, was wir abschaffen, ist der Verfassungsschutz. Das wäre echtes Handeln von der Opposition. Aber das findet ja kaum statt, nur im Osten der Republik. Deshalb spreche ich in meinem Buch oft von Oppositions-Schauspielern.

Hansjörg Müller: "Scheindemokratie - Ist die AfD eine demokratische Partei?"<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 19. Dezember 2022: >>**Vorsicht, Enteignung! "Lastenausgleich" droht!**

Von Jürgen Elsässer

Vorsicht, Enteignung! 2023/24 könnten Sie Ihr Hab und Gut verlieren - so wie Ihre Eltern und Großeltern hundert Jahre zuvor.

Die Januar-Ausgabe von COMPACT zeigt auf, daß die Ursachen der damaligen Hyperinflation und es heutigen Inflationsschubes strukturell ähnlich sind: Eine Schuldenbombe explodiert, weil der Wirtschaft plötzlich die Energiezufuhr abgeschnitten wird - 1923 durch die französische Besetzung des Ruhrgebiets, hundert Jahre später durch das Embargo gegen Rußland. ...

Inflation ist Enteignung: Wenn die Geldentwertung, wie zum Jahresende 2022, bei zehn Prozent liegt, ist von Ihrem Sparguthaben in zehn Jahren nur noch ein Häufchen Elend übrig. Aber, wie Markus Krall in unserer Januarausgabe ausführt: Bei den zehn Prozent Geldentwertung dürfte es 2023 nicht bleiben ...

Das Raubgesetz zum "Lastenausgleich"

... Die Uhr tickt: Mit Stichtag 1. Januar 2024 tritt ein Raubgesetz in Kraft. Es trägt, wie sein Vorgänger aus dem Jahr 1952, den harmlosen Namen Lastenausgleichsgesetz. Damals erhielten Vertriebene, Spätheimkehrer und Bombenopfer einen Ausgleich für ihre kriegsbedingten Schäden. Zur Kasse gebeten wurden alle Bürger mit einem Vermögen über 5.000 D-Mark. Sie mußten glatt die Hälfte davon zur Umverteilung an den Staat abgeben, in der Summe waren das 150 Milliarden D-Mark. Das hat damals nicht zu einem Aufstand geführt, weil die Enteignung über 30 Jahre gestreckt wurde und leidgeprüften Landsleuten zugute kam. Außerdem profitierten zur selben Zeit alle vom Wirtschaftswunder - die stark anziehende Konjunktur ließ Profite und Gehälter steigen. Das war noch ein Deutschland, in dem man gut und gerne lebte.

Vorwand: Impfofer-Fürsorge

Aber 70 Jahre später gibt es in Deutschland keine Bombenopfer mehr, das Gesetz hätte also längst abgeschafft werden können. Und wenn man es in weiser Vorsorge für eine unfriedliche Zukunft hätte in Kraft lassen wollen, wäre daran gar nichts zu ändern gewesen. Es wurde aber geändert, und zwar am 12. Dezember 2019. Als Zweck des Lastenausgleichs wurde in der

Novellierung "Kriegsopferfürsorge" durch "soziale Entschädigung" ersetzt und zur Präzisierung auf das 14. Sozialgesetzbuch verwiesen.

Hier kann man unter Paragraph 1 (2) Absatz 4 lesen, daß Opfer von "Schutzimpfungen oder andere(n) Maßnahmen im Zusammenhang der spezifischen Prophylaxe" gemeint sind. Komisch, daß es Leute gab, die schon ein Vierteljahr vor Corona-Beginn wußten, daß auf uns eine Spritzenwelle mit massiven Schädigungen zulaufen würde, die das Ausmaß der Verheerungen des Zweiten Weltkriegs haben könnte.

Der Sozi-Veteran Sigmar Gabriel führte im April 2020 aus: "Wir stehen vor einer dramatischen Entwicklung in unserer Wirtschaft. ... Lastenausgleich - also daß der, der starke Schultern hat in der schwersten Krise, die das Land seit seiner Gründung zu bestehen hat, etwas mehr dazu beiträgt, das Land wieder aus der Krise rauszuholen, als er das normalerweise tun muß." Der Historiker Heinrich August Winkler, ebenfalls ein Sozi, ergänzte: "Es muß zu steuerlichen Belastungen derer kommen, die von der Krise wirtschaftlich weniger stark betroffen sind oder gar von ihr profitieren."

Das muß bei jedem, der noch ein bißchen was über die letzten Jahre gerettet hat, die Alarmglocken schrillen lassen. Der Staat plant einen großen Enteignungsfeldzug! Was den Bürgern genommen wird, soll natürlich nicht die Impfpflicht entschädigen, sondern die Schuldenkrater füllen, die der Staat durch seinen Lockdown-Wahnsinn und als Schütze Arsch der Panzerkoalition gegen Rußland aufgerissen hat. "Gerade angesichts der Folgen des Krieges in der Ukraine ist es überfällig, in Deutschland einen gerechten Lastenausgleich zu schaffen", flötet die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi. Wetten, daß am Ende auch die fleißigen Arbeiter dran glauben müssen, die zu vertreten sie vorheuchelt?

Vorsicht, Häuslebesitzer

Als Erstes aber wird es den Häuslebesitzern an den Kragen gehen. Über den sogenannten Zensus 2022 mußten sich Immobilieneigentümer nackig machen - jetzt weiß der gierige Fiskus genau, wo jemand angeblich zu viel Wohnraum oder Leerstand hat oder sogar - Todsünde! - noch mit Kohle heizt. Um hier zuzugreifen, genügt dem Staat vermutlich sogar die ab 2025 neu zu berechnende Grundsteuer. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2022 im Sondermagazin Geschichte Nr. 13 über die vermeintliche Kollektivschuld der Deutschen (x367/76-78):

>>Gegen den Schuld kult

_ von *Domenico Losurdo*

Die Herabwürdigung der Deutschen als verachtenswertes Volk wurde immer wieder mit ihrem "Sonderweg" in der Geschichte begründet. Ausgerechnet ein marxistischer Philosoph warf sich gegen dieses Vorurteil in die Bresche - mit ungewöhnlichen Argumenten.

... Wehe den Besiegten!

Doch mit der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch Hitler bekommt die These vom zuinnerst barbarischen und kriegshetzerischen Charakter des deutschen Volkes nicht nur neuen Aufschwung, sondern nimmt zudem eine noch beunruhigendere Färbung an. In einer Rede vom April 1941 erklärt Premier Winston Churchill: "Es gibt weniger als 70 Millionen bössartiger Hunnen - einige (some) davon sind zu heilen, andere (oder vielleicht die anderen; der Originaltext lautet: others) umzubringen."

Noch vielsagender ist die Stellungnahme eines anderen bedeutenden Staatsmannes. Nachdem er in Jalta 1943 erklärt hatte, er fühle sich "blutdürstiger denn je gegen die Deutschen" wegen der von ihnen begangenen Gräueltaten, nimmt US-Präsident Franklin Delano Roosevelt schließlich, ohne es zu wissen, den von einem frommen und bekannten amerikanischen Pastor schon im Ersten Weltkrieg gemachten Vorschlag wieder auf: "Wir müssen hart mit Deutschland umgehen, und ich meine das deutsche Volk, nicht nur die Nazis.

Entweder müssen wir das deutsche Volk kastrieren, oder man muß die Deutschen in einer

Weise behandeln, daß sie nicht immerzu Leute in die Welt setzen, die so weitermachen wollen wie früher." Indem er die "historische Natur" des "Bösen" des Hitler-Regimes und seiner Ideologie hervorhebt, macht er unfreiwillig deutlich, wie die von ihm geforderten "Sterilisationen" in Wahrheit das "von den Nazis gegebene Beispiel" nachahmen. Tatsächlich gehen der "Endlösung" im Dritten Reich wiederholte Programme oder Anregungen zur "Massensterilisation der Juden" voraus.

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es auch heute noch Leute, die den Mythos eines auf ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israels unmöglich zu machen.

Nur so lassen sich die plumpe Agitation der Antideutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historikers Daniel J. Goldhagen (Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, 1996) erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "eliminatorischen Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes". Diese These baut auf kolossalen Verdrängungen auf. Im Personenregister seines Buches sind weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die von Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren.

Unaufhörlich unterstreicht der amerikanische Historiker den Massenkonsens in Deutschland für die Judenverfolgungen, der auf die "Endlösung" hinauslief. Man könnte sich aber auch fragen, auf welchem Konsens in den Vereinigten Staaten die Einsperrung der Staatsbürger japanischer Herkunft in Konzentrationslagern und die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beruhten?

Vor allem: Welchen Konsens fand der Rassismus, der in Amerika die Deportation, die Dezimierung oder die Vernichtung der Indianer und die Versklavung und die Unterdrückung der Schwarzen auch nach der formellen Abschaffung der Sklaverei noch mitten im 20. Jahrhundert rechtfertigte? Wollte man wie Goldhagen argumentieren, so könnte man sagen, daß der "Versklavungsrassismus", was die Schwarzen betrifft, und der "Vernichtungsrassismus", was die Indianer betrifft, eine "allgemeine Charakteristik des amerikanischen Volkes" sind.

Propaganda für den Krieg

Goldhagens Buch hat auch in Deutschland einen großen Erfolg erzielt. Die Scham, die das deutsche Volk weiterhin für die Verbrechen des Dritten Reichs empfindet, ist zweifellos positiv zu sehen. Eine ganz andere Bedeutung hat indessen die anhaltende Ablaßzahlung für die "Sünde" des reaktionären und kriminellen Sonderwegs. Die wahllose Selbstgeißelung ist nur die andere Seite der impliziten Freisprechung des sozialen Systems, das die zwei Weltkriege ausgelöst und den Imperialismus in seinen verschiedenen Formen, den barbarischsten inbegriffen, gefördert hat.

Sie dient außerdem der impliziten Verschönerung der Geschichte der restlichen Länder des Westens. Paradoxerweise läuft die wahllose Selbstgeißelung des deutschen Volkes darauf hinaus, das gute Gewissen und den Chauvinismus nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der reaktionärsten Kreise Deutschlands zu bestärken, die die Beteiligung an den von den USA geführten Kriegen mit dem Argument propagieren, man müsse ein für alle Mal mit dem verfluchten deutschen Sonderweg brechen. ...

_ Domenico Losurdo, Jahrgang 1941, war bis zu seinem Tod 2018 einer der wichtigsten zeitgenössischen Philosophen Italiens. Der bekennende Marxist lehrte an der Universität von Urbino und war Vorsitzender der Internationalen Gesellschaft Hegel-Marx für dialektisches Denken. Der obige Text fußt auf seinem Werk "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?", das 2009 im Kai-Homilius-Verlag erschien. Mit über 50 veröffentlichten Bü-

chern war der Italiener einer der produktivsten kommunistischen Autoren der Gegenwart.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2022 im Sondermagazin
Geschichte Nr. 13 über den krankhaften Schuldkult der Deutschen (x367/79,81-82):
>>"**Deutschland denken heißt Auschwitz denken**"

_ von Jürgen Elsässer

Die BRD-Linke setzte schon früh alles daran, Deutschland einen negativen Sonderweg anzudichten. Im Historikerstreit der 1980er Jahre erhoben konservative Wissenschaftler Einspruch - und unterlagen. Doch plötzlich ist die Kontroverse wieder aufgeflammt.

In der frühen Bundesrepublik herrschte bei allem Abscheu über die NS-Verbrechen noch ein gesundes Nationalbewußtsein - man betrachtete die verhängnisvollen zwölf Jahre als Ausnahmefall und nicht als Konsequenz der tausendjährigen Geschichte zuvor. Es war der Historiker Fritz Fischer, der diese Mehrheitsposition 1961 als erster publikumswirksam attackierte. Sein Buch Griff nach der Weltmacht führte zu wütenden Protesten, sein Vortrag auf dem Deutschen Historikertag 1964 zu tumultartigen Szenen.

Seine Thesen gaben dem Reich nicht nur die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg, sondern gingen weit darüber hinaus: "Jedenfalls kam Hitler nicht aus der Hölle oder vom Himmel und war kein "Betriebsunfall". Er gehört, gemessen an den Voraussetzungen, die sein Wirken und sein Auftreten ermöglichten, wie an seiner Gedankenwelt, tief in die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

"Hans-Ulrich Wehler, der im Gefolge der sogenannten Fischer-Kontroverse zum bedeutendsten Vertreter der Sonderwegsthese wurde, faßte zusammen: "Bis 1945, in manchen Bereichen darüber hinaus, wirkte sich, durch ältere historische Traditionen und neue Erfahrungen begünstigt, der fatale Erfolg der kaiserlichen Machteliten aus: in der Anfälligkeit für autoritäre Politik; der Demokratiefeindschaft im Bildungs- und Parteiwesen; im Einfluß vorindustrieller Führungsgruppen, Normen, Wunschbilder; ... in der Manipulation des politischen Antisemitismus." ...

Weizsäckers Dolchstoß

Höhepunkt der konservativen Offensive waren die Thesen Resonanz. "Auschwitz resultierte nicht in erster Linie aus dem überlieferten Antisemitismus und war im Kern nicht ein bloßer "Völkermord", sondern es handelte sich vor allem um die aus Angst geborene Reaktion auf die Vernichtungsvorgänge der russischen Revolution."

Sechs Jahre später arbeitete er heraus, daß "all dasjenige, was die Nationalsozialisten später taten, mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung", bereits von anderen verbrochen worden sei. "Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine "asiatische" Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer "asiatischen" Tat betrachteten? War nicht der "Archipel Gulag" ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der "Klassenmord" der Bolschewiki das logische und faktische Prius des "Rassenmords" der Nationalsozialisten?"

Widerspruch gegen Nolte folgte umgehend und nicht nur von den Sonderwegstheoretikern. So sprach Eberhard Jäckel von einer "abstrusen Assoziationskette", Jürgen Kocka von "abstrus-spekulativen Deutungen".

Kurt Sontheimer unkte, daß die konservativen Historiker "eine Tradition der deutschen Nationalhistoriographie der vordemokratischen Ära" aufnahmen. Jürgen Habermas, bekanntester Schüler von Horkheimer und Adorno, sprach ex cathedra: "Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist ein Verfassungspatriotismus ... Wer die Deutschen zu einer konventionellen Form ihrer nationalen Identität zurückrufen will, zerstört die einzig verlässliche Basis unserer Bindung an den Westen." Spiegel-Chef Rudolf Augstein bezichtigte Nolte gar der "neuen Auschwitz-Lüge".

Die mächtigste Unterstützung für die linken Historiker kam jedoch aus einer gänzlich uner-

warteten Richtung - vom CDU-Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Dessen Vater hatte in Hitlers Außenministerium gearbeitet - bis zum Schluß.

Der Sohn dagegen postulierte zum 40. Jahrestag des Kriegsendes den 8. Mai 1945 als "Tag der Befreiung" und übernahm damit das Geschichtsbild der Antifa. Mit diesem Rückenwind setzten sich Habermas und seine Mitstreiter durch. Eine "Wiedergeburt der Linken" habe im Historikerstreit stattgefunden, bilanzierte die SPD-nahe Theoriezeitschrift Neue Gesellschaft im April 1989.

Die Wiedervereinigung schien zu einer Renaissance nationalen Denkens zu führen - die anti-deutsche Position von Günter Grass "Deutschland denken heißt Auschwitz denken" blieb einer extremen Minderheit vorbehalten. Aber das war nur ein Intermezzo. Mit der Wehrmachtsausstellung und dem Siegeszug des US-Historikers Daniel Goldhagen setzte sich die Um- und Abwertung unserer Geschichte fort. Ernst Nolte wurde zur Unperson erklärt und aus der Wissenschaft ausgestoßen. Die Übernahme von Antifa-Positionen und -Personal in die Regierungspolitik begann mit Gerhard Schröders "Aufstand der Anständigen" und wurde unter Angela Merkel weiter radikalisiert.

Neue Hoffnung

Doch der Zug nach links wurde 2012 plötzlich gestört, zumindest in der Geschichtswissenschaft. Christopher Clark widersprach in seinem Opus magnum Die Schlafwandler der einseitigen Schuldzuweisung an Deutschland in Bezug auf den Ersten Weltkrieg. Dem Australier gelang, was man keinem Deutschen gestattet hätte: Er durfte in großen Blättern und Talkshows seine Thesen ausbreiten.

In seine Fußstapfen trat Anfang 2021 die vergleichsweise junge Historikerin Hedwig Richter mit ihrem Buch Demokratie - Eine deutsche Affäre. Sie konnte zunächst an den allmächtigen Zensoren vorbeischlüpfen, weil sie zum einen an der Bundeswehr-Universität in München lehrt und zum anderen bisher zu den Lieblingen ihres Fachs gehörte, da sie Geschichte aus explizit feministischer Sicht erzählt - unter anderem in Beiträgen für die FAZ, die Süddeutsche, für Zeit und Taz. In ihrer Neuerscheinung stellt sie die Nazis nicht als primitive Gegner der Demokratie, sondern als deren raffinierte Ausnutzer ("braune Jakobiner") dar. Außerdem kommt bei ihr das Kaiserreich viel besser weg als im Mainstream.

So weist sie beispielsweise darauf hin, daß die Hohenzollern die "Tortur" bereits 1755 abschafften, zu einem Zeitpunkt, als links des Rheins im vermeintlich so fortschrittlichen Frankreich noch jahrzehntelang auf bestialischste Art gefoltert wurde. Darüber hinaus gab es ihrer Auffassung nach im gesamten deutschsprachigen Raum schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts eine auch im internationalen Vergleich starke Strömung, "die staatsbürgerliche Gleichberechtigung mit Freiheit, Menschenrechten und Formen des Republikanismus verband".

Von einem irgendwie autoritären Sonderweg der Deutschen im 19. Jahrhundert kann nach ihrer Auffassung auch deswegen nicht gesprochen werden, weil sich diese Entwicklung nach der Gründung des Bismarck-Reiches fortsetzte. Das Parlament - und nicht etwa der Monarch - war, wie die Autorin sich ausdrückt, die eigentliche "Primadonna" des neuen Staates, um die sich alles drehte.

Kein Wunder, daß die 48-Jährige unter Feuer kam. Für Andreas Wirsching, den mächtigen Chef des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, war ihre Feststellung, der Nationalsozialismus sei "aus einer Demokratie und aus weit über hundert Jahre alten demokratischen Traditionen" entstanden, ein "unsäglicher Satz". Der in Marburg lehrende Eckart Conze veröffentlichte gleich zwei Brandartikel - einen im Spiegel und einen in der Zeit. Dort warf er Richter vor, eine "neonationalistische, neowilhelminische Agenda" zu verfolgen. Aber noch hält sich die Frau wacker. Die FAZ bezeichnete sie Ende April 2021 als "Pop-Historikerin" und als einen "Star der Geschichtswissenschaft". Schafft ausgerechnet eine Feministin die Wende im Diskurs?

KZ-System und KFZ-System

Für die Gründer der Kritischen Theorie wurzelte der Vernichtungswahn nicht im Deutschtum, sondern in der modernen Technokratie. In der Negativen Dialektik, einem seiner Hauptwerke nach 1945, zieht Theodor W. Adorno einen Vergleich zwischen der Numerierung der Häftlinge in den KZs sowie der Standardisierung der Autotypen und der Uniformität der Unterhaltungsmusik in den USA: "Was die Sadisten im Lager ihren Opfern ansagten: Morgen wirst du als Rauch aus diesem Schornstein in den Himmel dich schlängeln, nennt die Gleichgültigkeit des Lebens jedes Einzelnen, auf welche Geschichte sich hinbewegt: Schon in seiner formalen Freiheit ist er so fungibel und ersetzbar wie dann unter den Tritten der Liquidatoren."

In Auschwitz habe sich nur vollendet, "was die immanente Entwicklung der Technik ... längst entschieden hat. ... Und welche Chauffierenden hätten nicht schon die Kräfte seines Motors in Versuchung geführt, das Ungeziefer der Straße, Passanten, Kinder und Radfahrer, zuschanden zu fahren. In den Bewegungen, welche die Maschinen von den sie Bedienenden verlangen, liegt schon das Gewaltsame, Zuschlagende, stoßweise Unaufhörliche der faschistischen Mißhandlungen." <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2022 im Sondermagazin Geschichte Nr. 17 über polnische Reparationsforderungen und die von Polen und Rußland verwalteten deutschen Ostgebiete (x368/8-11,14): >>Die Schatten der Vergangenheit

_ von Daniell Pföhringer und Sven Reuth

Mit seiner Forderung nach astronomisch hohen Reparationszahlungen streut Warschau Salz in eine anscheinend immer noch offene Wunde. Seine eigenen Verbrechen blendet Polen dabei aus.

Das Datum hätte kaum symbolträchtiger sein können: Genau am 3. Oktober 2022, dem Tag der Deutschen Einheit, unterzeichnete Polens Außenminister Zbigniew Rau jene diplomatische Note an das Berliner Auswärtige Amt, mit dem das Weichselland seine exorbitant hohe Reparationsforderung von umgerechnet 1,3 Billionen - ein Vielfaches des Bundeshaushaltes - hochhoffiziell an Deutschland gestellt hat. Nach Ansicht Warschaus sollen damit die materiellen und immateriellen Schäden, die Polen durch den Zweiten Weltkrieg und die deutsche Besatzung erlitten habe, kompensiert werden.

In dem von Rau unterzeichneten Dokument ist allerdings nicht von Reparationen die Rede, sondern von "Entschädigung". Dieser Begriff sei "sehr viel weiter gefaßt und umfaßt sowohl Reparationen im völkerrechtlichen Sinne als auch andere Ansprüche, die in der Note beschrieben werden", so die Begründung Warschaus.

Die deutschen Verluste

Die konservative PiS-Regierung in Warschau stellt solche Forderungen schon seit Jahren. Neu ist die konkrete Bezifferung der geforderten Summe, die eine Kommission des polnischen Parlaments in einem Gutachten errechnet hat, das - nicht minder symbolträchtig - am 1. September 2022, also zum Jahrestag des deutschen Einmarsches 1939, vorgestellt worden war.

Man kann es nur als dreist bezeichnen, daß in dem Papier die Provinzen Pommern, Schlesien, Ostbrandenburg und das südliche Ostpreußen - also jene früheren deutschen Ostgebiete, die sich Polen nach 1945 einverleibte - mit keiner Silbe erwähnt werden. Die Annexion von gut einem Fünftel des Reichsgebiets von 1937 soll also keinerlei Wert besessen haben? Weder die Kohlebergwerke in Schlesien noch die Seen und Wälder Ostpreußens noch die hunderttausenden von Fabriken und Immobilien, die man in Besitz nehmen konnte?

Ein näherer Blick auf die Provinzen macht deutlich, wie absurd die Reparationsforderungen Warschaus sind - und zeigt, wie schlecht Polen dastünde, machte man eine Gegenrechnung auf. Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg, als das ostoberschlesische Industrievier Polen zugeschlagen wurde, verlor Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit Schlesien - neben

den Bodenschätzen (Steinkohle, Braunkohle, Kaolin, Granit, Magnesit, Nickel, Basalt, Zink- und Bleierze) - hochwertige Produktionsanlagen für Waggon, Kessel, Werkzeug, Kraftmaschinen, Armaturen und Instrumente. Die Vermögensverluste in der Land- und Fischereiwirtschaft in Pommern oder Ostpreußen waren ebenfalls gigantisch.

Die Gesamtfläche der größtenteils an Polen abgetretenen Ostgebiete beträgt 137.497 Quadratkilometer oder 13.749.700 Hektar. Bei einer Bodennutzungsgebühr von jährlich nur zehn Euro je Hektar ergäbe dies die ungeheure Summe von 137.497.000 Euro. Berechnet auf 70 Jahre würde sich diese imaginäre Pachtschuld ohne Zins und Zinseszins auf über 9,6 Billionen Euro belaufen. Natürlich könnte man nun einwenden, daß große Flächen davon mit Sümpfen oder Sandböden bedeckt sind.

Auf der anderen Seite sind die wertvollen Industrieanlagen und Kulturdenkmäler, die verloren gingen, in dieser Rechnung noch nicht einmal berücksichtigt. Allein der kulturelle Gesamtwert der Gebiete beträgt Schätzungen zufolge mindestens 3,9 Billionen Euro. Warum also noch Reparationen? Zumal Polen seit den 1970er Jahren von Deutschland schon mehrere Milliarden an Krediten und Entschädigungszahlungen erhalten hat.

Die Rückgabe deutscher Kulturgüter, die sich seit dem Zweiten Weltkrieg in polnischer Hand befinden, wird von Warschau übrigens schon seit vielen Jahren unter immer neuen Vorwänden abgelehnt. Professor Wojciech Kowalski, der lange Zeit als polnischer Verhandlungsführer mit dieser Sache betraut war, begründete dies 2007 im Interview mit der *Taz* wie folgt: "Mit Raub- und Beutekunst sind Kulturgüter gemeint, die Aggressoren oder Okkupanten im Krieg aus fremden Territorien abtransportieren, obwohl die Haager Landkriegsordnung von 1907 dies verbietet. Wir aber haben 1945 nach der Westverschiebung Polens durch die Alliierten die deutschen Kulturgüter in den ehemaligen deutschen Ostgebieten vorgefunden. Das ist ein Unterschied."

Die Beethoven-Partituren und Goethe-Briefe beispielsweise, die seit 1945 in der Jagiellonischen Bibliothek in Krakau liegen, sind also nur durch einen Zufall auf polnischem Gebiet gelandet? Wohlgermerkt: Hierbei handelt es sich um Bestände der alten Preußischen Staatsbibliothek, die im Zweiten Weltkrieg zum Schutz vor alliierten Bomben von Berlin ins schlesische Kloster Grüssau ausgelagert wurden.

Die von dort nach Krakau verbrachten Archivalien umfassen rund 300.000 Bände, darunter wertvolle mittelalterliche Handschriften, Autografen Martin Luthers und Goethes, die Doktorarbeit Friedrich Schillers und nicht zuletzt einzigartige Musikalien wie die Partituren der meisten Beethoven- und Mozart-Werke. Sogar die Originalhandschrift vom "Lied der Deutschen" von Hoffmann von Fallersleben gehört zu der Sammlung, deren Existenz bis 1977 von polnischer Seite schlichtweg geleugnet wurde. Gespräche darüber sind aus Sicht Warschaws zwecklos - oder wie es Kowalski formuliert: "Wir wiederholen, daß die deutschen Kulturgüter mit der Grenzverschiebung 1945 in unser Eigentum übergegangen sind und wir den Deutschen daher nichts gestohlen haben."

Das Verhängnis von Versailles

Daß Berlin seine Interessen gegenüber Warschau nicht selbstbewußt vertritt und auch in der Reparationsfrage nur schmallippig auf Polens Verzichtserklärung von 1953 sowie den Zweipus-vier-Vertrag von 1990 verweist, liegt in der üblichen Rollenzuschreibung begründet: Die Deutschen waren im vergangenen Jahrhundert stets Täter, die Polen immer nur Opfer. Doch ein Blick in die Geschichtsbücher verdeutlicht, daß dies so nicht zutrifft.

So beendeten das Deutsche Kaiserreich und Österreich-Ungarn während des Ersten Weltkriegs die zuvor 121 Jahre währende Ära der fehlenden polnischen Eigenstaatlichkeit. Im Namen Wilhelms II. und Franz Josephs verlasen der deutsche und der österreichische Generalgouverneur am 5. November 1916 eine gemeinsame Proklamation der beiden Monarchen. Diese bestimmte die Schaffung eines "Polnischen Königreichs", das "aus den der russischen

Herrschaft entrissenen Gebieten" gebildet wurde.

Als sich im Herbst 1918 die Niederlage der Mittelmächte immer deutlicher abzeichnete, veränderte sich die Lage: Am 11. November, dem heutigen polnischen Nationalfeiertag, legte der noch von den Deutschen geschaffene Regentschaftsrat die Macht in die Hände von Jozef Pilsudski. Dieser verfolgte in den 17 Jahren bis zu seinem Tod ein großpolnisches Programm, für das er auch Kriege in Kauf zu nehmen bereit war.

Bedauerlicherweise begann nun eine Periode der Feindschaft zwischen Deutschen und Polen. Dies hatte nicht zuletzt damit zu tun, daß Roman Dmowski, der Leiter der polnischen Delegation bei den Verhandlungen in Versailles, ein fanatischer Germanophober war. Er bemühte sich, seit Jahrhunderten deutsch besiedelte Gebiete seinem Land einzuverleiben - was ihm mit einer Fülle gefälschter Bevölkerungsstatistiken und Karten dann auch gelang.

Mit drei Aufständen in Oberschlesien versuchte die polnische Untergrundarmee POW, die Verhältnisse weiter zu ihren Gunsten zu verändern. Die deutsche Minderheit im neuen Staat wurde massiven Repressionen ausgesetzt - und sogar in Lager gesperrt. In Warschau akzeptierte man aber auch die in Versailles festgelegte Ostgrenze nicht, was zwischen 1919 und 1921 zu Kriegen mit Sowjetrußland und Litauen führte.

Doch schon 1920 überschlugen sich die Ereignisse. Im Mai eroberten die polnischen Armeen erst die ukrainische Hauptstadt Kiew, um dann von sowjetischen Truppen hunderte von Kilometer weit nach Westen zurückgeworfen zu werden. Die Russen standen kurz vor Warschau, und Lenin träumte im Kreml schon von der Vollendung der Weltrevolution. Pilsudski gelang im August 1920 mit einer Zangenbewegung in letzter Sekunde dann aber doch noch die Einkesselung des Gegners und vollbrachte das sogenannte Wunder an der Weichsel.

"Appetit einer Hyäne"

Es folgte eine zweite polnische Erfolgsphase, die allerdings mit äußerst problematischen Konsequenzen verbunden war. Im Osten eroberte der junge Staat weite Gebiete, die mehrheitlich von Weißrussen, Ukrainern, Litauern, Slowaken oder Juden besiedelt waren. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Riga 1921 konnte sich die Regierung in Warschau die im Krieg gewonnenen Eroberungen sichern. Metropolen wie die heutige litauische Hauptstadt Wilna oder die galizische Kapitale Lemberg fielen an die neue Polnische Republik.

In Moskau hingegen empfand man die Abmachung als Diktat. 24 Jahre später holte sich der sowjetische Diktator Josef Stalin, der sich seinerzeit auf dem Gipfel seiner Macht befand, die Gebiete zurück, die der westliche Nachbar an sich gerissen hatte. Letzterer wurde dafür mit den deutschen Ostgebieten quasi entschädigt. Bereits in der Zwischenkriegszeit blieb Warschauer Kurs weiterhin expansiv. Nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938 verleibte man sich das Teschener Gebiet ein. Winston Churchill bemerkte in seinen Memoiren, der Weichselstaat habe sich damals mit "dem Appetit einer Hyäne" an der Aufteilung des mitteleuropäischen Landes beteiligt.

Im Jahr 1939 geriet Polen dann ins Visier von Adolf Hitler. Die Regierung in Warschau hatte dabei wesentlich zur Eskalation der Situation beigetragen. Zu nennen sind hier der fehlende Schutz der deutschen Minderheit wie auch die wirtschaftliche Abschnürung der von einem Völkerbund-Kommissar verwalteten Freien Stadt Danzig in den Monaten vor Kriegsbeginn. Die Wehrmacht benötigte nur fünf Wochen, um das Nachbarland im Osten niederzuwerfen. Es folgte nun deutscherseits eine sowohl verbrecherische als auch politisch unsäglich dumme Besatzungspolitik, nachdem Hitler Überlegungen für den möglichen Fortbestand eines polnischen Rumpfstaates fallengelassen hatte.

Auch im Osten des Landes, in den die Rote Armee einmarschiert war, herrschte breitflächiger Terror. Es gab zahlreiche Verhaftungen, Deportierungen und Erschießungen, an denen insbesondere der sowjetische Geheimdienst NKWD beteiligt war. Das zunächst den Deutschen in die Schuhe geschobene Massaker von Katyn 1940 wurde zum traurigen Symbol für diese

Vernichtungsaktionen, die an verschiedenen Orten in Westrußland, der Ukraine und in Weißrußland ihren schrecklichen Höhepunkt fanden. Es traf die vormaligen Eliten der Polnischen Republik - Offiziere, Polizisten, Beamte, Lehrer, Gutsbesitzer.

Erstaunlicherweise erhebt Polen wegen dieser Massenmorde keinerlei Reparationsforderungen. Der große starke Mann der polnischen Politik, der Vorsitzende der PiS-Partei und ehemalige Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski, begründet dies damit, daß Rußland im Gegensatz zu Deutschland kein Rechtsstaat sei. Eine mindestens ebenso große Rolle dürfte wohl spielen, daß man die selbst verschuldete Erpreßbarkeit, die im Berliner Regierungsviertel grassiert, in Moskau vergeblich sucht. Putin dürfte etwaige Rechnungen, die in Warschau mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg aufgemacht würden, schlichtweg ignorieren.

Am 13. Januar 1945 begann schließlich die Ostpreußen-Offensive der Roten Armee. Nur knapp vier Monate später standen die Sowjets schon in Berlin. In den von Stalins Truppen überrollten Provinzen herrschte die Hölle auf Erden. Heute ist kaum mehr bekannt, daß auch die Institutionen des neuen polnischen Staates - unter der von der frischgebackenen Besatzungsmacht eingesetzten sogenannten Lubliner Regierung - schwere Verbrechen begingen.

In seinem Buch *Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland* berichtet der Historiker Hubertus Knabe, daß sowohl deutsche KZs (darunter auch Auschwitz) als auch Lager des NKWD von den gerade erst geschaffenen polnischen Organen weitergeführt wurden - nur daß diese "jetzt nicht mehr polnische Zwangsarbeiter, sondern Deutsche faßten". Und weiter: "Die brutale Ausbeutung der Gefangenen bei unzureichender Verpflegung, fehlender Hygiene und mangelhafter Bekleidung führte dazu, daß sie bald völlig entkräftet waren und regelrecht dahinsiechten."

Auf der Potsdamer Konferenz der Siegermächte im Sommer 1945 wurde der Großteil der deutschen Provinzen östlich der Flüsse Oder und Neiße - mit Ausnahme vom nördlichen Ostpreußen, das an die Sowjetunion fiel - unter polnische Verwaltung gestellt. Darüber hinaus und ohne jede vertragliche Grundlage besetzten Freischärler auch noch das westlich der Oder gelegene Stettin und gliederten eine der zuvor wichtigsten deutschen Hafenstädte ebenfalls ihrem Staat an.

Wahrheit und Recht

Nachdem deutsche Politiker in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch Ansprüche auf die Ostgebiete erhoben hatten, verzichtete man zunächst in der Brandt-Ära und dann endgültig im Zwei-plus-vier-Vertrag auf die 14 Millionen Hektar deutschen Landes. Warschau zeigte sich jedoch alles andere als dankbar und überzog Berlin mit immer neuen Forderungen.

Das Vertreibungs- und das Annexionsverbot nehmen im Völkerrecht eine herausragende, international anerkannte Stellung ein. Ziel der diesbezüglichen Regelungen ist es, Vorgänge, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg abgespielt haben, unmöglich zu machen. Schon die Haager Landkriegsordnung von 1907 bestimmte in Artikel 43, daß jede Besatzungsmacht die Landesgesetze des von ihr okkupierten Gebietes beachten muß, die dort ansässige Bevölkerung nicht ihres Eigentums beraubt werden und diese nicht wegen Handlungen Einzelner bestraft werden darf. Seither sind das völkerrechtliche Vertreibungs- und Annexionsverbot immer wieder kodifiziert worden.

Auf der Tagung des Institut de Droit International in Siena 1952 meinte nur der Pole Bohdan Winiarski, daß Umsiedlungsverträge durch "höhere Interessen des internationalen Friedens" zu rechtfertigen seien. Andere Völkerrechtler verwarfen diese der polnischen Interessenlage entspringende Auffassung. Der Belgier Georges Scelle beispielsweise stellte in Siena klar heraus: "Jeder Bevölkerungstransfer stellt eine Verletzung der neuzeitlichen internationalen Ethik dar, die die vorrangige Grundlage der internationalen Rechtsordnung ist. Jeder Massentransfer stellt eine Gewaltanwendung dar, die den allgemeinen Rechtsgrundsätzen widerspricht, ganz gleich, ob es sich um einen innerstaatlichen oder zwischenstaatlichen Transfer handelt."

Es ist unbestritten, daß während der NS-Zeit schwerste Verbrechen begangen wurden, auch an Polen. Daraus haben die Deutschen ihre Schlüsse gezogen. Polen indes lehnt es bis heute ab, die menschenrechtlichen Konsequenzen aus den Verbrechen, die vor allem im Zuge der Vertreibung begangen wurden, zu ziehen. Eines Tages muß es und wird es zwischen Polen und Deutschen zu einem Ausgleich kommen, für den - das darf man nicht verschweigen - nicht wenige polnische Persönlichkeiten immer wieder eintraten.

Doch noch immer ist die politische Führung in Warschau weit davon entfernt, das ungesühnte Unrecht an den Deutschen und den Angehörigen anderer Völker anzuerkennen oder gar wiedergutzumachen. Uneinsichtigkeit und Kompromißlosigkeit können aber nie das Fundament einer wirklichen Verständigung sein, sondern nur Wahrheit und Recht.

Größenwahn

"Im polnischen Bewußtsein unserer geschichtlichen Beziehungen zu den Deutschen sind eine Menge Mythen und falscher Bilder entstanden, die im Namen der Wahrheit und zum Zwecke eigener Gesundung einmal von Lügen gereinigt werden müssen: falsche Vorstellungen von der eigenen Geschichte sind eine Krankheit der Seele der Nation, sie dienen hauptsächlich der Fremdenfeindlichkeit und dem nationalen Größenwahn." (Der polnische Publizist und Dissident Jan Jozef Lipski in seinem Essay "Zwei Vaterländer - zwei Patriotismen", 1981)<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2022 im COMPACT-Spezial Nr. 36 (x373/35-37): >>Immer noch ein besetztes Land

_ von *Karel Meissner*

Kein souveräner Staat: Die Bundesrepublik entstand 1949 als Protektorat der Siegermächte, das Grundgesetz wurde unter ihrer Führung als Provisorium verabschiedet. Mit der Wiedervereinigung seien diese Vorbehaltsrechte entfallen, behaupten viele.

Eine Beschreibung der tatsächlichen Verhältnisse nach Kriegsende gab Carlo Schmid als Vertreter der SPD am 8. September 1948 im Parlamentarischen Rat: "Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten."

Es wird deutlich, daß das Grundgesetz eben keine Verfassung, sondern lediglich ein Provisorium für die Besatzungszeit darstellte. Da dieses Gesetzeswerk aber bis heute gilt, gibt es berechtigte Zweifel, ob die Besatzungszeit wirklich zu Ende ist. Dafür spricht, daß alliierte Vorbehaltsklauseln, die etwa in Geheimverträgen zum Überleitungsvertrag 1954/55 und in Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut von 1959 und 1998 festgeschrieben wurden, ihre Gültigkeit nicht verloren haben.

Tatsache ist: Einige alliierte Kontrollratsgesetze und Bestimmungen bestehen bis heute, wurden 1968 durch die sogenannten Notstandsgesetze und durch den Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990 lediglich modifiziert. Dazu gehört Artikel zwei, Absatz eins des Überleitungsvertrags von 1955, der besagt: "Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft ..." Während also das wiedervereinigte Deutschland 1990 vordergründig die volle Souveränität erlangte, blieben gegenteilige Gesetze und Bestimmungen de facto in Kraft.

Zwei plus vier gleich fünf

Pünktlich zum 8. Mai 2015 - dem 70. Jahrestag der Niederwerfung Hitlerdeutschlands durch die alliierten Siegermächte - wartete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* mit einer kleinen Sensation auf. In einem zweispaltigen Artikel beschrieb sie die fehlende Souveränität Deutschlands - trotz Wiedervereinigung.

Unter dem Titel "Deutschland als Ganzes" und mit der Unterzeile "Am 8. Mai 1945 kapitulierte die Wehrmacht - doch das Deutsche Reich bestand fort" wagte der Redakteur des Politik-Ressorts Reinhard Müller einen Blick auf die völkerrechtliche Situation Deutschlands. Das dem transatlantischen Bündnis mit den USA sonst so verbundene Medium traute sich am Tag der sogenannten Befreiung, die immer noch ungeklärte Frage der deutschen Souveränität zu thematisieren, und scheute dabei auch nicht davor zurück, einige unbequeme Wahrheiten anzusprechen, die andere Journalisten jenseits des Mainstreams wohl den Kopf gekostet hätten. Eine Kostprobe: "So war das Kriegsende das Ende des nationalsozialistischen Regimes. Aber der deutsche Staat ging nicht unter.

Die militärische Kapitulation der Wehrmacht änderte nichts am Fortbestand des Reiches." Diese Aussage hätte man bisher nur den sogenannten Reichsbürgern zugetraut, galt die Thematisierung dieser Tatsache doch als sträfliche Verbreitung braunen Gedankenguts. Weder das deutsche Volk noch der Staat habe vor den Siegern kapituliert, so Müller, denn "die militärische Führung hatte ... weder den Willen noch die Befugnis, staatliche Souveränität aufzugeben". So übernahmen die Alliierten lediglich die Macht im besetzten Gebiet, "weder eine Annexion Deutschlands noch eine permanente Zerschlagung" seien das Ziel gewesen. Vielmehr habe man "die deutsche Staatsgewalt nur vorübergehend außer Kraft gesetzt".

Die Sonderrechte

Müller zeichnet auf nüchterne Weise die rechtlichen Entwicklungen zwischen Siegern und Besiegten nach, indem er schreibt: "Auch das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 ging vom Fortbestand Deutschlands aus. Es werden Reparationen gefordert - und es ist von einer noch mit Deutschland zu treffenden friedensvertraglichen Regelung die Rede. Doch dazu kam es lange nicht." Die Situation der geteilten Nation beschreibt der FAZ-Redakteur so: "Mit der Gründung von Bundesrepublik Deutschland und DDR 1949 wurden deutsche (Teil-)Staaten gegründet, doch behielten die Siegermächte ihre Sonderrechte in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes."

Auch die 1955 unterzeichneten Verträge zwischen dem westdeutschen Staat und den drei Mächten haben das Besatzungsregime, wie lange angenommen wurde, nicht endgültig beendet, so Müller weiter. Die alliierten Mächte sicherten sich vielmehr "Vorbehaltsrechte mit Blick auf eine Wiedervereinigung des Landes und auf einen Friedensvertrag zu". Im Ostteil sei Ähnliches geschehen. "Deutschland zerfiel somit rechtlich nicht in zwei Staaten, sondern bestand fort - gleichsam zusammengehalten von den Rechten der Alliierten." Latenter Anti-Amerikanismus? Nein, historische Tatsache.

Sogar das berühmte Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973, das erneut bestätigte, daß das Deutsche Reich nicht untergegangen sei, zitiert der FAZ-Redakteur. Die Bundesrepublik sei als Staat "identisch" mit diesem, in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings lediglich "teilidentisch". Dieses Identitätspostulat des ehemaligen Deutschen Reiches mit der unter alliierter Kontrolle stehenden Bundesrepublik wirft Fragen auf, die der Autor nicht gesondert behandelt. Doch sagt er wohl, daß auch die deutschen Ostgebiete jenseits der DDR-Grenzen zum fortbestehenden Deutschen Reich gehörten, was "jahrzehntelang ein Konsens, auch in den westdeutschen Parteien" gewesen sei. "Die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze sollte demnach einer friedensvertraglichen Regelung vorbehalten bleiben."

Der verschleppte Frieden

Das Sensationelle des Artikels liegt in der Beschreibung der Situation seit der Wiedervereinigung: "Mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag kam es 1990 dann zu einer "abschließenden" Regelung in Bezug auf

Deutschland als Ganzes. Obwohl das Besatzungsstatut seit 1955 nicht mehr gegolten hatte und beide deutsche Staaten 1973 Mitglied der Vereinten Nationen wurden, war die Wiedervereinigung nicht allein Sache der Deutschen."

Die deutschen Teilstaaten mußten, so Müller weiter, mit den vier Besatzungsmächten verhandeln, um die Einheit durchzusetzen. Insofern war diese abschließende Maßnahme kein souveräner Akt, sogar den "Verlust der Ostgebiete" habe man als Bedingung hinnehmen müssen. Der Autor zweifelt also daran, daß bei der Wiedervereinigung 1990 die deutsche Souveränität voll wiederhergestellt worden war.

Wie aber lassen sich die durch den Zwei-plus-vier- Vertrag scheinbar wiedergewonnene Einheit und Souveränität mit der Geltung besatzungsrechtlicher Vorbehalte vereinbaren? Auch darauf findet Müller eine Antwort: "Der Sache nach war das jene friedensvertragliche Regelung, die schon das Potsdamer Abkommen im Sinn hatte und bis zu der die alliierten Vorbehaltsrechte nur gelten sollten.

Der Vertrag wurde aber nicht Friedensvertrag genannt, und er enthielt ausdrücklich auch keine Reparationsregelung - weil nicht zuletzt Deutschland ein Interesse daran hatte, daß nicht jeder Staat, der bis zum 8. Mai 1945 noch mit Deutschland im Kriegszustand war, nun noch Forderungen aufstellte."

Ist das glaubhaft? Hat das besiegte Deutschland selbst seinen Einfluß genutzt, um auf einen Friedensvertrag zu verzichten, zum Schutz vor Reparationsforderungen?

Im letzten Abschnitt des Artikels wird sichtbar, was für jede Auseinandersetzung mit der Rechtslage in Deutschland symptomatisch zu sein scheint - man widerspricht sich selbst, weil nicht sein kann, was nicht sein darf:

"Allerdings ist der Zwei-plus-vier- Vertrag durchaus nicht nur von den Vertragsparteien als endgültige friedensvertragliche Regelung angesehen worden. Seitdem hat Deutschland "volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten". ... Doch gibt es auch 70 Jahre nach der Kapitulation immer noch Überbleibsel des Krieges, auch im Recht. Zum einen existieren in der UN-Charta weiter die Feindstaatenklauseln, die Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland und Japan ermöglichen. ... Zum anderen gibt es auch heute noch fortgeltendes Besatzungsrecht."

Wie kann Deutschland seine volle Souveränität zurückerhalten haben, wenn dennoch weiterhin Besatzungsrecht gilt? Der Autor spezifiziert: "Es handelt sich um Bestimmungen des Überleitungsvertrages aus dem Jahr 1953. Dieser Vertrag wurde durch einen Notenwechsel der Bundesregierung mit den ehemaligen Westmächten suspendiert.

In Kraft bleiben aber alle Maßnahmen, die für "Zwecke der Reparation oder Restitution oder aufgrund des Kriegszustandes" gegen das "deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen" durchgeführt worden sind." Wenn es noch derartige Rückstände von Besatzungsrecht in der deutschen Rechtsprechung gibt, bleiben die Fragen, weshalb man die Deutschen darüber seit Jahrzehnten im Unklaren läßt und wie weit diese Bestimmungen tatsächlich gehen. Erfreulich ist jedoch, daß eine große Tageszeitung die Ungereimtheiten der deutschen Souveränität endlich zum Thema gemacht hat.

Grundgesetz ohne Geltungsbereich

Zum 29. September 1990 wurde per Bundestagsbeschluß der Artikel 23 des Grundgesetzes gestrichen. Er hatte bis dahin dessen Geltungsbereich beschrieben, der sich auf die "alten" Bundesländer erstreckte, und weiter festgehalten: "In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen." Doch seltsam: Anstatt die neuen Bundesländer in Artikel 23 mit aufzunehmen, entfiel der entsprechende Passus an jenem 29. September 1990.

Mit anderen Worten: Als am 3. Oktober 1990 die Bundesländer der ehemaligen DDR mit denen des Westens wiedervereinigt wurden, war der Geltungsbereich des Grundgesetzes schon seit einigen Tagen erloschen. Die Gebiete Mitteldeutschlands konnten der BRD nicht beitreten, wenn der Passus, der dies leisten sollte, nicht mehr existierte. Kann eine Verfassung ohne Bestimmung des Geltungsbereichs überhaupt Gültigkeit haben? Zum Vergleich: In den Bundesverfassungen der Schweiz (Artikel 1) und Österreichs (Artikel 2) sind die jeweiligen Gel-

tungsbereiche - die Namen der Kantone beziehungsweise Bundesländer - an prominenter Stelle festgeschrieben.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 5. Januar 2023: >>**Deutsche haben Parteien satt!**

Von *Sven Eggers*

Das Vertrauen sinkt und sinkt. In seinem Buch "Scheindemokratie" beleuchtet der Ex-AfD-Bundestagsabgeordnete Hansjörg Müller die Ursachen und analysiert, warum sich die AfD deutlich besser aufstellen müßte und könnte.

Es sind dramatische Zahlen, die das Meinungsforschungsinstitut forsa im Rahmen des jährlichen "Trendbarometers" präsentiert. Demnach haben nur noch 17 (!) Prozent der Bundesbürger Vertrauen in hiesige politische Parteien, im Osten der Republik sind es gar nur 11 Prozent. Zur Erinnerung: Erst kürzlich hatten die Meinungsforscher von Allensbach veröffentlicht, daß lediglich 12,6 Prozent der Bürger mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland "sehr zufrieden" sind, im Osten gar nur 5,5 Prozent.

Vertrauenseinbruch

Einen drastischen Vertrauenseinbruch erlebt vor allem der Bundeskanzler, obwohl sich die Menschen in Krisenzeiten eigentlich an den jeweiligen Machthaber klammern. Scholz aber bricht diesen Trend mühelos. Ihm vertrauen noch 33 Prozent. Das ist ein Rekord-Rückgang um 24 Prozent innerhalb eines Jahres. Zum Vergleich: Die nicht gerade beliebte Angela Merkel erreichte noch in den letzten Jahren ihrer Kanzlerschaft Werte zwischen 50 und 75 Prozent.

Nur noch der Bundespräsident selbst genießt das Vertrauen einer Mehrheit (63 Prozent). Doch auch er hat in den vergangenen Monaten zweistellig verloren. Vor einem Jahr vertrauten dem Steinmeier noch 75 Prozent.

Man muß es sich auf der Zunge zergehen lassen: Die aufgeblähte Volksvertretung der Deutschen, das Hohe Haus, der Bundestag, genießt lediglich das Vertrauen von 37 Prozent der Bürger; ein Rückgang um 13 Prozent. Die Europäische Union, ein Lieblingskind unserer Polit-Elite, verliert nochmals sieben Prozent und liegt jetzt bei noch 31 Prozent, die dieser Institution Vertrauen schenken.

Nur noch eine Minderheit der Deutschen vertraut zudem der Bundesregierung (34 Prozent), den Stadt- und Gemeindeverwaltungen (43 Prozent), den Gemeindevertretungen (43 Prozent), den Bürgermeistern bzw. Oberbürgermeistern (44 Prozent) oder den Landesregierungen (46 Prozent). Welch ein Armutszeugnis!

Müllers Appell

Wie kann die Opposition davon profitieren? Die AfD liegt gegenwärtig bei bundesweit stabilen 15, in Sachsen und Thüringen bei 30 Prozent. Sie sollte sich darauf aber nicht ausruhen, sagt der Ex-Bundestagsabgeordnete Hansjörg Müller, der gegenüber COMPACT wie folgt argumentiert:

"Es fehlt in der AfD grundsätzlich die Konsequenz, aus Analysen, die man durchaus richtig trifft, auch Handlungen abzuleiten. Der heutige Staat ist doch keine Demokratie mehr. Er ist faktisch degeneriert. Über die Parteien zu einer Quasi- oder De-Facto-Diktatur. Das hat die AfD auch erkannt, aber dann müßte sie entsprechend handeln und sagen, wir wollen jetzt endlich mal eine Demokratie haben, die uns seit 1949 versprochen wird."

In der Tat stürzt das Vertrauen der Menschen in wesentliche Institutionen auf diversen Ebenen ab. So ermittelte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut unlängst, daß sich die Anzahl der Mütter, die "überhaupt kein Vertrauen" in die Bundesregierung haben, zwischen Oktober 2021 und November 2022 mehr als verdoppelt hat und jetzt auf 34 Prozent angestiegen ist. Die AfD ist also gut beraten, einen Kurs an den Tag zu legen, der jede Anbiederung an die Herrschenden ausschließt.

Hansjörg Müllers Buch "Scheindemokratie" stellt eine konstruktive Kritik an der AfD dar, beleuchtet aber auch, was in diesem Lande verkehrt läuft und warum.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. Januar 2023: >>**Bromberger Blutsonntag: Polnische Bartholomäusnacht**

Von *Daniell Pföhringer*

Deutsche Täter, polnische Opfer? So einfach, wie es die Regierung in Warschau als Grundlage ihrer in dieser Woche erneuerten Billionen-Forderung darstellt, ist die Sache nicht. Das zeigen beispielsweise die schrecklichen Ereignisse im September 1939 in Bromberg. ...

Schon mehrere Monate vor dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen am 1. September 1939 hatten der polnische Rundfunk und die Presse einen chauvinistischen Propagandafeldzug gegen die im Lande lebenden Minderheiten geführt. Dieser gipfelte in der Feststellung, "daß im Kriegsfall kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird". Wohlmeinende Polen warnten damals ihre Nachbarn, sich auf das Schlimmste gefaßt zu machen, die Rede von einer bevorstehenden "Bartholomäusnacht" ging um.

Die angekündigte Jagd auf Deutsche begann dann schon kurz nach Kriegsbeginn. Besonders schlimm wüteten die Polen am 3. September 1939 in Bromberg (Bydgoszcz). Die mehrheitlich deutschsprachige Stadt in Westpreußen war per Versailler Diktat 1920 dem polnischen Staat zugeschlagen worden.

Nach offenbar schon vorher erstellten Listen ermordeten zurückströmende polnische Soldaten und ein entfesselter Mob an jenem Sonntag tausende Deutsche im nun der Woiwodschaft Posen zugeordneten Bromberg und anderen Städten. Der polnische Historiker Janusz Piekalkiewicz nimmt eine Zahl von 5.000 bis 6.000 getöteten Volksdeutschen an. Deutsche Quellen von 1939 sprechen von 5.437 Toten.

Polen selbst gab die Täterschaft am sogenannten Bromberger Blutsonntag zu: Am 9. September 1939 forderte der polnische Sender in Wilna die Bevölkerung auf, sich ein Beispiel an den Mördern von Bromberg zu nehmen und im Kampf gegen die Deutschen alle erdenklichen Mittel anzuwenden.

Brechstangen und Gewehrkolben

Der US-amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas hält in seinem Buch "Die Wehrmachts-Untersuchungsstelle. Unveröffentlichte Akten über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg" über die damaligen Ereignisse in Bromberg fest:

"Bei den Hausdurchsuchungen wurden zunächst von den Soldaten und dem Mob sämtliches Geld und Wertsachen gestohlen, die Wohnungen auch sonst ausgeplündert und völlig verwüstet. Die Männer der Familie, ... vom 13-jährigen oder gar 10-jährigen Jungen bis zum 70- oder 80-jährigen Greis, wurden in fast allen Fällen in viehischer Weise umgebracht."

De Zayas zitiert den Marineoberkriegsgerichtsrat Ulrich Schattenberg, der von der Wehrmachts-Untersuchungsstelle beauftragt wurde, die ersten Zeugenvernehmungen in Polen durchzuführen. In seinem Bericht vom 14. September 1939 heißt es:

"Zumeist wurden die Ermordeten mit Brechstangen, Seitengewehren, Gewehrkolben, Knüppeln derart zusammengeschlagen, daß ihre Gesichter bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wurden. Ich sah selbst angekohlte, zum Teil verbrannte Leichen ermordeter Volksdeutscher."

Und weiter:

"In vielen Fällen mußten die Volksdeutschen die Ermordung ihrer Väter, Brüder oder Kinder mit ansehen, ohne ihnen, wenn die Verletzten noch nicht gleich tot waren, Hilfe bringen zu dürfen. Dabei wurden sie noch von den Soldaten und vom Pöbel verhöhnt. In anderen Fällen mußten sie die Ermordung der Angehörigen ansehen, um dann selbst als nächstes Opfer erschlagen oder erschossen zu werden."

Leichenhaufen an den Straßen

Doch nicht nur deutsche Stellen meldeten die Greuelthaten von Bromberg. Der schwedische

Journalist und Augenzeuge Christer Jäderlund berichtete am 8. September 1939 für die Zeitung "Stockholms Tidningen":

"Der Sonntag war fürchterlich. Nach dem Abzug der polnischen Truppen und vor Ankunft der deutschen Wehrmacht entstand in der Stadt ein schreckliches Massaker. Die Anzahl der ermordeten und scheußlich verstümmelten Menschen - Deutsche und Polen, die als deutschfreundlich verdächtig waren - wird auf etwa 1.000 berechnet. Ich fotografierte selbst eine ganze Reihe der großen Leichenhaufen, die noch heute, teils auf den Straßen, teils in den Wäldern sowie in den Gärten, umherlagen."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 11. Januar 2023: >>**Was Gulag und Holocaust miteinander zu tun haben**

Von *Sven Reuth*

Vor 100 Jahren wurde der Historiker Ernst Nolte geboren. Seine Forschungen über den Zusammenhang zwischen bolschewistischem und nationalsozialistischem Terror waren bahnbrechend. Seine herausragende Rolle beim Zurückdrängen des Schuldkultes - die Deutschen als ewiges "Tätervolk" - im Rahmen des sog. Historikerstreits 1986 ff. haben wir in unserem Sonderheft "Geschichtslügen gegen Deutschland" nachgezeichnet.

Obwohl geschichtliche Themen von den Medien gerne und häufig aufgegriffen werden, spielen Historiker in der Öffentlichkeit meist keine große Rolle. Ihre Namen zirkulieren meistens nur in den entsprechenden wissenschaftlichen Kreisen. Das war im Sommer 1986 völlig anders, der ganz von dem sogenannten Historikerstreit rund um die Thesen des damals an der FU Berlin lehrenden Geschichtswissenschaftlers Ernst Nolte geprägt war. Dieser hatte die bolschewistische Herrschaft in der Sowjetunion mit der "Machtergreifung" der Nationalsozialisten in Deutschland verglichen und zahlte dafür einen hohen Preis. Der Heidegger-Schüler sah sich plötzlich dem Vorwurf ausgesetzt, die Einzigartigkeit des Holocaust zu bestreiten und wurde daraufhin zunehmend gesellschaftlich und wissenschaftlich isoliert.

"Vergangenheit, die nicht vergehen will"

Den Stein ins Rollen gebracht hatte ein Artikel, der am 6. Juni 1986 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung unter dem Titel "Vergangenheit, die nicht vergehen will" erschienen war. In diesem bezeichnete Nolte einen "kausalen Nexus" zwischen dem Gulag-System der Sowjetunion und den Konzentrationslagern des Dritten Reiches als "wahrscheinlich". Die Sätze des Aufsatzes waren:

"Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine 'asiatische Tat' vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer 'asiatischen Tat' betrachteten? War nicht der 'Archipel Gulag' ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der 'Klassenmord' der Bolschewiken das logische und faktische Prius des 'Rassenmords' der Nationalsozialisten?"

Habermas schlägt zu

Dies führte zu einem Aufschrei sondergleichen. Kein Wunder, denn Nolte hatte in gewisser Weise die Schemata, nach denen bisher die Geschichte des 20. Jahrhunderts interpretiert worden war, umgekehrt: War es in der etablierten Historikerkunft bis dahin eine weit verbreitete Meinung, daß die Verbrechen der Roten Armee bei ihrem Vorrücken am Ende des Zweiten Weltkriegs gewissermaßen durch die Grausamkeit des NS-Regimes entschuldigt werden konnten, behauptete Nolte nun, daß die Nationalsozialisten grausam handelten, weil sie um die Greuel des Bolschewismus wußten. Ihr Handeln resultierte also aus der Furcht vor einem brutalen Feind im "Weltbürgerkrieg".

Schnell war klar, daß es sich um keinen "normalen" Wissenschaftsstreit handelte, sondern die Debatte sich im Kern um das Metaphysikum der deutschen Schuld drehte. Jürgen Habermas, der Großmeister einer Theorie des kommunikativen Handelns, der in seinen Schriften gerne

vom "zwanglosen Zwang des besseren Arguments" sprach, nutzte den FAZ-Artikel Noltes dann auch zu einer beispiellosen moralischen Abqualifizierung dessen Autors. Eine "Art Schadensabwicklung" der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert habe Nolte im Sinn gehabt, giftete Habermas in der Zeit. Eine saturierte linkskonformistische Öffentlichkeit störte sich ohnehin schon an der reinen Erwähnung kommunistischer Massenverbrechen.

Jagd auf einen freien Geist

Nolte scheute sich dabei nicht, auch auf den wohl umstrittensten Topos der Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts Bezug zu nehmen, nämlich den sogenannten "jüdischen Bolschewismus". Mit diesem Begriff bezeichnete die NS-Propaganda den im Verhältnis zur russischen Durchschnittsbevölkerung weit überdurchschnittlich hohen Anteil von jüdischstämmigen kommunistischen Funktionären in den militärischen und politischen Organen, die in den Jahren nach der Oktoberrevolution des Jahres 1917 die Sowjetunion schufen.

Die Zahlen sprechen hier eine so eindeutige Sprache, daß sich der Tatbestand selbst schlechterdings nicht bestreiten läßt. Allerdings wies Nolte immer darauf hin, daß man sich davor hüten sollte, diesen Begriff in einer irgendwie schlagwortartigen und vereinfachenden Art und Weise zu benutzen. Außerdem müsse man natürlich beachten, daß sich Juden im 20. Jahrhundert auf allen Seiten des "Weltbürgerkriegs" engagierten.

Mitzubedenken ist außerdem, daß diese von ihrem eigenen Glauben abgefallenen säkularisierten kommunistischen Juden "ihre religiös-orthodoxen 'Stammesgenossen' mit demselben Fanatismus bekämpften wie die orthodoxen Christen der vormaligen Staatskirche", wie Ernst Nolte es einmal formulierte.

Dennoch wurde der feinsinnige Historiker, der am 11. Januar 1923 in Witten an der Ruhr geboren wurde, nun zum Ziel grober Attacken. So wurden mehrere seiner Lehrveranstaltungen gesprengt, sein Auto auf dem Universitätsparkplatz von einer linksextremistischen Gruppe in Brand gesteckt und er selbst wenig später Opfer eines Reizgasangriffes.

Waren die Verbrechen des Bolschewismus "ursprünglicher" als die Verbrechen des Nationalsozialismus?

Völlig vergessen war, daß Nolte wegen seiner intensiven Beschäftigung mit Karl Marx und dem Marxismus in den 60er Jahren noch die große intellektuelle Hoffnung der Linken war. Sein 1963 erschienenes Buch "Der Faschismus in seiner Epoche", in dem Nolte zwischen "Frühfaschismus" (Action française), "Normalfaschismus" (italienischer Faschismus) und "Spätfaschismus" (Nationalsozialismus) unterschied, wurde schnell zum Standardwerk.

Damals galt es noch nicht als anstößig, daß Nolte phänomenologisch vorging, also die faschistischen Gruppen und Protagonisten so verstehen wollte, wie sie sich selbst verstanden hatten. Außerdem stellte Nolte auch damals schon den Marxismus als Vorläufer des Faschismus dar, was in den 60er Jahren von den Rezensenten allerdings wohl noch überlesen wurde.

Aktuell und essentiell

Festzuhalten bleibt, daß Nolte aus dem Historikerstreit zwar als Verlierer hervorzugehen schien, seine Thesen die historische Debattenkultur aber bis heute beeinflussen. Die Öffnung der sowjetischen Archive nach 1991 hat das Bild des Bolschewismus als des ersten echten Totalitarismus im 20. Jahrhundert nochmals geschärft. Nach den Veröffentlichungen von Historikern wie Orlando Figes, Jörg Baberowski, François Furet, Gerd Koenen oder Timothy Snyder kann dies nicht mehr ernsthaft bestritten werden.

Eine Kontextualisierung der fürchterlichen Verbrechen, die totalitäre Systeme im 20. Jahrhundert begingen, konnten linke Debattenwächter in den letzten Jahrzehnten am Ende nicht mehr verhindern. So bleibt das Werk Ernst Noltes für das Verständnis des 20. Jahrhunderts nicht nur essentiell, sondern auch aktuell.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.06.2025

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x028/79) = Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage, Seite 79.

x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung.</u> Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen.</u> Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987.
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen.</u> 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x044	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Zusammenbruch. München/Köln 1989.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch.</u> Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Verletzungen von Menschenrechten.</u> Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945.</u> Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1948-1949.</u> Eine Ta-

	geschonik der Politik - Wirtschaft Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: <u>Stunde Null in Deutschland</u> . Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x145	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 2. Das Zeitalter der großen Mächte. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten</u> . Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte</u> . Band 4. <u>Die Welt im 20. Jahrhundert</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: Verraten - verkauft - verloren. Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): Versailler Vertrag. Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x346	Elsässer, Jürgen (Hg.): Tiefer Staat. Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie. COMPACT-Spezial Nr. 24. Werder (Havel) 2019.
x348	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Kriegslügen der USA</u> . Das Massaker an der Wahrheit von 1990 bis heute. COMPACT-Spezial Nr. 2. Werder (Havel) 2013.
x353	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x354	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.
x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): Ami go home! Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.
x367	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geschichtslügen gegen Deutschland</u> . COMPACT-Geschichte Nr. 13. Werder (Havel) 2021.
x373	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>USA gegen Deutschland</u> . Der hundertjährige Krieg. COMPACT-Spezial Nr. 36. Werder (Havel) 2022.

Internet

x859	http://www.verfassungen.de/de/gg/grundgesetz-vergleiche-i.htm - Oktober 2015
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ - Juli 2016
x877	http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker-/Reden/1985/05/19850508_Rede.html - September 2016
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x966	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/05/17/fassade-demokratie/ - November 2019
x977	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/10/24/der-heilige-stuhl-und-der-kreissaal-der-eu/#more-4262 - September 2020
x1.178	https://www.kla.tv - November 2022
x1.190	https://unser-mittleuropa.com/exklusiv-interview-mit-hans-georg-maassen-raus-

	aus-der-defensive/ - Dezember 2022
x1.233	https://www.rubikon.news/artikel/abriss-mit-ansage - Dezember 2022
x1.387	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Juli 2024